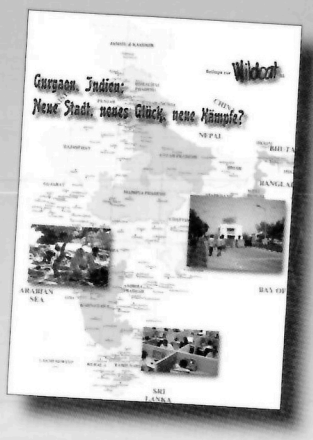
Wildcat

82

Sommer 2008

kostet €4,-
(im Ausland €5,-)



Beilage
»Gurgaon, Indien:
Neue Stadt, neues Glück – neue Kämpfe?«

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Aufruhr in Ägypten

Foto: Riots in Mahalla, Ägypten, 6. Mai 2008

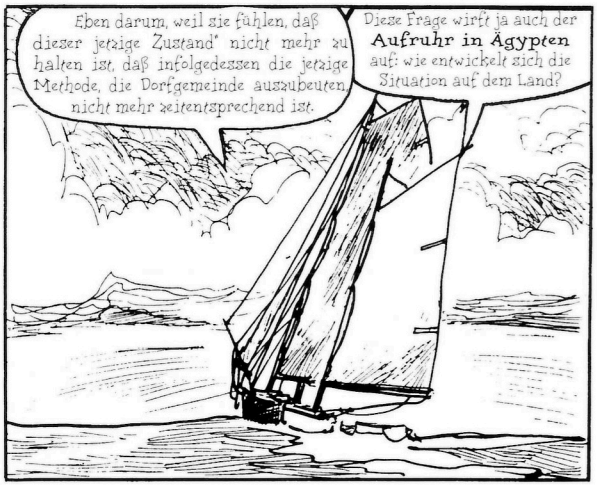
Proletarisierte Bauern

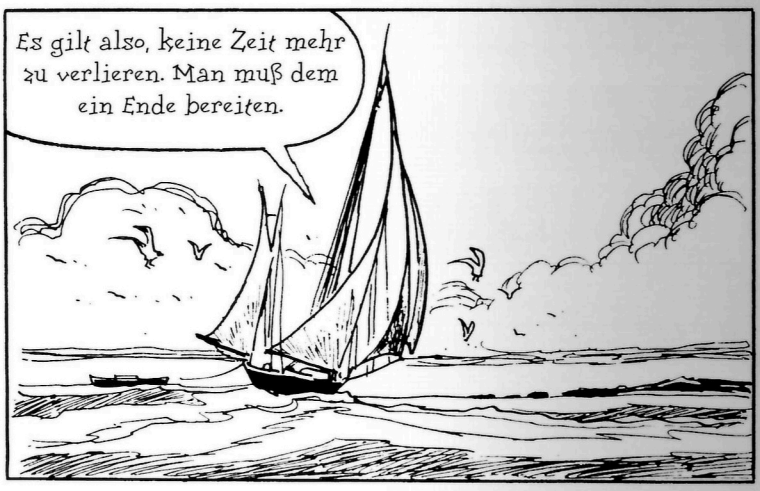
Immer wieder Krise

Bahnaktivisten: „Berliner Modell“

keine Zeit zu Verlieren

Frei nach: Karl Marx, Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V. I Sassulitsch
Geschrieben Ende Februar/Anfang März 1881.





»die Propaganda der Globalisierungsgegner«

Ende Juli scheitert der WTO-Gipfel – Ende August erscheint die *Wildcat* 82 mit einem Schwerpunkt zur Bauernfrage und einer Beilage zu Indien. Wow!, was sind wir aktuell!

Die FAZ kommentierte empört: »Der Abbruch der Verhandlungen zeigt, dass es die Kritiker der Globalisierung geschafft haben, die Regierungen in vielen Ländern einzuschüchtern.« Völlig eingeschüchtert hatte sich Indiens Wirtschaftsminister im Namen von »600 Millionen armen Bauern« in seinem Land geweigert, den indischen Agrarmarkt weiter zu öffnen. Deutlich eingeschüchterter noch der chinesische Minister, musste er doch für 800 Millionen Bauern sprechen. Und extrem eingeschüchtert die Regierungen von Frankreich und Italien, sie fürchteten ein »Bauernsterben« – in Frankreich und Italien! Es kam zum offenen Krach zwischen den USA auf der einen und China sowie Indien auf der anderen Seite – und nach dem Scheitern zu Schuldzuweisungen zwischen EU und USA. Die FAZ schäumte: »Allen Fakten über die wohlfahrtssteigernde Wirkung des Handels zum Trotz hat die Propaganda der Globalisierungsgegner ihre Wirkung getan.« Kein Wunder nach den »Nahrungsmittelrevolten« in Indien, Ägypten, Haiti, Bahrain, Saudi Arabien, Kamerun und vielen anderen Ländern!

Die Streiks in Mahalla, dem Textilzentrum Ägyptens, waren bereits im letzten Heft Thema. Diesmal ein ausführlicher Nachschlag, denn **Ägypten ist in Aufruhr! (S. 14)**

»Wir aber müssen von vorne anfangen und die Möglichkeit des Antagonismus im und gegen das Kapital rekonstruieren, in einer Welt [der] gigantischen planetarischen Neuformierung der Arbeiterklasse.« Darauf läuft das **Nachwort zur italienischen Ausgabe von »Storming Heaven« (S. 28)** raus. Ein guter *input* für die hiesige Debatte!

Den dritten Sommer in Folge hieß es Mitte Juli wieder: Es gab bereits fast so viele Streiks wie im Vorjahr. Aber die Kämpfe bleiben unter Kontrolle, die Abschlüsse sind dementsprechend jämmerlich, die Arbeitsbedingungen werden schlechter, die Reallöhne sinken. Leute in Vollzeit arbeiten immer länger. Was mal früher »atypische Arbeitszeiten« hieß, wird normal. Es gibt weniger reguläre Jobs als vor zehn Jahren. Durch die Arbeitsmarktreformen sei keine zusätzliche reguläre Beschäftigung entstanden. Für das, was an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung dazu kam, sei nicht »die Deregulierung des Arbeitsmarkts«, sondern die kräftige Ausweitung der Weltwirtschaft verantwortlich (Meldung der Böcklerstiftung). 2007 wurden die Löhne von 1,3 Millionen Menschen mit Hartz IV aufgestockt; ein Viertel aller Hartz IV-EmpfängerInnen sei »berufstätig« (Meldung des DBG).

»Wenn es im Boom nicht zu Lohnerhöhungen gereicht hat, was kommt da erst in der **globalen Krise** auf uns zu?« Diese drängende Frage versuchen wir gleich zu beantworten (**bitte umblättern**).

Über Kampferfahrungen, Arbeitsbedingungen und zukünftige Chancen haben wir uns nochmal lange mit zwei **Aktivisten aus dem Bahnstreik** unterhalten und bringen Ausschnitte aus den Gesprächen auf **S. 20**. Die Streiks in **Rumänien** gehen weiter. **(S. 26)**

Der Schwerpunktartikel beschäftigt sich mit den **»neuen Bauernbewegungen« (S. 6)**. Er guckt von einer Seite, der Krisenartikel von der anderen – auf das Entstehen einer weltweiten Arbeiterklasse. Wie das im Detail aussehen kann, zeigt die **Beilage zur Industriestadt Gurgaon in Indien**.

Viel Spaß mit der Propaganda!

eure wildcats

18. August 2008,

Globale

Diesen Artikel sollt Ihr nicht lesen! Das sei nicht gut, hat der Bundesfinanzminister gesagt. Es sei nicht gut, von Notfällen und Rezession zu reden. Das verunsichere die Menschen, sagte Steinbrück. Allerdings müsstet Ihr dann in nächster Zeit eine ganze Menge Texte überlesen. In China ist das besser geregelt: Zwei Wochen vor den Olympischen Spielen schickte die Regierung ein Rundschreiben in die Finanzwelt mit der Aufforderung, keine »sozial negativen« Kommentare abzugeben. Im Klartext: während der Spiele gibt es in China keine Krise.

Nur wenn der Kapitalismus an Grenzen stößt (siehe »Bauernartikel«) gibt es ernsthafte Aussichten auf eine das Kapitalverhältnis radikal umstürzende Revolution – deshalb schauen wir uns die aktuelle Krise an. Seit der »Ölkrise« Mitte der 70er Jahre lauert in jedem Konjunkturabschwung die Systemkrise. Aber in der letzten Krise war »das System« selbst in Argentinien, wo es zu Aufständen kam, nie ernsthaft in Gefahr, weil die strategischen Sektoren weiter funktionierten; die Leute gingen zwar abends auf die Demo, arbeiteten aber tagsüber weiter. Diese Klassenspaltung haben wir auch in der BRD in den letzten Jahren erlebt: Streiks nehmen zu, finden aber nicht in den strategischen Sektoren der Exportbranchen statt.

Klar stellt die aktuelle Krise eine »Grenze« des Kapitalismus dar. Aber ist sie nur ein Konjunkturabschwung oder läuft sie auf einen *Crash* zu? Bleibt sie weitgehend auf die Finanzwelt beschränkt oder greift sie auf die »Realwirtschaft« über? An den vielen Kämpfen weltweit gegen die Auswirkungen der Krise (Fahrerstreiks, »Nahrungsmittelrevolten« und andere Kämpfe gegen die Teuerung), interessiert uns, ob es in ihnen zu einer Neuzusammensetzung (siehe Ägyptenartikel) kommt, und ob in ihnen Perspektiven entstehen, die über den Kapitalismus hinausweisen.

Krise mit Ansage

Seit über vier Jahren wird über die Immobilienblase in den USA diskutiert, und wenn jemand »Blase« sagt, meint er damit, dass das Ding früher oder später platzen wird! Die *Deutsche Bank* beispielsweise wettete schon 2006 auf Zahlungsausfälle bei *Subprime*-Krediten, *JP Morgan Chase* begann im Frühjahr 2007 mit Absicherungsmaßnahmen, andere Banken kauften ab Anfang 2007 bestimmte Schuldeninstrumente nicht mehr. Dennoch bzw. gerade deswegen wurde Ende 2006, als die ersten hohen *Subprime*-Ausfälle bekannt wurden, die Meinung in die Öffentlichkeit gepumpt, das System werde dies wegstecken. Die US-Regierung ließ z.B. verlauten, die Verluste aus der *Subprime*-Krise würden sich auf maximal 50 bis 100 Mrd. Dollar belaufen – Peanuts!

Peanuts vor dem Hintergrund eines außergewöhnlich innovativen Jahrzehnts der Banken. Sie entwickelten immer neue Wege, Darlehen neu zu sortieren, umzuschichten, aufzuhübschen und in Verbriefungen zu verwandeln, die sich verkaufen lassen. Da diese Geschäfte größtenteils außerhalb der Bilanzen abliefen, kennt niemand das genaue Volumen. Es wird geschätzt, dass zwischen 2000 und 2006 der Nominalwert ausgegebener Kreditinstrumente weltweit von 250 Mrd. Dollar jährlich auf 3000 Mrd. Dollar angestiegen ist. Besonders ab 2004 ging es sprunghaft nach oben. 50-100 Mrd. einmalige Ausfälle bei einem jährlichen Umsatz von 3000 Mrd.? Peanuts!

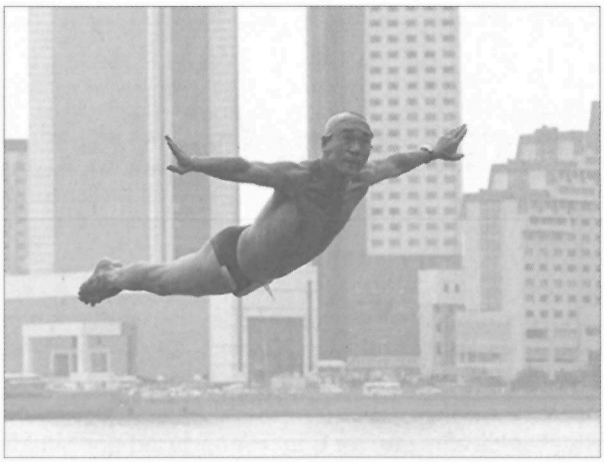
Als aber im Juli 2007 die kleine *IKB* vor dem Kollaps steht, weil ihre Zweckgesellschaft *Rhineland Funding* sich auf dem US-Hypothekenmarkt verspekuliert hat, warnt die deutsche Finanzaufsicht *BaFin* vor der »schwersten Bankenkrise seit 1931«. Und als die Europäische Zentralbank (EZB) daraufhin am 9. August 2007 »zur Beruhigung der Märkte« 95 Mrd. Euro in den Markt pumpt und kurz darauf die amerikanische Zentralbank (Fed) nachzieht, führt das zu Panik an eben diesen Märkten.

Was war passiert?

Das hauptsächliche Mittel zur Ausweitung des Kreditvolumens in den letzten Jahren war die Verbriefung (engl.: *securitization*), das heißt man macht aus Forderungen (= zukünftige Zahlungsströme) oder Eigentumsrechten im weitesten Sinne handelbare Wertpapiere (engl.: *securities*). Im *dot.com-Crash* hatten sich Aktien als unsicher erwiesen; die Blasenbildung seither beruhte auf den angeblich sicher(steigend)en Immobilien(preisen) in den USA. Der Käufer solcher Wertpapiere refinanziert seinen Kauf durch die Ausgabe von weiteren Papieren auf dem Kapitalmarkt. Beispiele für verbriefte Wertpapiere sind: *Mortgage Backed Securities* (*MBS*),

Während die *Prime Rate* den Zinssatz für »erstklassige« Kunden bezeichnet, fallen KreditnehmerInnen mit niedrigem Einkommen unter den *Subprime*-Markt mit auf die Laufzeit gerechnet schlechteren Bedingungen. Im Immobilienboom wurden Leute mit Lockangeboten geködert, bei denen das Einkommen nicht überprüft wurde und sie im ersten Jahr nicht einmal Zinsen bezahlen mussten. Die Banken wähnten sich sicher, weil ihnen im Fall der Zahlungsunfähigkeit die Häuser zufallen.

Krise



Collateralized Debt Obligation (*CDO*) usw. usf. (es gibt noch *ABCPs*, *CLOs*, *CBOs* ... wie gesagt, ein »innovatives Jahrzehnt«!) Die Verbriefung lief meistens über Zweckgesellschaften (wie *Rhineland Funding*), deren einziger Zweck die Emission dieser Wertpapiere war.

Zur Verbriefung hinzu kam die Vermischung: Zur Risikoabsicherung tauschten die Banken untereinander kreuz und quer diese Papiere. Die neuen Käufer schnürten die in den Papieren enthaltenen »Kreditbündel« häufig auf, verknüpften sie mit anderen Paketen und verkauften sie weiter. »Kontrolliert« wurden diese Kreisläufe durch die Prüfnoten der Ratingagenturen. Am Ende wusste niemand mehr, wer die riskanten Kredite eigentlich besaß, weil die Geschäfte der Zweckgesellschaften nicht in den Bilanzen der Banken auftauchten. Diese beiden Prozesse (Aufblähung des Kreditvolumens; Verstecken/Streuen des Risikos) multiplizieren sich in der aktuellen Krisenentwicklung.

Aber wo kommen die »riskanten Kredite« her? Diese Kreisläufe lebten davon, dass sie sich ständig ausweiteten. Zu dem Zweck wurden auch Leute reingezogen, die sich gar kein Haus hätten leisten können. Schätzungen zufolge soll der sogenannte *Subprime*-Markt ein Volumen von 1000 Mrd. (eine Billion) Dollar erreicht haben. Die Krise hat ihren Namen daher, dass das Kartenhaus von diesem Ende her zu bröckeln begann: viele Leute mit niedrigem Einkommen konnten ihre Hypothekenzinsen nicht mehr bezahlen, und die Banken konnten zwar die Häuser pfänden, wurden sie aber bei fallenden Immobilienpreisen nicht mehr los.

Der Begriff *Subprime-Krise* verdeckt, dass es eine allgemeine »Schuldenkrise« ist (Häuser, Kreditkarten, Autokredite, Unternehmenskredite...), die sich sofort zu einer Bankenkrise ausgeweitet hat und inzwischen die »Realwirtschaft« errreicht.

Als erste Banken in Zahlungsschwierigkeiten gerieten, wurde sofort klar, dass die *CDOs* das gesamte Bankensystem »radioaktiv verseucht« hatten: niemand weiß, welche Banken vor dem Kollaps stehen (»Vertrauenskrise«). Mit wenigen Ausnahmen wie z.B. *GoldmanSachs*, die an der Krise viel verdient hat, indem sie auf den Zusammenbruch spekulierte, sind alle großen multinationalen Banken betroffen (*CityGroup*, *Morgan Stanley*, *Merrill Lynch*, *UBS*, *Société générale*, *Deutsche Bank* usw.).
Nach dem Einbruch wollte niemand mehr diese »strukturierten Produkte« kaufen. Das löste bei vielen Investmentvehikeln eine sofortige Liquiditätskrise aus. Die Banken konnten Forderungen wie Hypotheken nicht mehr zu *Subprime*-Titeln gebündelt weiterverkaufen und gerieten in Kapitalnot. Befürchtet wurde, dass der Zugang zu Krediten für Unternehmer schwieriger wird (»Kreditklemme«), was seither auch teilweise eingetreten ist.

Tatsächlich hat aber die Finanzkrise in ihrem ersten Jahr weit weniger »realwirtschaftlichen Schaden angerichtet«, als es die gigantischen Summen erwarten ließen. Der Chefökonom der *Financial Times Deutschland* sprach am 8. August hämisch von der »zauberhaften Katastrophe« und merkte an, dass auch nach dem Aktiencrash 1987 und nach der Asienkrise 1998 die »befürchtete Rezession« ausgeblieben war.

Man könnte dem »Chefökonomen« zwei Dutzend Artikel entgegenhalten, in denen er selber von der »größten Finanzkrise aller Zeiten«, dem drohenden »Kollaps des internationalen Finanzsystems« usw. schreibt. Aber Propaganda spielt beim *handling* von Finanzkrisen eine ganz wichtige Rolle. Und die Trendvorhersagen der »Experten« sind mehr oder weniger zufällig, weil sie nur die Entwicklung der jeweils letzten Tage weiterrechnen; die Krise entwickelt sich aber ganz deutlich in Stufen. Und drittens: Es stimmt tatsächlich, dass nach 1987 und 1998 die Rezession ausblieb – und zwar deswegen, weil alle Krisen der letzten Jahrzehnte damit gelöst wurden, dass die Zentralbanken, vor allem die Fed, riesige Mengen Kreditgeld in die Wirtschaft gepumpt haben. Damit konnten sie verhindern, dass die Krise zum *Crash* wird – damit haben sie aber auch jedes Mal die Grundlagen für die nächste Krise gelegt. So auch diesmal.

[Fortsetzung auf S.32]

Was nach der Bauern -

Der WTO-Gipfel im Juli 2008 scheiterte – zumindest propagandistisch – an der Frage der »armen indischen Bauern«. Die Beilage in diesem Heft kommt mehrfach drauf zu sprechen, dass sich die Situation in den neuen Industriezentren Indiens und die Dynamik der dortigen Klassenkämpfe nur vor dem Hintergrund der Situation auf dem Land verstehen lassen. Und in den letzten Jahren standen immer wieder die »Neuen Bauernbewegungen« im Mittelpunkt globaler Kampagnen. Ihre Kämpfe thematisieren die wirklich grundlegenden Fragen: die Lage eines Großteils der (armen) Weltbevölkerung, Umweltprobleme, wie produzieren wir unsere Nahrungsmittel – und geben Antworten! Eine »andere Welt« scheint in der Aneignung von Produktions-/Lebensmitteln z.B. in Form von Landbesetzungen, direkt greifbar zu werden. Und in »jahrhundertelangen« Kämpfen einiger ›kleiner Einheiten‹ dieser Bewegungen, z.B. den Indígenas in Ländern Mittel- und Südamerikas, bündelt sich die Geschichte von »500 Jahren Kapitalismus«. Die globalen Bewegungen im Kampf gegen Agrarkonzerne, WTO und Weltbank sind faktisch die neue »Internationale« – im Unterschied zu den weltweit aufgesplitterten Ausbeutungssituationen in Fabriken, Call Centern und Büros. Dem gegenüber stellte der Historiker Hobsbawm Mitte der 90er Jahre den »Untergang des Bauerntums« fest. In der Tatsache, dass nicht mehr die Mehrheit der Menschen mit der unmittelbaren Lebensmittelproduktion beschäftigt ist und auf dem Land lebt, sah er »die größte Umwälzung von Klassenverhältnissen seit

Das Ende der »Bauernfrage«

Die Prozesse der weltweiten Proletarisierung, d.h. der Trennung der ProduzentInnen von den Produktionsmitteln und ihrer Verwandlung in LohnarbeiterInnen, verlaufen gewaltsam. Aber die treibende Kraft der vollständigen Proletarisierung waren und sind die ProletarierInnen: die Kapitalisten haben meist zu verhindern versucht, vollständig für die Reproduktion der Arbeitskraft aufzukommen. Gerade dieser Punkt wird oft übersehen, wenn die »Subsistenz« als eine dem Kapitalismus entgegengesetzte Gesellschaftlichkeit gesehen wird, wie z.B. in den Debatten um die IWF-Riots in den 80er Jahren, der Romantisierung der »indigenen Gemeinschaften« in Chiapas oder der heutigen Thematisierung der »*neuen commons*«.

Wenn die Kämpfe der »neuen Bauernbewegungen« und/oder die »Subsistenzperspektive« politisch gegen die Proletarisierungsthese gesetzt werden, so hat das auch damit zu tun, dass »der Proletarier« mit dem »weißen, männlichen Fabrikarbeiter im Normalarbeitsverhältnis« gleichgesetzt wird – ein Erbstück der traditionellen Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Parteien, das *so* noch nie real war – heute allerdings weniger denn je!

Wir wollen fünf Punkte dafür anführen, dass es heute keine »Bauernfrage« als von den »Arbeitern« oder »Proletariern« getrennter Klasse mehr gibt:

– Seit den 1970er Jahren wird Landarbeit in steigendem Maß zur Lohnarbeit.

– Immer mehr LandarbeiterInnen produzieren für den Weltmarkt.

– Die landwirtschaftliche Arbeitskraft wohnt zunehmend in Klein- und Mittelstädten. (In Chile, Brasilien und Venezuela kommen bereits 20 Prozent der LandarbeiterInnen aus Städten.)

– Das wachsende Landproletariat reproduziert sich zwischen zeitweiser Lohnarbeit, Migration, Farmarbeit auf dem verbliebenen eigenen oder fremden Land und informeller Dienstleistungsarbeit – kann also nicht mehr als »Bauernschaft« gefasst werden.

– Die ökonomische Bedeutung der Landwirtschaft im globalen Süden nimmt ab. (In Lateinamerika beispielsweise kommen nur noch zwischen 10 und 20 Prozent des Bruttosozialprodukts aus landwirtschaftlicher Produktion.)

»Der dramatischste und weitreichendste soziale Wandel in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, der uns für immer von der Welt der Vergangenheit getrennt hat, war der Untergang des Bauerntums... Wenn sich das Land leert, füllen sich die Städte. Die Welt der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde in einem Ausmaß urbanisiert wie nie zuvor.« (Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München und Wien 1995, S. 365 u. 370)

Internationale kommt

der Jungsteinzeit«. In früheren geschichtlichen Phasen produzierten die Menschen ihre Lebensmittel in kleinen Gemeinschaften und waren abhängig von natürlichen Produktionsschwankungen. Dagegen schuf der Kapitalismus von Anfang an den Weltmarkt, und seine wesentliche Produktivkraft (Maschinerie) ist selber produziert. Der Gesamtzusammenhang einer globalen Gesellschaft wird zur Grundlage unserer Reproduktion und unserer Existenz (»zweite Natur«) und in diesem Sinne zum realen Gemeinwesen. Erst seitdem die Menschen von gesellschaftlicher statt individueller Arbeit leben, lässt sich die Frage nach der kollektiven Aneignung der Produktion überhaupt stellen – und nun wirklich weltweit!

Im Unterschied zur Russischen Revolution und zur Phase der »nationalen Befreiungsbewegungen« nach 1945 geht es heute nicht mehr um ein »Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern«. Wir müssen endlich die leninistische (»Arbeiteravantgarde verbündet sich mit den Bauern«) und die maoistische (»Einkreisung der Städte vom Land her«) Perspektiven aus den Köpfen kriegen; beides waren Ideologien, die Entwicklungsdiktaturen nachholender kapitalistischer Entwicklung rechtfertigten. Heute geht es aber nicht mehr um kapitalistische Entwicklung »von oben«, sondern um die Neuzusammensetzung als globale Klasse von unten. Als Beitrag zu dieser Fragestellung versucht der folgende Artikel eine Einschätzung der sogenannten »Neuen Bauernbewegungen«.

Die Gleichsetzung von »Nahrungsmittelproduzenten« mit »Bauern« stimmt schon beim oberflächlichen Blick auf die Agrarproduktion nicht mehr. Die Weltgetreideproduktion findet heute hochmechanisiert in den Metropolen statt. In den USA liegt die Produktivität pro LandarbeiterIn im Jahr bei bis zu 2000 Tonnen Getreide; die eine Hälfte der rund drei Milliarden Kleinbauern weltweit produziert weniger als eine Tonne pro Kopf im Jahr – und kann davon nicht leben. In der Peripherie bauen die Bauern arbeitsintensiv Gemüse oder Blumen an – Güter, von denen sie sich selbst nicht mehr ernähren können. Der Industrialisierungsprozess verschlechtert die elenden Reproduktionsbedingungen der KleinbäuerInnen und LandarbeiterInnen weiter: durch die Reduzierung der Arbeitsplätze, die sinkenden Abnahmepreise für Agrarprodukte und die Vertreibung von guten Anbauflächen. Die Anbindung auch der entlegensten ländlichen Regionen an den (Welt-)Markt bedeutet, dass Geld das Mittel geworden ist, über das man alles erhält, was man zum Überleben braucht, was die Arbeit erleichtert und den Ertrag erhöht, oder was Mobilität und Zugang zu den weltweiten Konsumgütern ermöglicht (z.B. Radio, Fahrrad, Moped, neue Nahrungs- und Genussmittel).

Damit wird Lohnarbeit zur Voraussetzung für ein Leben ohne Not, unabhängig von den Wechselfällen der Natur.

Mit der Beschleunigung der Proletarisierungsprozesse nach dem Kriseneinbruch Ende der 1960er/Mitte der 70er Jahre hat sich die Proletarisierung nur in wenigen Regionen als direkter Übergang in kapitalistische Lohnarbeit entwickelt. Auf dem Land selber weiten sich »informelle« Klein- und Familienbetriebe, proletarisierte Landarbeit und Lohnarbeit aus. Oder die Leute wandern ab und gehen direkt in die – in wenigen Regionen konzentrierten – Fabriken. Die Weltmarktfabriken und Sonderwirtschaftszonen sind klassische Arbeiterkonzentrationen; hier arbeitete 2006 über 60 Millionen, 40 Millionen davon in China (zehn Jahre zuvor waren es erst 27 Millionen).

Die *Migration* ist die wichtigste Verlaufsform der Proletarisierung: Weltweit sind Millionen ProletarierInnen auf Wanderschaft, auf der Suche nach besseren Bedingungen. Die transnationale Migration ist *im Verhältnis* nicht bedeutend höher als beispielsweise vor 100 Jahren. Sie wird durch nationale Grenzen und Einwanderungsgesetze stark eingeschränkt, vor allem aber reguliert: Der illegale oder legal schlechtere Status der Einwanderer sorgt dafür, dass sie die miesen Jobs machen, während

Seit 1960 hat sich *absolut* die Zahl der transnationalen MigrantInnen verdoppelt, 2005 sind 185 Millionen Migranten »unterwegs«, das sind knapp drei Prozent der Weltbevölkerung. Der zunehmenden Polarisierung der Weltgesellschaft entspricht eine Konzentration der Migration: gelangte in den 1970er Jahren nur die Hälfte des Migrationsanstiegs in Metropolen, so »landete« in den 1990er Jahren fast der komplette Anstieg an transnationaler Migration in Asien, den USA oder Europa; die meisten Länder Lateinamerikas sind zu »Entsendeländern« geworden.

die Ansässigen ihren Status noch halten können (*Rigidität der Arbeitsteilung nach unten*). Diese Möglichkeit des Kapitals, örtlichen Arbeiterklassen zu »unterschichten« und sie dadurch produktiv zu verwerten und politisch zu kontrollieren, ist auf den ständigen Zufluss neuer Arbeitskraft angewiesen: I. Wallerstein geht aber davon aus, dass die globalen Arbeitskraftreserven »um 2025« erschöpft seien. Bereits heute kündigt sich das als »Arbeitskräfteknappheit« an – die Grenzen der »Arbeitskräftereservoirs« in Osteuropa, in China, in Indien sind bereits sichtbar.

* So zum Beispiel auf dem Plakat in der *Wildcat* 69; auch L.Goldner, *Der Kommunismus ist die materielle menschliche Gemeinschaft, Beilage Wildcat-Zirkular 46/47*

Karl und Wera: heute!

Solche Überlegungen tragen nur, wenn die Proletarisierung ein unumkehrbarer Prozess ist. Historisch gibt es wenige Ausnahmen (z.B. die Siedlerkolonien). ProletarierInnen, die durch Migration und Lohnarbeit die materiellen Möglichkeiten des Kapitalismus kennengelernt haben, werden sich nicht mehr mit weniger abspeisen lassen. Die Kämpfe in den Proletarisierungsprozessen sind nicht Kämpfe *gegen* die Proletarisierung, sondern Kämpfe um die *Bedingungen* der Proletarisierung.

In der Geschichte des kapitalistischen Weltsystems wurde die Bauern-/Agrarfrage vier Mal in einem politischen Sinne gestellt – und es war jedesmal auch eine Debatte um Reform oder Revolution: zuerst beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus (die französische Revolution war eine städtische Revolution gegen die Bauern), danach ab Ende des 19. Jahrhunderts als Frage der Proletarischen Revolution »im Westen« und Rußland, drittens nach dem Zweiten Weltkrieg in den nationalen Befreiungsbewegungen, und nun wieder seit den »neoliberalen« Krisenangriffen und dem Auftauchen der »neuen Bauernbewegungen«.

Die ersten drei Male ging es darum, wie eine Minderheit durch »Bündnisse« an die Macht kommt. Die Partei einer Minderheit (städtische Arbeiter) stützte ihren Avantgardeanspruch auf ihre »historische Mission«, die nur durch ein vorübergehendes taktisches Bündnis mit der Mehrheit (Bauern) zu erfüllen war. Das ist »klassischer Marxismus« – nämlich das, was Kautsky und Lenin aus Marx gemacht haben. Die heutige Debatte lässt sich damit nicht mehr führen.

1899 hatte Karl Kautsky in seinem Buch *Die Agrarfrage* diese »klassische Position« entwickelt: Auflösung des Bauerntums, Vorrang der großflächigen Landwirtschaft im Sozialismus. Lenin setzte auf ein minderheitliches, kämpfendes Industrieproletariat, das aber nur eine Chance auf die Revolution hatte, wenn es sich mit den Bauern verbündete: »Wir müssen die Bauerninsurrektion auf jede Weise unterstützen bis zur Beschlagnahme der Ländereien, aber niemals bis zu abstrakten kleinbürgerlichen Projekten. Wir unterstützen die Bauernbewegung in dem Maß, wie sie eine demokratische revolutionäre Bewegung ist. Wir bereiten uns (unmittelbar, sofort) auf den Kampf gegen sie vor, für den Fall, dass sie einen reaktionären, antiproletarischen Charakter annimmt.«(*Die Lehren der Revolution, 1910)*. Loren Goldner verdeutlicht: »Lenin wollte im Arbeiterstaat ‹human und bewusst› das machen, was der Kapitalismus ‹blind und blutig› durchgesetzt hatte: die Verwandlung der agrarischen KleinproduzentInnen in FabrikarbeiterInnen.* Es blieb Stalin vorbehalten, diesen Prozess bewusst *und* blutig durchzusetzen«. (Beilage *Wildcat-Zirkular Nr. 46/47, S. 6)*. Es ist bezeichnend, dass dann, wenn die Bauern zu einer Minderheit werden, auch jedesmal die kommunistischen Massenparteien verschwinden (oder zu sozialdemokratischen Parteien werden); sie sind (bzw. waren) die Parteien der forcierten kapitalistischen Entwicklung und hatten ihre stärksten Basen auf dem Land (z.B. waren noch 1960 Landarbeiter die Mehrheit der Mitglieder der KPI!).

Marx selber setzte lange Zeit auf das revolutionäre Potential der schnell anwachsenden, sichtbaren und kämpfenden Arbeiterklasse. Aber nachdem die Niederlagen von 1848 und 1871 diese Hoffnungen auf einen schnellen Sieg zerstörten, verschob sich der Schwerpunkt seiner Analysen darauf, was diesen Kapitalismus so »instabil und stabil« zugleich macht. Er schaute sich nochmal genau in der Welt um. In den *Briefwechseln mit Wera Sassulitsch* (1881; MEW 19, S. 384 ff.) sprach er von einer »besonderen historischen Möglichkeit«: Wenn die Krise der »orientalischen Produktionsweise« in Russland auf die Krise des Kapitalismus in den Ländern Westeuropas trifft, bestehe die Chance, dass die Kämpfe der ArbeiterInnen mit denen der Landbevölkerung zusammen kommen, daraus könne sich etwas revolutionäres »Neues« entwickeln. Marx hatte den »inneren Dualismus« der russischen Dorfgemeinde zwischen kollektivem Eigentum und privater Produktion herausgearbeitet. Eine russische Revolution könne den Untergang der Dorfgemeide stoppen, die kollektiven Momente im gegebenen »historischen Milieu« (Krise des westlichen Kapitalismus) zusammen mit einer »Arbeiterrevolution« Ausgangspunkt einer neuen Vergemeinschaftung sein. Meist sollen diese Briefen entweder belegen, dass Marx doch kein »deterministisches Geschichtsbild« hatte, oder dass er den »direkten Sprung« aus vorkapitalistischen Gemeinwesen propagieren wollte. Wichtiger ist aber, wie Marx an die Fragestellung herangegangen ist. Marx dachte in Begriffen von »globaler Neuzsammen-

setzung« – auch wenn wir heute darüber natürlich anders diskutieren können und müssen. So wird es heute weniger um ein »Zusammenkommen aus dem besten zweier Welten« gehen...

Seit den 1990er Jahren werden die »neuen Bauernbewegungen« als weltweite Avantgarde im Kampf gegen den »Neoliberalismus« und als wichtiger Teil der Antiglobalisierungsbewegung betrachtet. Ihre Kampf*formen* in allen Ecken der Welt sind breit gefächert: Bauernunruhen in China, Vietnam und Ägypten, Landbesetzungen in Brasilien oder anderswo, Blockaden, Aktionen gegen »Großprojekte« bis hin zu bewaffneten Formen in Lateinamerika, Mexiko, Indien und auf den Philippinen. In diesen Bewegungen sind Organisationen mit einigen hundert oder tausend Mitgliedern (z.B. die Landarbeitergewerkschaft *SOC* in Andalusien) aktiv, aber auch Massenorganisationen wie der *MST* in Brasilien, oder die indischen Bauern-/Farmerorganisationen, deren Mitgliederzahlen in die Millionen gehen. Seit 1993 koordiniert *Via Campesina,* eine »Dachorganisation« der weltweiten Bauernbewegungen Aktionen ihrer Mitgliedsorganisationen, die Beteiligung an den Weltsozialforen, oder das Auftreten bei/gegen die G8-Gipfel. Machtpolitisch seien diese Bewegungen für den »Linksruck in Lateinamerika« verantwortlich (Brasilien, Bolivien).

Maßgeblich für diese Entwicklung war der Aufstand in Chiapas. Die *EZLN* setzte nicht auf die *potenziellen* Möglichkeiten und Realitäten der Proletarisierung, die Erfahrungen mit ländlicher und urbaner Lohnarbeit, die Migrationserfahrungen. Obwohl sich ihre eigene Basis aus (zurückmigrierten) LandproletarierInnen zusammensetzt, betonten die Zapatisten von Anfang an die Werte der indigenen Gemeinschaften und suchten das Bündnis mit den globalen *politischen* Bewegungen. Dieser Versuch, sich gegen die permanenten Einkreisungsversuche der mexikanischen Armee und »gegen den Neoliberalismus« zu wehren, blieb schwach. Auch der anschließende Versuch, weniger auf die ominöse Zivilgesellschaft und linke Parteien zu setzen, sondern ein Netz mit autonomen, radikaleren Gruppen aufzubauen – die *Andere Kampagne* – konnte die Zuspitzung der Repression nicht verhindern. Im Dezember 2007 kündigte Subcommandante Marcos mit dem Hinweis auf die »fehlende soziale Antwort der Internationalen Zivilgesellschaft« und den »Geruch des Krieges« den vorläufigen Rückzug aus der Öffentlichkeit an. Und gerade die Beispiele Brasilien und Bolivien zeigen, dass der »Linksruck« auf Kosten der Bewegungen geht, die den neuen Regierungen an die Macht verholfen haben (s.u.). Dabei wären aufgrund der sozialen Umwälzungen radikalere Wege möglich.

Proletarisierung und Semi-Proletarisierung

Der klassische Marxismus und der Maoismus teilten die Landbewohner nach ihrem Besitz in Groß-, Mittel- sowie Kleinbauern und Landarbeiter ein. In den Ländern, die sich zwischen dem Ende des 19. und Mitte des 20. Jahrhunderts industrialisiert hatten, dem sogenannten *Zentrum,* machte dies durchaus Sinn. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg lag der Anteil der in der Industrie Beschäftigen in den USA und Europa bei 40 Prozent. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten verringerte sich von 1870 bis 1970 auf unter fünf bis zehn Prozent (in den USA liegt er heute unter zwei Prozent). In England, den USA, Deutschland und Frankreich wird die Landwirtschaft kapitalisiert – was sich allerdings bis in die 1960er Jahre hinzieht! –, so dass es »im Westen« keine Bauernfrage mehr gibt. In der sogenannten Dritten Welt werden die ländlichen Bevölkerungen in einem Prozess von *abhängiger Industrialisierung* (Agrarproduktion für den Weltmarkt) aufgesogen. Punktuell bilden sich hierbei starke Arbeiterbewegungen (z.B. in Südkorea in den 1980er Jahren). Aber in den Ländern der »Peripherie« mit einer starken Polarisierung des Landbesitzes macht die Dreiteilung in Groß-, Mittel und Kleinbauern/Landarbeiter wenig Sinn. Hier polarisiert sich die soziale Schichtung zwischen Großbauern und Kleinbauern/LandarbeiterInnen, und der oben beschriebene Prozess der Semiproletarisierung der Kleinbauern und Landarbeiter ist die materielle Grundlage der »Neuen Bauernbewegungen«.

Wer die damals teilweise hitzig geführte Diskussion über Chiapas nachlesen möchte: z.B. http://www.wildcat-www.de/zirkular/45/z45chiap.htm

Neue Bauernbewegungen

Im folgenden beschränken wir uns auf Indien, Brasilien und Teile Mittel-/Südamerikas, alles andere würde den Rahmen eines Artikels sprengen.

Indien

Die »alten Bauernbewegungen« seit den 1930er Jahren, die von der Kommunistischen Partei dominiert waren, wurden zunehmend zu parteipolitischen Massenmobilisierungen, bis hin zur Machtübernahme der Kommunistischen Partei in West Bengalen 1977 und Kerala. An die Macht gelangt wendet sich die Partei gegen die darauf Folgenden Landbewegungen. Die maoistischen Bewegungen seit den späten 1960ern gibt es teilweise bis heute. Diese ‚neue Maoistische Bewegung' bestand aus LandarbeiterInnen, StudentInnen, urbanem Proletariat, weniger aus Bauern. Heute ist die ‚maoistischen Bewegung' z.B. in Orissa und Bihar weitestgehend militarisiert bzw. als lokale Verwaltung etabliert.

Indien ist das Land der Dörfer, mit den Gegensätzen zwischen landbesitzenden Bauern, Großbauern und einer Klasse von Landlosen. Viele wurden erst durch die Landreformen vor 30 Jahren zu Kleinbauern – eine »Verbäuerlichung« auf wenig und schlechtem Land, was einen beständigen Wechsel zwischen landwirtschaftlicher Produktion und Lohnarbeit zur Folge hat. Die durchschnittliche Anbaufläche pro Haushalt hat sich seit den 1960er Jahren halbiert (1961: 2,6 Hektar – 1992: 1,3 Hektar) und der Anteil der von Familien mit weniger als 0,2 Hektar Land an der »landbesitzenden Bevölkerung« ist von 1971 bis 1992 von 62 auf 71 Prozent gestiegen. Rund 42 Prozent der Landbevölkerung besitzt gar kein Land. Den etwa fünf Prozent Mittel- und Großbauern gehören 42,8 Prozent des Landes. 80 Prozent der indischen Bauern können nicht von der Landarbeit leben, der durchschnittliche ›bäuerliche Haushalt‹ deckt nur 35 Prozent seines Einkommens über die Agrarproduktion. Die Ärmsten bleiben auf dem Land, denn um in die Stadt zu gehen braucht man ein Minimum an Ressourcen (Land).

Die »Neuen Bauernbewegungen« seit Ende der 1970er Jahre sind ein Produkt der sogenannten Grünen Revolution. In ihnen ist die neue Schicht der für den Markt produzierenden Mittel- und Großbauern aktiv, zusammengehalten von einer populistischen Ideologie (z.B. Land gegen Stadt) und dem gemeinsamen Interesse an höheren Preisen für Agrarprodukte. Denn seit den 1980er Jahren sehen sich diese während der Grünen Revolution zu Wohlstand gekommenen Schichten mit sinkenden Preisen und Gewinnen konfrontiert. Ihren Höhepunkt hatten sie Mitte bis Ende der 1980er Jahre in den Staaten der Grünen Revolution (Maharastra, Uttar Pradesh, Punjab, Haryana). Damals nahmen an den Mobilisierungen mehrere 100000 Menschen teil, Tausende wurden nach Aktionen verhaftet, es gab Dutzende Tote. *Shetkari Sangathana* in Maharastra, die Bharatiya Kisan Union (*BKU*, in ganz Indien) und die *KRRS* in Karnataka sind die größten Organisationen. Als »neu« gelten die Bewegungen, weil es nur selten um Landverteilung geht, stattdessen die Preise im Mittelpunkt stehen (Dünger, Elektrizität etc., aber eben auch der Marktpreis bzw. staatlich garantierte Agrarpreise). Die Aktionsformen sind »modern« und »aktionistisch«: Eisenbahnen werden blockiert, staatlichen Bürokraten der Zugang zu den Dörfern verwehrt; Agrarprodukte dem Markt entzogen, Rechnungen boykottiert... Teilweise spielen Frauen eine wichtige Rolle, es gibt ›frauenspezifischen‹ Forderungen u.a. gegen Mitgift und Alkoholmissbrauch und für gleiches Recht auf Landbesitz. *Shetkari* hat eigene Frauenorganisationen, zu einem Treffen 1986 kamen 150.000 Frauen, während die *BKU* den patriarchalischen Norden widerspiegelt.

Insgesamt dominiert in der Bewegung die agrarische Elite, Groß-, Mittelbauern und die oberen landbesitzenden Kasten; Kleinbauern werden »mitorganisiert«. Für einen Großteil des ländlichen Proletariats boten die Bewegungen von Beginn an nur beschränkt Perspektiven. *Shetkari* äußert sich immer mal wieder auch positiv zu den Möglichkeiten, die in den globalen Handelsabkommen liegen, bei ihrer Gründungskonferenz wurde der Punkt ›Situation der Landarbeiter‹ fallengelassen. Während eines Textilarbeiterstreiks in Bombay hatte *Shetkari* bessere Verbindungen zu Verbänden der Kleinunternehmer des Handels- und Transportsektors als zu städtischen Gewerkschaften. Die *BKU* wollte die Forderung nach einem Mindestlohn für LandarbeiterInnen nicht einmal diskutieren. Ab Ende der 1980er wurden militantere Aktionen zunehmend abgeblasen, es wurde klar, dass für die Führung der Schritt in die Politik kurz bevorstand (*Shetkari*-Chef Joshi z.B. wurde 1989 Kabinettsminister und Vorsitzender des Ständigen Beratungsausschusses in Agrarfragen).

Brasilien

In Brasilien werden offiziell seit Jahren jährlich 4000-6000 Fälle von »Schuldknechtschaft«, »neuer Sklaverei« angezeigt, meist in den großen Agrarbetrieben in der heißen Phase der Ernte. Die Strafen können aus der Portokasse beglichen werden. Im Unterschied zur »alten Sklaverei« besteht kein legaler Besitz an der Person, die Arbeit wird durch Gewalt und »Verschuldung« erzwungen (z.B. müssen »vorgeschossene« Nahrungsmittel bezahlt, also abgearbeitet werden)

Aus der kolonialen Plantagenwirtschaft entwickelte sich eine extreme Polarisierung zwischen Großgrundbesitz und einer Klasse landloser ArbeiterInnen. Nur in bestimmten Nischen können sich Kleinbauern halten. Mit der Verdopplung der landwirtschaftlichen Produktionsfläche seit 1940 verdoppelte sich auch die Zahl der *Minifundien* genannten kleinen Familienbetriebe. Diese sind keine »Zerfallsprodukte«, sondern das Ergebnis von Latifundienwirtschaft und Ausweitung der Agrarindustrie. Bei einer Bevölkerung von 188 Millionen Menschen können fast fünf Millionen Haushalte nicht von ihren Böden leben, 4,5 Millionen Haushalte haben gar kein Land. Offiziell hat sich das ländliche Proletariat seit den 1970er Jahren halbiert. Als Folge der Mechanisierung nimmt (auch permanente) Lohnarbeit in den Agrarfabriken zu, während die Arbeitskräfte der Klein-/Familienbetriebe zwischen Landarbeit, Lohnarbeit in Agrarbetrieben und anderer Lohnarbeit wechseln. Gleichzeitig produziert das Anwachsen von Agro-

fabriken und marginalisierten Minifundien »unfreie Arbeitsverhältnisse«.

Der *MST* wurde 1984 gegründet. Er hat um die zwei Millionen Mitglieder (allerdings kursieren auch deutlich niedrigere Zahlen), 17 000 waren auf dem 5. Nationalen Kongress im Oktober 2007.

Seit Beginn geht es um Landbesetzungen. Dabei wird auf *Artikel 186* der Verfassung verwiesen, wonach »unproduktives Land« besetzt werden darf. Die Besetzungen sind der Versuch, als Teil der Gewerkschaftsbewegung eine breite Organisation aufzubauen. Dabei stehen drei politisch-organisatorische Probleme im Mittelpunkt: die Beziehung zur brasilianischen Arbeiterpartei (*PT*), die polizeilich/militärische Repression und die »Erziehung« der eigenen Basis. Ein Teil der *MST*-Basis sind ehemalige Landarbeiter, die Kinder der Kleinbauern, Migranten vom Land, für die die Stadt nicht mehr das Ziel ist. Sie treffen sich in Camps entlang der zentralen Straßen. Mit Absicht werden sie hier sichtbar in den *acampamentos* gesammelt, ausgebildet und geschult. Sie leben in einfachen Hütten mit Plastikplanen, die »filhos da lona preta«, (Kinder der schwarzen Plane). Teilweise bauen sie Lebensmittel an, gehen im Umland arbeiten, die Kinder besuchen in den nahe gelegenen Ansiedlungen oder Städten die Schule. Oft wird ein breites Unterstützungsnetz aufgebaut, Busverbindungen eingerichtet. Die Camps sind Ausgangspunkt für die Landbesetzungen. Die zweite Hälfte der *MST*-Basis lebt in den eigentlichen Besetzungen, den Agrarreformsiedlungen. Im ersten Jahrzehnt seines Bestehens hatte der *MST* versucht, in den Siedlungen »Produktionskooperativen« aufzubauen. Das wurde seit Mitte der 1990er weitgehend eingestellt, weil es immer wieder zu Ausdifferenzierungen entlang der Familenbande gekommen war, und weil viele in der »Wiederankunft« auf dem Land keine dauerhafte Rückkehr aufs Land sahen. Besonders die Jüngeren gehen weg, ca. 30 Prozent der Familien verlassen die Siedlungen nach wenigen Jahren.

Mit der Regierung Lula kam der *MST* unter doppelten Druck. Der *MST* betonte immer seine Unabhängigkeit von politischen Parteien, insbesondere diejenige von Lulas *PT*. Trotzdem erhielt er immer Unterstützung vom Staat, und besonders die Agrar – und Sozialpolitik sind für die Mobilisierungsmöglichkeiten der *MST* wichtig. Die versprochene Landreform hat es auch unter Lula nicht gegeben, die Regierung setzt auf Exportproduktion und Agrokraftstoffe. 2004 wurden genauso viele Leute vom Land vertrieben, wie andere über die Agrarreform welches bekommen haben. Trotzdem gehen seit dem Regierungsantritt von Lula im Jahr 2002 die Landbesetzungen drastisch zurück: 2003 waren es noch knapp 300, 2004 noch 150, 2007 keine 50 mehr. Auch die Anzahl der *acampamentos* soll seit 2003 um 60 Prozent zurückgegangen sein. Anstelle einer Landreform hat Lula auf niedrigem Niveau umverteilt: mittlerweile erhalten elf Millionen Familien *la Bolsa Familia*, eine Art »Familiengeld«. Dadurch wird die Stadt gegenüber dem »harten Leben« in den Camps wieder attraktiv. »Die Leute aus den Städten waren schon immer unsere Zielgruppe, doch jetzt wollen sie nicht mehr aufs Land und das harte Leben in den Camps auf sich nehmen«.

Zitat *MST*, zitiert nach *Inkota-Brief 144*, Juni 2008

Bolivien

Auch in Bolivien gibt es eine Landlosenbewegung. Das *Movimiento Sin Tierra* (*MST*) wurde im Jahr 2000 gegründet, ähnlich wie in Brasilien sammeln sich darin die »zwischen Stadt und Land« lebenden ProletarierInnen. Ihre Basis hat sie in den östlichen Provinzen, wo die Polarisierung zwischen Agrarfabriken und Landlosen/Landproletariat am ausgeprägtesten ist. Die trotz Repression immer wieder erfolgreichen Landbesetzungen haben die Bewegung auf um die 50 000 Mitglieder ansteigen lassen. Kurz vor dem Antritt der Regierung Morales hat sich der *MST* gespalten, u.a. an der Frage, ob man weiterhin Land besetzen soll. Hier hat die Regierung Morales dann auch den Hebel angesetzt: die Beteiligung an den Beratungen um die verfassungsgebende Versammlung wurde an die Aussetzung der Besetzungen gebunden.

Zu Bolivien siehe *Wildcat* 78, Seite 57 f.

Zentralamerika: Honduras

Neben den internationalen Agrarrichtlinien lässt die Nähe zu den USA eine Existenz durch Landarbeit für Kleinbauern und -bäuerinnen in Honduras wegbrechen. Reis, nach Mais und Bohnen das drittwichtigste Nahrungsmittel in Honduras, wurde Anfang der 1990er Jahre von 25000 Reisproduzenten hergestellt, 2005 noch von 1300. Grund dafür sind die Importe aus den USA, die Preise der fünf führenden Importeure fielen zwischen 1994 und 2000 um 40 Prozent, während die Verbraucherpreise um über 10 Prozent stiegen. Für die Kleinbauern und -bäuerinnen bedeutet dies eine Reproduktion zwischen Subsistenzlandwirtschaft und Arbeitsmigration in »doppelter Weise«: ein Teil von ihnen migriert in die USA oder in die Maquiladoraindustrie Mittelamerikas; ihre Geldüberweisungen sichern das Überleben der zurückgebliebenen Verwandten. In der Konsequenz verlassen immer mehr Leute ihren Boden, suchen nach anderen Einkommenquellen. Die Produktion auf dem eigenen Stück Land deckt gerade noch den täglichen Bedarf an Nahrungsmitteln.

»INKOTA ist ein ökumenisches Netzwerk entwicklungspolitischer Basisgruppen, Weltläden, Kirchgemeinden und Einzelengagierter und existiert bereits seit mehr als 30 Jahren im Osten Deutschlands« (Aus der Selbstdarstellung auf der Webseite). Im Rundbrief finden sich immer wieder erfrischend unideologische Darstellungen zur Landwirtschaft und den Bewegungen.

La Vía Campesina

....war im Gründungsjahr 1993 Ausdruck der Breite und Stärke der »neuen Bauernbewegungen«, aber 15 Jahre später sind die inhaltlichen (»Bauern«) und organisatorischen (»networking«) Grenzen offenkundig.

Nicht zufällig ist *La Vía Campesina* 1993 in Mittelamerika gegründet worden und hatte zwischen 1996 und 2003 den Hauptsitz in Honduras. Die Organisation entstand aus einer Initiative von Bauernorganisationen aus Nord-, Mittel-, Lateinamerika und Europa. Die 1990er Jahre waren das »Jahrzehnt der NGOs«, nicht wenige der anfänglichen Mitgliederorganisationen hingen organisatorisch und finanziell an solchen NGOs. Daraus hat *La Vía Campesina* Schlüsse gezogen und sich organisatorisch und finanziell unabhängiger gemacht. Seit Ende der 90er Jahre ist die »Globale Kampagne für Landreform« ein Mittelpunkt der Aktivitäten. Die Auswirkungen der von der Weltbank geförderten Landreformen (»Vom Markt bestimmte Reformen«) werden kritisiert und Forderungen nach einer »wirklichen« Landreform dagegengestellt: »expose and oppose« (in etwa »bloßstellen und dagegenstellen«), so lässt sich die Strategie der Organisation zusammenfassen. Eine Mischung aus Medienkampagnen, öffentlichkeitswirksamen Auftritten bei globalen Großereignissen, lokaler Unterstützung von Bauernbewegungen, aber auch Treffen mit Vertretern von *FAO* (Agrarorganisation der *UNO*) und *IFAD* (*International Fund for Agricultural Development*, auch eine Einrichtung der *UNO*).

Inzwischen wird entlang der selbst gesteckten Kriterien bilanziert: konnte das Thema durchgesetzt werden? konnten politische Akteure unter Druck gesetzt werden? haben diese gar ihr Verhalten geändert? kam es zu realen Veränderungen? ... Kriterien aus der *Networking*-Welt. Aber auch mit solchen Kriterien lässt sich einigermaßen nüchtern feststellen, dass nicht viel Zählbares zu vermelden ist. Im wesentlichen werden dafür zwei Ursachen verantwortlich gemacht: Erstens ersetze die Form des Netzwerks selbst allzuoft »eine politische Analyse der Realität, oder verhindere diese sogar« (Riles 2001, Edelmann 2008). Zweitens sei aus einer anfänglichen Stärke der Bewegung (vielfältige Zusammensetzung) eine Schwäche geworden (Klassenunterschiede und politische Differenzen). Auf den Philippinen und in Indien sei die Situation regelrecht »blockiert«, in Indien sind z.B. *KRRS* und *BKU* (siehe oben) die Hauptorganisationen von *Vía Campesina*. Sie halten kleinere, meist proletarischere Gruppierungen »draußen«. In den letzten Jahren hat es deshalb innerhalb dieser Strukturen immer wieder gekracht.

Revolution statt »Bündnisse«

Die Frage danach, wie Arbeiter und Bauern zusammenkommen, war eine oder vielleicht sogar *die* Frage des 20. Jahrhunderts. Und sie wurde sehr lange von großen Teilen der Linken mit Vorstellungen von Bauernrevolution beantwortet. Noch nach der weltweiten 68er Bewegung zog der Maoismus in die Städte der westlichen Welt ein – zwar nur in Form der lächerlichen Parteiaufbauversuche der K-Gruppen, das allerdings fast weltweit! Auf lange Sicht war allerdings »68« der Tod für den Maoismus, wie für alle Entwicklungsideologien. Heute werden die Bauern nicht mehr in Dienst gestellt für die nachholende kapitalistische Entwicklung, sondern als Kraft aufgerufen, um diese aufzuhalten. In diesem Sinn behauptet etwa James Petras, die »neuen Bauernbewegungen« seien die Avantgarde gegen den Imperialismus in Lateinamerika. Und in diesem Sinn sehen die Antiglobalisierungsbewegung seit *Chiapas* und *Seattle* die neuen Bauernbewegungen an der Front im Kampf »globaler Süden gegen globalen Norden«.

Bereits unser kurzer Blick auf die soziale Zusammensetzung der verschiedenen Bauernorganisationen hat diese Vorstellungen widerlegt. Jenseits aller theoretisch-politischen Unterschiede gleichen sich die Befunde, ob von linken/marxistischen AgrarexpertInnen oder »Mainstreamökonomen«: die »Semiproletarisierung« ist die überwiegende Form der Proletarisierung – eine Situation, aus der heraus die Subsistenz oft nicht mal mehr als »Fallback Option« funktioniert. »Traditionelle Landwirtschaft« gibt es kaum noch, gleichzeitig nimmt die Lohnarbeit weltweit zu – auch die in der Fabrik. Selbst die Anhänger einer eigenständigen politischen Vertretung der Kleinbauern- und -bäuerinnen kritisieren die »Subsistenzperspektive« inzwischen als irreal (z.B. Wienold 2007, *Inkota-Brief* 144). Es macht gerade die Stärke der »Bauernbewegungen« aus, dass sie an diesen realen Entwicklungen ansetzen und nicht an Ideologien (»Subsistenz«), die in sie hineinromantisiert wer-

Zahlen der ILO von 2007: 2006 gab es eine offizielle Erwerbsbevölkerung von 2,9 Mrd., das sind 16 Prozent mehr als 1996. 2006 arbeiten davon 22 Prozent im produzierenden Gewerbe, 1996 waren es 21,5 Prozent gewesen. Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft sinkt von 1996 43 Prozent auf 38 Prozent 2006. Der Anteil der Dienstleistungen steigt im selben Zeitraum von 35 auf 40 Prozent. (Hinter den Zahlen für die Landwirtschaft und die Dienstleistungen »versteckt« sich viel industrielle Arbeit!)

»Traditionelle Landwirtschaft« ist ein viel diskutierter Begriff. Im »Westen« war Landwirtschaft durch die Industrialisierung schon früh nicht mehr sehr »traditionell«. Die heutige Landwirtschaft in der Peripherie ist ein Produkt des Kolonialismus. Heute versteht man üblicherweise darunter einen Betrieb, der wenig bis keine fremde Arbeitskraft anwendet, für die Selbstversorgung produziert, bzw. höchstens einen kleinen Überschuss verkauft (»Kleinbauern«, »Family Farm«).

den. Dass im globalen Krisenangriff der letzten 35 Jahre die Bauernbewegungen stark schienen, lag zum einen daran, dass die Arbeiterbewegungen schwach waren. Es lag zweitens daran, dass die »Neuen Bauernbewegungen« gerade an der Uneinheitlichkeit der Proletarisierung ansetzten.

Politische Ansätze, die die Erzeugung von Mehrwert durch industrielle Warenproduktion mit den Voraussetzungen dieser kapitalistischen Akkumulation zusammenzufügen versuchen, der *Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft*, schienen in den 80er Jahren in der Lage zu sein, beide Pole zusammenzubringen (Fortunati, Caffentzis, Meillassoux, Federici). Wie die Fabrik der Ort von Kämpfen der ProduzentInnen ist, so sind Arbeitsmarkt und Familie die Orte, an denen die Produktion/Reproduktion der Ware Arbeitskraft umkämpft ist. Inzwischen hat G. Caffentzis von den *Midnight Notes* daraus einen »Labor-Power Production approach« gestrickt, einen »Arbeitskraftproduktions-Ansatz«. Er sieht in der Verteidigung der »Subsistenzgarantien« gegen die Angriffe des Kapitals (Vertreibung vom Land, Abbau sozialstaatlicher Leistungen, das Schleifen der Länder des ehemaligen Realsozialismus), im Kampf um die »*commons*«, die globale Frontlinie. Das ist sympathisch, weil es nicht allzu schwer scheint, sich selber auf die richtige Seite zu stellen. Aber dieser idealisierenden Sichtweise gelingt es immer weniger, die realen Kämpfe in den Blick zu bekommen. Sie rutscht immer stärker auf Positionen der moralischen Verurteilung der Arbeiterklasse in den Metropolen, und indem sie rein auf die »Verteidigung gegen die Angriffe des Kapitals« setzt, verpasst sie auch die Potenziale, die z.B. in den Kämpfen in Indien oder in Ägypten liegen (siehe die entsprechenden Artikel in diesem Heft). Auch in China deutet sich mit der zweiten Generation der Wanderarbeiter, für die eine Rückkehr aufs Land immer weniger eine Option ist, eine politische Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse an.

Im Vergleich zu solchen allerneuesten Ideologieproduktionen ist der oben skizzierte Versuch von Marx, die Krise der Dorfgemeinschaft mit der Krise der kapitalistischen Produktion zu verbinden, um Lichtjahre aktueller. Denn heute erleben wir tatsächlich die Herausbildung einer globalen Arbeiterklasse, deren Bedingungen ungeheuer weit aufgefächert sind, aber in direkter Beziehung zueinander stehen. Vor dem Hintergrund einer absoluten und relativen (zur Weltbevölkerung) Zunahme der Lohnarbeit im Norden, Süden, Osten und Westen, in den Städten, auf dem Land, den Fabriken, Call Centern, Agrarfabriken sollten wir versuchen, aus den Formen der Ausbeutung, der Arbeit, und natürlich den Kämpfen gegen die Unterordnung unter das weltweite Kapitalverhältnis die globale Perspektive auszumachen: wie konstituiert sich in der globalen produktiven Kooperation eine Weltarbeiterklasse als handelndes Subjekt?

Wir haben zu Beginn gefordert, endlich die leninistischen und maoistischen Perspektiven aus den Köpfen zu kriegen. Wir müssen aber auch die Perspektiven des »Kampfs gegen den Neoliberalismus« aus den Köpfen kriegen! Denn sie ist verknüpft mit reformistischen Vorstellungen, den Kapitalismus »zähmen« zu wollen.

Mit seiner These von der »Neuen Proletarität« hat K. H. Roth 1994 versucht, eine Debatte über die weltweite »Homogenisierung« unter ein weltweites Kapitalverhältnis anzustoßen. Angesichts der Herausbildung einer globalen Arbeiterklasse wollte er die Frage nach den »Aufgaben der Linken« stellen. Der Versuch misslang, die These von der »Homogenisierung« wurde als Angleichung der Lebensbedingungen missverstanden, die Frage nach der globalen Arbeiterklasse durch theoretische Kleinkriege unwirksam gemacht. Es wäre an der Zeit, nochmal am »Leopardenfell« der globalen Ausbeutung anzusetzen, mit 15 Jahren mehr Erfahrung in und mit den »neuen Bauernbewegungen«, mit zehn Jahren Erfahrung in den diversen *no-glob*-Bewegungen, vor dem Hintergrund der aktuellen *food riots*, der Nahrungsmittelkrise und der sogenannten »Klimafrage«. ■

vgl. Richard Greeman *»Gefährliche Abkürzungen« - Brief an alle Freunde der Zapatisten*
http://www.wildcat-www.de/zirkular/40/z40greem.htm

K.H.Roth (Hrsg.), *Die Wiederkehr der Proletarität*, Dokumentation einer Debatte, ISP 1994

Literatur:

– Eric Wolf, Peasant Wars of the Twentieth Century, 1969
– Barrington Moore, Soziale Ursprünge von Dikatur und Demokratie, 1966
– Hans Wienold, Leben und Sterben auf dem Land (Indien und Brasilien), Westfälisches Dampfboot 2007
– Silvia Pérez-Vitoria, Bauern für die Zukunft, Rotpunktverlag 2007
– Anette Desmarais, La Vía Campesina, Pluto Press 2007
– Annelise Riles, The network inside out, Michigan Press 2000
– Tom Brass (Edit), New Farmer Movements in India, 1995, Library of Peasant Studies No.12
– Loren Goldner, Der Kommunismus ist die materielle menschliche Gemeinschaft, Beilage Wildcat-Zirkular 46/47
– George Caffentzis, On the Notion of a Crisis of Social Reproduction: A Theoretical Review. (Caffentzis 2002: http://www.commoner.org.uk/caffentzis05.pdf , S.13ff).
– George Caffentzis, No Blood For OIL, Energy, Class Struggle, and War, 1998-2004, http://www.radicalpolytics.org/caffentzis/no_blood_for_oil-entire_book.pdf
– Sam Moyo & Paris Yeros (Edit.), Reclaiming the Land; The Resurgence of Rural Movements in Africa, Asia and Latin America; Zed Books 2005
– Bryceson, Kay and Mooji, Disappearing Peasantries, Rural Labour in Africa, Asia and Latin America, 2000
– James Petras hat eine eigene Webseite
– Wallerstein, Immanuel, Der historische Kapitalismus, Argument-Verlag, 1984
– Journal of Agrarian-Change, Special Issue on Transnational Agrarian Movements, April/July 2008; darin besonders die Beiträge von Brenda Baletti, Marc Edelmann, Saturnio M. Borras, Xochtil Bada.

Die Streik- und Kampfwelle seit 2006 hat die gesamte erstarrte und verkrustete ägyptische Gesellschaft durchgeschüttelt. Die ägyptische Linke teilt die Zeit ein in »vor Mahalla« und »nach Mahalla«. Seit den Streiks in der ältesten und größten Textilfabrik Ägyptens mit einem ersten Höhepunkt Ende 2006 (siehe *Wildcat* 81) spricht man von einer neuen Arbeiterbewegung. Denn vom Zentrum »Mahalla« aus haben sich die Kämpfe ausgebreitet, geografisch und auf andere Wirtschaftssektoren. Und seit dem Frühjahr kommen zu den Streiks Unruhen wegen der massiven Verteuerung von Lebensmitteln hinzu.
Ägypten ist in Aufruhr!

Land am Nil. Land im Aufruhr.

»Und plötzlich wurde aus leisem Klagen heiseres Flüstern, und es wurde lauter, grober, bitterer, wogte auf und ab, prallte aufeinander wie Blöcke aus Fels, und eine körperliche, aus dem Nichts geschaffene Kraft entflammte einen Zorn, der lichterloh aufstieg. Oh ja, dicht gedrängt standen sie, ein unüberwindlicher Damm, und brach die Flut erstmal los, war sie nicht mehr aufzuhalten.«

Nagib Machfus,
Die Nacht der tausend Nächte

Nahrungsmittelkrise – Bauernintifadah – Landarbeiterstreiks

Nagib Machfus (1911-2006) war der berühmteste intellektuelle Vertreter des weltlichen sowie staatliche Toleranz fordernden ägyptischen Bürgertums der 40er, 50er Jahre. Einige Werke, wie das 1969 in Auszügen erschienene *Kinder unseres Viertels* waren bis in jüngste Zeit in Ägypten verboten.

Die als »Hungerrevolten« bezeichneten Aufstände und Unruhen haben die Kämpfe der Bauern und der (halb-)proletarisierten Armutsbevölkerung in den ländlichen Subzentren auch in Ägypten ins Rampenlicht gerückt. Diese haben eine Vorgeschichte: Die massenhafte brutale Vertreibung der bäuerlichen Pächter von ihrem Land wurde fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit in den 90er Jahren durchgezogen Die Grundlage bildete ein Abkommen mit dem IWF zur Liberalisierung der ägyptischen Wirtschaft, die zunächst bei der Landwirtschaft ansetzte. Exportbeschränkungen etwa für Baumwolle wurden abgeschafft und damit in einem wichtigen Agrarmarkt eine Exportausrichtung ermöglicht. 1997 wurde die unter Nasser beschlossene »Landreform« von 1952 rückgängig gemacht. Sie hatte vor allem die politische Macht der Grundherren auf Staatsebene gebrochen, die Besitzverhältnisse auf dem Land selber aber kaum angetastet. Allerdings waren die Kleinbauern juristisch gestärkt worden, indem ihre nominellen Pachtzahlungen festgeschrieben und der Güterexport staatlich monopolisiert wurde. Faktisch haben die Grundherren jedoch ihre Macht in einem komplizierten Beziehungsgeflecht von Abhängigkeiten durch Verschuldung und Schattenwirtschaft beibehalten können – eine Tatsache, die eine politische Vereinheitlichung der Bauernbewegung Ende der 90er Jahre entscheidend erschwerte.

Nach Erhebungen des *LCHR* [Land Centre for Human Rights] haben sich die Pachtraten zwischen 1992 und 2005 verzwanzig(!)facht. Gewaltsame Landvertreibungen nahmen zu, wobei der Sicherheitsapparat sich häufig gegen die Bauern stellte. Ihr massiver Widerstand zwischen 1997 und 2003 wurde als Bauern-Intifadah bezeichnet. Allein 1997 wurden bei Auseinandersetzungen um Land ungefähr 100 Bauern getötet.

Seit 1997 sollen annähernd eine Million Bauern samt Familien von ihrem Land vertrieben worden sein – insgesamt etwa fünf Millionen Menschen. *Le Monde Diplomatique* schätzte im Oktober 2007, dass zwei Drittel der Bauern, die noch 1996 Land gepachtet hatten, ihren Betrieb inzwischen eingestellt haben.

Über die Bauern-Intifadah wurde kaum berichtet. Die militärische Abriegelung ganzer Provinzen in Mittel- und Oberägypten wurde in den 90er Jahren mit »Terrorismus« und religiösen Spannungen begründet. Die Proteste gegen Landenteignungen wurden totgeschwiegen. Bis heute werden Kämpfe auf dem Land meist als »Clan-Auseinandersetzungen« oder religiöse Streitereien dargestellt. Wie brutal bei den Vertreibungen vorgegangen wird, kommt nur hin und wieder durch Vorfälle blitzartig an die Öffentlichkeit, wenn – wie Anfang Juli 2008 – die Familie eines widerspenstigen Bauern unter den Augen der Polizei vom örtlichen Großgrundbesitzer abgeschlachtet wird.

Nur vereinzelt gelang es Bauern, kollektiv gegen Landvertreibungen vorzugehen, wie Anfang

Mahalla
In der Fabrik von Mahalla arbeiteten Mitte der 70er Jahre noch 40 000 ArbeiterInnen. Sie besetzten im Juni 1975 das Haus der Staatsgewerkschaft und veranstalteten anschließend ein Sit-in in der Fabrik. Es folgte ein harter Kampf, in dessen Verlauf Sicherheitskräfte die Fabrik drei Tage nach Streikbeginn stürmten, ungefähr 50 Arbeiter töteten und über 2000 verhafteten. Im Gegenzug stürmten dann die Familien der Arbeiter die Häuser der Manager und verstreuten ihre Luxusgüter auf der Straße. Sie zeigten so ihre Wut über die zunehmende Einkommensschere zwischen den Arbeitern und den Angestellten in derselben Fabrik. Am Ende wurde eine Gleichstellung mit den Verwaltungsangestellten durchgesetzt. (Sayed Habib: Portrait of an Activist. *Al Ahram*,1.5.2008)

Landarbeiterstreik und Sit-in in Toshka
2200 Arbeiter und Angestellte der *Ramsis Company for Agricultural Projects* und der *South Valley Company for Agricultural Development* in Toshka traten Ende Februar in den Streik und veranstalteten ein Sit-in vor der Staatlichen Dachgesellschaft der beiden Unternehmen, der *Construction and Development Holding Company*. Diese hatte die Grundlöhne der Beschäftigten um ein Fünftel gekürzt und durch ein Prämiensystem ersetzt.
Da 80 Prozent der Arbeiter keinen gesicherten Arbeitsvertrag haben, forderten sie die unbefristete Anstellung und ihre Gleichstellung mit den Angestellten im Öffentlichen Dienst, d.h. Teilhabe an den dort per Dekret verordneten regelmäßigen Lohnerhöhungen und der dort üblichen Krankenversicherung. Darüber griff der Kampf den in Ägypten verbreiteten Rassismus gegenüber den Südägyptern auf: Für die Landarbeit wurden vorwiegend »unqualifizierte« nubische Arbeiter aus der Region angestellt, während die höheren Verwaltungspositionen mit Leuten aus Nordägypten besetzt wurden. Das neue Prämiensystem bevorzugte die höherqualifizierten Nordägypter. Der Kampf richtete sich sowohl gegen die rassistische Politik des Managements, als auch gegen die Schlechterstellung der Arbeiter gegenüber den Angestellten.

2005, als 50 Familien des Dorfes Sarando ihr eigenes Land besetzten und Baumaschinen zerstörten, um das Plattwalzen ihrer Häuser und Felder zu verhindern.

Neben diesen Auseinandersetzungen um den Erhalt des eigenen Stück Lands tauchen neue Formen von Kämpfen auf. Die Marktwirtschaft »vergesellschaftet« die Kampfperspektive der Menschen: War es in den 90er Jahren der Staatsapparat, der die Regionen von außen abschnitt, so drehen die Kämpfenden heute das Ganze um. Die Blockade zentraler Verkehrswege zwischen Provinz und Zentrum ist ein immer häufiger angewandtes Kampfmittel der städtischen und ländlichen Armen. Mitte Juli protestierten 5000 Bewohner mehrerer Dörfer der Provinz Dakahlia gegen die von der örtlichen Politik gedeckte groß angelegte Abzweigung von Trinkwasser zur Bewässerung der Felder von Großgrundbesitzern. Die Kleinbauern drohten damit, die Küstenautobahn zu blockieren, um die Behörden zum Eingreifen zu zwingen.

Und Bauern, die zu lohnabhängigen Landarbeitern geworden sind, können auch streiken! Ende Februar 2008 taten dies 2200 Arbeiter der *South Valley Company* im gigantischen (z.T. Bio-)Exportanbau-Paradies namens Toshka nahe Abu Simbel.

So wie sich die Proletarisierungsprozesse weltweit ähneln, entwickeln sich auch die Kampfformen und -inhalte weltweit parallel. Rund um den Globus blockieren die ländlichen Armen wichtige Transportverbindungen zwischen den Zentren. In Mahalla hob sich die politische Trennung zwischen »Arbeitern« und »arbeitslosen Armen« teilweise auf: Während die ArbeiterInnen dort und in anderen Städten für einen finanziellen Ausgleich für Teuerung bei Lebensmitteln streikten, forderten die Arbeitslosen die Beibehaltung der Brotsubventionierung – gemeinsam trafen sie sich auf der Straße, im militanten Aufruhr gegen »den Staat«. Die Verbindung eines Streiks in der Fabrik mit dem Kampf der städtischen Armen auf der Straße hat verhindert, dass der Staat militärisch eingegriffen hat – in den 80er Jahren schossen Soldaten in Versammlungen streikender Arbeiter, in den 90er Jahren wurden hunderte Bauern massakriert. Die seit 1982 unter permanentem Ausnahmezustand regierende Diktatur fuhr in Mahalla ihre Polizei und nicht Soldaten auf.

In Mahalla und darauffolgend in anderen Orten des Aufruhrs kann die Drohung mit staatlicher Repression die Menschen nicht mehr soweit einschüchtern, dass sie wieder nach Hause gehen; in allen betroffenen Orten gibt es Kampagnen und Demonstrationen gegen die Willkür der Polizei und für die Freilassung der Verhafteten.

Modernisierung durch wirtschaftlichen Boom?

Der Boom an ausländischen Investitionen, der Nachdruck, mit dem Ägypten in den Wirtschaftsspalten zu den *Next Eleven* befördert wird, hat u.a. mit den »Begehrlichkeiten« zu tun, die die Renten der arabischen Ölstaaten bei den »armen arabischen Nachbarn« wecken, wie die wirtschaftsliberale *NZZ* Ende Juli mit Sorge feststellte. Die Investitionen würden zum großen Teil nach politischen Gesichtspunkten und nicht nach Effizienzkriterien getätigt. Soziale Unruhen angesichts des enormen Reichtums, der sich zwischen Libyen und Saudi Arabien ansammelt, würden die Region auseinanderfallen lassen. Immerhin arbeiten bereits wieder dreieinhalb Millionen Ägypter in den Golfstaaten. Der Zwang, die Petrodollars zur »Entwicklung« der arabischen Region einzusetzen – und das »nachhaltig«, d.h. zu Weltmarktbedingungen – hat zum Teil ungeahnte Folgen: Ägypten ist nicht mehr nur Emigrationsland, sondern wird zum Ziel von ArbeitsimmigrantInnen – inoffiziell sollen sich bis zu

Informeller Sektor ist zu unterscheiden von informeller Beschäftigung, d.h. Schwarzarbeit. Mit informellem Sektor sind Firmen gemeint, die geforderte Bedingungen für Formalität nicht oder nur teilweise erfüllen: Lizensierung, Registrierung (bei einer Art Handelskammer), ein offizielles Bankkonto u.dgl. Hierunter fallen v.a. kleine kapitalarme Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe.

Schon in den 70er Jahren versuchte der Staat, das unkontrollierte Anwachsen der Zentren Kairo und Alexandria durch die Neugründung von **Satellitenstädten** wie *Nasser-City*, *6th of October-City* oder *10th of Ramadan-City* zu entlasten. Das ist ihm aber kaum gelungen, da die Armen in den neuen Städten ohne die gewachsenen informellen sozialen Netzwerke kaum überleben konnten. In den letzten Jahren gibt es verstärkte Bemühungen, diese Städte durch die Einrichtung von **Industriezonen** neu zu beleben. Dies bedeutet aber, dass die Firmen Löhne zahlen müssten, von denen die Arbeiter leben können. Für den Großteil der Armen und ungelernten Arbeiter sind diese Städte somit nicht attraktiv – statt dessen konzentrieren sich dort oft ImmigrantInnen-Communities. In der *6th of October-City* bspw. lebt ein großer Teil der 150000 irakischen Flüchtlinge, die dort z.T. die Arbeitskraft im Dienstleistungssektor stellen.
Ein drittes Entwicklungsprojekt sind die staatlich finanzierten Agrarprojekte im Süden. Riesige Kanäle wurden vom Assuan-Stausee aus in die Wüste gebaut, um dort großflächig Land zu bewässern. Ein Teil des Landes wird an Kleinbauern vergeben, der größere Teil der Exportproduktion (80 Prozent wird exportiert) wird von großen Firmen mit Landarbeitern betrieben. Insgesamt sollen dort 700000 Arbeitsplätze entstehen.

zwei Millionen ArbeiterInnen aus asiatischen und afrikanischen Ländern sowie der Türkei im Land aufhalten. Außer der Tourismusbranche am Roten Meer sind ihr Ziel vor allem die neuen Industriezonen.

Alle kapitalistischen Hoffnungen auf eine Modernisierung der vermeintlich archaischen arabischen Welt beruhen auf der Beschwörung des Booms, des wirtschaftlichen Fortschrittes. Wie sieht es damit aus? Das nominale Wirtschaftswachstum beruht weniger auf einer gestiegenen Leistung der Industrie, als auf »externen Faktoren«. Investitionen im Bereich Infrastruktur und Tourismus und einmalige »Investitionen« (beispielsweise der Verkauf von Mobilfunklizenzen oder der Aufkauf staatlicher Unternehmen) blähen die Statistik auf. Dazu kommen sprudelnde »Renteneinnahmen« aus dem Energiesektor (Gas), den Gebühren für den Suez-Kanal und die politischen »Renten« in Form von Militärhilfe der USA und der EU.

Die Privatisierung von Staatsbetrieben hat zwar den Anteil der in staatlichen Industriebetrieben Arbeitenden gesenkt, allerdings um den Preis gestiegener Ausgaben für Altersrenten. Der Abbau der Textilindustrie konnte von den ArbeiterInnen zwar nicht verhindert, aber verzögert und verteuert werden. Um die gesellschaftliche Situation nicht explodieren zu lassen, war der Staat gezwungen, immer mehr Leute direkt zu beschäftigen. In der Dekade 1988/98 wuchs die Beschäftigtenzahl im Öffentlichen Dienst doppelt so schnell wie die Beschäftigung insgesamt. Demgegenüber hat sich der Anteil der im Privatsektor Arbeitenden in den letzten fünfzehn Jahren nur geringfügig erhöht.

Dem entspricht ein Trend zur Informalisierung der Wirtschaft: 1998 war 57 Prozent aller Arbeit informell, 2006 bereits 61 Prozent. Heute landen drei Viertel der Leute, die neu in den Arbeitsmarkt eintreten, im informellen Sektor.

Gleichzeitig wurden der Anteil der Lohnzahlungen an Staatsangestellte etwas und die Ausgaben für das öffentliche Gesundheits-, Bildungs- und Transportwesen massiv gesenkt. Allerdings stieg der Posten »subventionierte Grundgüter und Transferleistungen« im selben Zeitraum 1995 bis 2005 von 12 auf 33 Prozent des Staatshaushaltes an. Die staatlichen Leistungen fallen sehr unterschiedlich aus und stellen keine Masseneinkommen dar: es sind überwiegend Pensionen, die zu 85 Prozent an »Nicht-Arme« gehen.

Der Staat bietet also nach wie vor eine – wenn auch sehr unterschiedlich ausgestaltete – Existenzsicherung, die es den Unternehmern schwierig macht, die Menschen um jeden Preis ans produktive Arbeiten zu bringen. Sein »historisches« ökonomisches Problem als Rentenstaat hat Ägypten bislang nicht auflösen können.

Die Dynamik der Kämpfe

Vor diesem Hintergrund entwickelt sich die Dynamik der Kämpfe seit April diesen Jahres. Die Textilarbeiterinnen der Staatsbetriebe haben in ihrem »defensiven« Kampf gegen die Privatisierung des Kernsektors der ägyptischen Wirtschaft Tabus gebrochen und die Staatsführung an vielen Punkten in die Schranken gewiesen. Das hat Räume für andere Kämpfe geöffnet, die nicht unbedingt in den Formen, aber inhaltlich offensiv ausgerichtet sind – etwa Arbeiterinnenkämpfe für die Angleichung ihrer Löhne an die der männlichen Kollegen – und die staatliche Liberalisierungspolitik ins Leere laufen lassen. Die Kämpfe der »ländlichen Armen« etwa verschärfen eine Zwickmühle der Unternehmer: Um die in den 90er Jahren von ihrem Land vertriebenen ehemaligen Bauern vollständig zu proletarisieren, sie von den Subsistenzmöglichkeiten komplett zu lösen und produktiv in den neuen Industriezentren auszubeuten, müsste ihnen die Möglichkeit geboten werden, allein mit ihrem Arbeitslohn überleben zu können. Da diese Perspektive aber nicht sichtbar ist, bleibt der größte Teil in den städtischen Subzentren im Nildelta und in Oberägypten hängen, wo sie auf Familienstrukturen zurückgreifen können, ein informeller »Dienstleistungsmarkt« besteht, und wo sie Zugang zu staatlichen Sozialleistungen haben – auch wenn diese kaum das Überleben sichern. Nun fordern sie militant vom Staat bessere Lebensbedingungen ein, nicht mehr als vereinzelte Bauern, sondern als Kollektiv. Das ist der entscheidende Unterschied zu den Kämpfen der 90er Jahre.

Lebensmittelkrise und Hungerrevolten

In einem Land, dessen Bevölkerung sich zum erheblichen Teil von Getreide ernährt, das der Staat auf dem Weltmarkt einkauft, hat die Verdopplung der Weltmarktpreise – verbunden mit der Weigerung des Staates, das Subventionsbudget für Mehl entsprechend aufzustocken – zu einer akuten Verknappung an Lebensmitteln geführt. Die Proteste dagegen sind entsprechend der jeweiligen Zusammensetzung der Bevölkerung sehr unterschiedlich und richten sich sehr konkret gegen den jeweiligen Modus der Lebensmittelverteilung. Sie haben nichts mit einem rasenden »Mob« zu tun, der vor Hunger alles und jeden angreift, wie es die hiesige Presse mit ihrem Schlagwort »Hungerunruhen« suggeriert.

Der Zentralstaat sieht die »Lösung« der Lebensmittelkrise zum einen in einer weiteren Zentralisierung der Landwirtschaft, um Kosten zu senken (neues Gentechsaatgut, Ersetzung von Weizen durch billigeren Mais, gigantomanische Bewässerungsprojekte in der Wüste). Zum andern soll das bisherige System frei verkauften subventionierten Mehls durch ein Lizenzsystem ersetzt werden, sprich: das Mehl wird nur noch an lizensierte Bäckereien abgegeben und/oder es wird auf dem Land teilweise direkt an Leute verkauft und verteilt, die Bezugskarten bekommen haben. Dagegen haben im mittelägyptischen Minya und in der im Nildelta liegenden Stadt Kafr el-Sheikh vor allem verstoßene Frauen und alleinerziehende Mütter unehelicher Kinder und Waisen demonstriert. Da sie in der islamischen Rechtsprechung nicht existieren, hatten sie folglich auch keine Bezugskarten erhalten. Ebenfalls in Minya sprengte eine wütende Menge die Gemeinderatssitzung, um die Einhaltung der versprochenen Rationen einzufordern. In Menoufia wurden Anfang Juni die Autos von neu eingestellten Brotverteilern zerstört, als die zugesagten Rationen einfach halbiert worden waren. Zur selben Zeit explodierte in mindestens zwei Küstenorten die Wut: In Borg el-Barlas blockierten Anfang Juni 1500 Menschen mit brennenden Reifen und Booten die Küstenautobahn, nachdem der Gouverneur Mehl aus dem Katalog der auf Bezugsschein zu erhaltenden Waren gestrichen hatte. Derselbe Grund führte in dem Fischerstädtchen Burg al-Burullus zu einem gewaltsamen Aufstand mehrerer tausend EinwohnerInnen. Auch hier gab die Provinzregierung ein Stück weit nach und versprach, den Fischern weiterhin verbilligtes Mehl zu verkaufen.

Von der Privatisierung der Staatsbetriebe zum Industrialisierungsschub?

Der zweite Schritt der Liberalisierungspolitik zielte ab 2003/04 auf die Privatisierung der Staatsbetriebe im Bankensektor und der Industrie, besonders der Textilindustrie, die von den Beschäftigtenzahlen her als Kernbereich der ägyptischen Wirtschaft gilt. Privatunternehmen werden durch eine Reihe von Vergünstigungen und Subventionen in eine der Freien Produktionszonen gelockt.

Genau die Textilindustrie wurde zum Katalysator der momentanen Kampfwelle. Bislang ist es nur ansatzweise gelungen, aus den Belegschaften die Masse der Ungelernten zu entlassen und die Aufstiegswilligen als Kerne eines neuen Industrialisierungsmodells zu rekrutieren – die einen wehren sich gegen ihre Entlassung, die anderen weigern sich, in der Privatwirtschaft schlechtere Bedingungen zu akzeptieren. Die Welle von großen Fabrikkämpfen (Streiks und Betriebsbesetzungen) traf bisher vorwiegend die Noch- oder ehemaligen Staatsbetriebe. Die ArbeiterInnen versuchen, den Verkauf ihrer Firma zu verhindern, oder es geht um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen sowie der Löhne und Sozialleistungen nach der Privatisierung.

Insofern ist eine gängige Einschätzung der Streikwelle in Ägypten als Kampf gegen »Privatisierung« vordergründig sicherlich nicht falsch. Ihre Bedeutung gewinnen diese Kämpfe jedoch vor allem dadurch, dass sie die Tür öffnen für Kämpfe »neuer« ArbeiterInnen in boomenden Sektoren, wie Tele-

Die Einrichtung von Freihandelszonen wurde bereits in den 70er Jahren durch Sadat vorangetrieben. Privatfirmen erhalten dort Steuer- und Zollvergünstigungen, Infrastruktursubventionen und teilweise ein gelockertes Arbeitsrecht. Diese Zonen konzentrieren sich in der Nähe des Suezkanals. Später kamen Industriezonen hinzu, die sich in der Kanalregion, rund um Kairo, in einigen Regionen des Nildeltas und in Südägypten befinden. Zusätzlich zu diesen »alten« Produktionszonen sind in den letzten Jahren sieben sog. »QIZ« entstanden: »Qualifizierte Industriezonen«. Dort angesiedelte Unternehmen werden gemäß einem Abkommen mit den USA und Israel bei Exporten in die USA bevorzugt behandelt.

kommunikation und Baustoffindustrie (Zement) sowie Ölverarbeitung – sowohl in den Staats-, als auch den Privatbetrieben. Hier werden die Kämpfe unabhängig von den Eigentumsverhältnissen offensiver; es geht um Lohn- und Prämienerhöhungen. Anfang Juli streikten bei der staatlichen Telecom Egypt die »transmission engineers« (untere technische Angestellte) und legten verschiedenste Call Center lahm. Unter Verweis auf höhere Grundlöhne in privaten Firmen forderten sie eine Angleichung ihres Bonussystems an das der höheren Angestellten. Sonderzahlungen, die niedrigere Grundlöhne ausgleichen sollen, seien bei der *TE* den oberen Angestellten vorbehalten. Mitte Mai kamen 3000 Arbeiter der staatlichen Ölfirmen *Petrojet* und *Ebisco* zum Ölministerium, um mit einem Sit-in die Verwandlung ihrer befristeten Verträge in unbefristete zu erreichen. Mitte Juli streikten die Beschäftigten der einem italienischen Konzern gehörenden *Helwan Cement Company* für höhere Löhne, Kantinenessen und eine bessere Krankenversicherung.

Es gibt in vielen Bereichen auch für Selbstständige eine Zwangsmitgliedschaft in einer staatlichen Berufsorganisation.

In den neuen Freien Produktionszonen gab es bislang wenig Kämpfe. Bekannt wurde ein Streik bei *Vilocity Textile*, (wo fast alle 2700 Arbeiterinnen aus dem Ausland kommen!). 142 Frauen aus Sri Lanka hatten mehr Geld, bessere Verpflegung und Unterkünfte gefordert. Nachdem die Firma auf ihre Forderungen eingegangen war, wollten die Arbeiterinnen nicht mehr länger in der Wüste leben und forderten ihre Rückkehr nach Sri Lanka – der Staat drohte ihnen daraufhin mit Gefängnis wegen Verletzung ihres Arbeitsvertrages.

Während die staatlichen Textilbetriebe abgebaut werden, wird die öffentliche Verwaltung vergrößert – auch ein Mittel, um den wachsenden Druck der ArbeiterInnen abzumildern.

In den vielen Kämpfen in diesem Bereich gibt es zwei unterschiedliche Pole, von denen aus mobilisiert wird: Zum einen die »einfachen«, oft weiblichen Verwaltungsangestellten und ArbeiterInnen. Ein wichtiges Zeichen setzte hier der Streik von 50000 vor allem weiblichen Angestellten der Grundsteuerbehörde im Dezember 2007, deren Aufgabe es ist, von Haus zu Haus zu gehen und die Gebühren einzusammeln. Diese staatlichen Angestellten kämpfen nicht aus Angst vor Entlassungen, sondern für mehr Lohn, die Abschaffung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede und bessere Arbeitsbedingungen.

Der andere Pol sind die staatlich angestellten Akademiker, wie Ärzte und Uniprofessoren. Auch sie kämpfen für mehr Lohn. Daneben geht es ihnen, wie auch selbstständigen Rechtsanwälten, Journalisten usw. oft um ihre Unabhängigkeit in einer Berufsorganisation – entweder um das Recht, eine solche aufbauen zu dürfen sie als Vertretungsorgan gegen die staatliche Bürokratie nutzen zu können. Hintergrund ist, dass der ägyptische Sozialstaat für die verschiedenen Klassen der Bevölkerung unterschiedliche Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherungssysteme vorsieht. Der Zugang eines Journalisten zu ihnen setzt beispielsweise seine Anerkennung durch die staatliche »Gewerkschaft« voraus.

Wenn die Muslimbruderschaft irgendwo eine Rolle spielt, dann in diesen Mittelschichten. Da sie verboten ist, reicht die vermutete Zugehörigkeit als Ausschlussgrund aus dem Berufsverband. Bei den Protesten von Journalisten spielte sie eine gewisse organisierende Rolle.

Linke und liberal-muslimische Intellektuelle haben sich vor einigen Jahren in dem lockeren Wahlbündnis *Kifaya* zusammengeschlossen, das sich auf Fragen der »Bürgerrechte« und der Demokratisierung konzentriert. Meinungsfreiheit, die Behinderung von Journalisten und ähnliches sind ein wichtiges Thema und Bindeglied zu den sozialen Auseinandersetzungen.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Streiks und Proteste im Öffentlichen Dienst und des gewaltsamen Ausbruchs in Mahalla wurde im Mai 2008 allen Angestellten im Öffentlichen Dienst und der Staatsbetriebe eine 30-prozentige Lohnerhöhung zugesagt. Der Staat wollte die Löhne aber nicht gleichmäßig erhöhen; ein differenzierendes Prämiensystem sollte Lohnunterschiede festschreiben. Diese Rechnung scheint nur bedingt aufzugehen: Mittlerweile fordern beispielsweise Krankenschwestern oder das nicht lehrende Personal an den Schulen, dass auch ihre Prämien an die der Ärzte bzw. des Lehrpersonals angeglichen werden.

Wie schleppend der Staat mit seinen Versuchen zur Straffung der Verwaltung vorankommt, zeigt sich neben den Streiks und Protesten der Angestellten auch im Widerstand der betroffenen »Bürger«: Am 20. und 21. April brannte es in der Oase Bahariya 300 km südwestlich von Kairo. Eine Verwaltungsreform hatte sie einer anderen Provinz

zugeschlagen – das hätte bedeutet, dass die BewohnerInnen für Behördengänge nicht mehr 250 sondern 600 Kilometer weit fahren müssen. 5000 Protestierer blockierten die zentrale Autobahn nach Kairo mit brennenden Reifen und Autos. Freitag und Samstag demonstrierten gleichzeitig mehrere tausend Menschen – bei einer Einwohnerzahl der Oase von nur 50000! Sie drohten, die für das große Stahlwerk in Helwan (Kairo) lebenswichtige Eisenerzmine zu blockieren. Die Demo wurde mit Tränengas aufgelöst. Die Regierung ruderte in der Folge zurück und schlug Bahariya der neuen Provinz »6. Oktober« zu, wodurch sich die Fahrstrecke »nur« auf 300 km verlängert.

Auch selbstständige »Handarbeiter«, die am Rande oder in der informellen Wirtschaft arbeiten, haben häufig protestiert. Einzig dort, wo sie einem staatlichen Reglement unterliegen, kam es zu direkten »Lohn«kämpfen, z.B., als im März Minibusfahrer in Kairo streikten, um einen höheren Beförderungspreis durchzusetzen. Ansonsten richten sich ihre Kämpfe mittelbar an (oder gegen) den Staat: Aktuell führen Minibusfahrer in Kairo einen Boykott gegen eine restriktive polizeiliche Reglementierung durch, die erwähnten Fischer kämpften um die Verteilung subventionierten Mehls, Fischer protestierten gegen die Verschmutzung des Marioutis-Sees durch Industrieabwässer, Bauern wehren sich gegen die durch die staatliche Politik verursachte Wasserknappheit oder gegen die Verschmutzung durch Düngemittelfabriken und fordern gleichzeitig Entschädigungen.

Arbeiterkampf ist mehr als nur Kampf um Lohn

In Machfus' Erzählung »Nacht der tausend Nächte«, seiner eigenen Version der Scheherezade, zwingt die wütende Menge am Ende den Sultan, den verhassten Gouverneur durch den unschuldig verurteilten Volkshelden zu ersetzen.

Heute ist eine ähnliche politische Lösung nicht in Sicht – das ist aber auch gut so, wenn man etwa Überlegungen der trotzkistischen Linken sieht, durch eine »Volksfront« mit den Muslimbrüdern das Regime Mubarak zu Fall zu bringen. Hinter solchen Bündnisüberlegungen steht die Hoffnung, das Proletariat und die enttäuschten Mittelschichten zusammenzubringen – wer dabei die »Führung« erst in den Kämpfen, dann in den Betrieben und im Staat übernehmen würde, dürfte klar sein. Dies ist die reformistische Falle des ägyptischen Aufbruchs: Unabhängige und demokratische zivilgesellschaftliche Institutionen und Gewerkschaften, geführt von qualifizierten und studierten Arbeitern und Angestellten, die den Traum vom individuellen Aufstieg absichern – der Kampf der ArbeiterInnen würde zum Motor der Modernisierung umgedreht. Angesichts der autoritären Strukturen und der staatlichen Repression eine verständliche Option, aber eine, die den Arbeiterkämpfen ihre Spitze brechen würde: Es macht einen entscheidenden Unterschied, ob z.B. Krankenschwestern von sich aus eine Gleichbehandlung mit Ärzten verlangen und in diesem Kampf auch die Autorität der betrieblichen Vorgesetzten in Frage stellen oder ob ein ein »Runder Tisch« aus Ärzten und Pflegerinnen einen Ausgleich sucht, der die betriebliche Hierarchie im Interesse der Produktivität verstetigt.

Andererseits kann der Klassenkampf in Zusammenhang mit der sich weltweit verschärfenden Krise auch eine ganz andere Richtung einschlagen, und in den Kämpfen kann eine neue Gesellschaftlichkeit entstehen.

Beide Momente sind in den Kämpfen der letzten Jahre enthalten. Sicher sagen lässt sich, dass die jetzige soziale und politische Bewegung völlig ohne die islamistische Option der letzten zwei Jahrzehnte auskommt. Dem Regime gelingt es nicht mehr, soziale Auseinandersetzungen in religiöse umzudeuten. In der immer häufigeren Verbindung von Lohnkämpfen mit solchen um die allgemeinen Lebensbedingungen entsteht eine äußerst spannende gesellschaftliche Dynamik. Besonders die »Kulturrevolution« in den gesellschaftlichen Geschlechterbeziehungen verdient Aufmerksamkeit: Arbeiterinnen fordern nicht nur mehr Lohn, sondern treten öffentlich als soziale Subjekte auf, als streikende Arbeiterinnen, als Demonstrantinnen, als Organisatorinnen öffentlichen Protests. ■

Das »Berliner Modell«

09:30

Die Autorität des uniformierten Bahnbeamten und der Kindheitstraum Lokomotivführer sind zerplatzt. Ein Berufsstand mit ehemals hohem sozialen Prestige wurde proletarisiert. Nach dem Anschluss der DDR und dem massenhaften Zufluss von qualifizierten Ost-Bahnern konnte die Bahn eine radikale Flexibilisierung und Verdichtung der Arbeit durchsetzen. Der Bahnerstreik 2007/2008 hat Löhne *und* Arbeitsbedingungen thematisiert: Neben höheren Einstiegsgehältern und kräftigen Lohnsteigerungen wurden konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und eine Arbeitszeitverkürzung gefordert. Der Streik stieß auf breite Sympathie, unter anderem, weil die »Verdichtung der Arbeitszeit« fast überall ein brennendes Thema ist. Und die Ossis, die in den 90er Jahren noch als Lohndrücker und Türöffner für die Flexibilisierung benutzt werden konnten, haben in ihm eine Avantgarderolle gespielt.

Doch weder der Abschluss im Öffentlichen Dienst noch bei der *BVG* oder gar im Einzelhandel, und nicht einmal der Tarifvertrag der GDL hat die Arbeitsbedingungen tatsächlich verbessert. Für die GDL war der Streik für das Überleben als Organisation wichtig, wie für ver.di die Mobilisierungen im Öffentlichen Dienst und bei den Verkäuferinnen als Mittel zur Mitgliederwerbung. Und aus Sicht der Unternehmer flankieren die Gewerkschaften die Produktivitätssteigerungen und die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen.

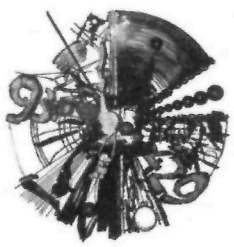
Bei der Bahn herrscht inzwischen Arbeitskräftemangel, den das Management ausgleicht, indem es die bahneigene Zeitarbeitsfirma *DB Time* und das Arbeitsamtsprogramm *TF 1000* als weitere Momente der Spaltung gegen die Bahner in Stellung bringt. Anders herum könnte der Arbeitskräftemangel zum starken Machtmittel in den Händen der Bahner werden, wenn sie es schaffen, den Kampf für die Verbesserung der eigenen Arbeitsbedingungen fortzuführen. Denn ihre qualifizierte Schichtarbeit ist nicht (schnell) zu ersetzen.

Das »Berliner Modell« genannte, gleichzeitige Krankschreiben lassen von S-Bahn-Lokführern nach Einführung des neuen Schichtplans Anfang Juni 2007 und die unangekündigten Arbeitsverweigerungen bei der Straßenbahn lassen ahnen, wie kollektive Organisierungsprozesse von unten *anfangen* könnten. Das folgende Gespräch mit zwei Bahn-Aktivisten konkretisiert, wie und warum die Arbeitsbedingungen (erhöhte Produktivität, hochflexible Schichtpläne) die Kampffront und der rote Faden solcher Prozesse sein müssen.

Mit der Veröffentlichung wollen wir alle animieren, ob AktivistInnen oder nicht, mit ihren KollegInnen über die eigenen konkreten Arbeitsbedingungen zu diskutieren: Was muss verändert werden und wie müssen wir uns organisieren, um das durchzusetzen?

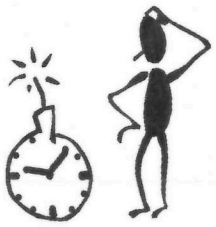
Warum machen wir es nicht auch »so wie die Bahner«?!

15:00



23:20

Von Minus- und Überstunden



Gespräch mit zwei Bahnaktivisten, Kai (Railion) und Rolf (S-Bahn)

Ihr seid beide schon in der DDR bei der damaligen Reichsbahn gewesen und habt die Entstehung der DB AG miterlebt. Wie war die Situation Ende der 80er Jahre?

Kai: Im Westen hatten sie zu wenig Lokführer, und deshalb sollten sie als Beamte in den gehobenen Dienst versetzt werden. Sie haben händeringend Leute gesucht. Wären wir Ossis nicht gekommen, würden die Lokführer heute locker 500 Euro mehr verdienen.

Rolf: Ohne uns Ostler hätten sie damals die ICE-Leistung gar nicht fahren können! Ich habe bei der Reichsbahn Schlosser gelernt, war am Ende Wagenmeister. 1993 bin ich für 18 Monate zur Lokführerausbildung nach Süddeutschland, mit Schulungen in München und Kassel.

Wollten sie Dich dann dort auch verpflichten?

Rolf: Ja, aber in der Zwischenzeit hatten sich die Bedingungen geändert. Seit 1994 war es nicht mehr Bundesbahn, sondern DB AG. Ich war damals beim Güterverkehr, aber übernehmen wollten sie mich bei der S-Bahn in Plochingen (bei Stuttgart). Da kann ich ja gleich zur S-Bahn nach Berlin zurück, dachte ich mir. Und das Verrückte war: Für die S-Bahn musste ich nochmal die komplette Ausbildung absolvieren.

Kai: Die, die gleich nach der Wende rüber sind, konnten noch in die Beamtenlaufbahn; und sie durften als Beamtenanwärter bei der DB AG auch noch mal lernen: was ist ne Weiche? usw.

Kai, Du bist 2006 von Regio zu Railion gewechselt, warum?

Kai: Sie brauchten Aushilfen in Lehrte*. Damit verbunden war eine umfangreiche Ausbildung an ziemlich modernen Maschinen, und das haben wir mitgenommen. Zwei Monate Ausbildung als Zusatzqualifikation erhöhen deine Bewerbungschancen, du konntest doppelte Haushaltsführung abrechnen usw., das war nicht schlecht. Und die Arbeit im Güterverkehr ist echt was anderes als bei *Regio*, wo der Lokführer immer mehr zum Mädchen für alles wird: Er muss sich um die Toilette kümmern, um die Klimaanlage, nebenbei noch Auskunft geben, weil auf den Bahnhöfen niemand mehr ist; auch die Schichten sind so verdichtet, dass das keine Luft mehr lässt.

Meinen Arbeitsvertrag habe ich aber immer noch mit *Regio*, die mich an *Railion* ausleiht; meine Meldestelle ist aber wieder im Großraum Berlin. Zum 31.12. läuft die Aktion aus. Erst sollte im Sommer darüber entschieden werden, jetzt im Herbst. Ich denke mal, sie warten ab, wie viele tatsächlich über die Kampagne »1000 Lokführer«* kommen, und wie sich die Güterverkehrsströme entwickeln, einmal der Osteuropa-Verkehr (besonders Polen) und der Verkehr aus den Häfen. Die Chefs wollen sich da nicht festlegen lassen, immer schön in der Schwebe halten.

Im Streik waren Eure Arbeitsbedingungen ein ganz wichtiges Thema. Wie ist es dazu gekommen?

Kai: Es war eine Diskussion an der Basis, die zum FPTV (Fahrpersonaltarifvertrag) geführt hat. Weil in jeder Meldestelle genug Leute sind, die ihre Arbeitsbedingungen als ungerecht empfinden und das auch sagen. Ein alter Lokführer aus Magdeburg hat mir mal gesagt: »Uns hat man noch nie gut behandelt, wir sind eben am Ende der Kette. Aber so schlecht, wie man uns seit der Bahnreform behandelt, habe ich es in 40 Jahren Dienstzeit nicht erlebt!« Da sind einfach ein paar Sachen zusammengekommen...

Schildert Eure aktuellen Arbeitsbedingungen doch mal genauer! Kai, fangen wir mit Railion an.

Kai: Ich habe eine Springerstelle, das heißt, ich erfahre meine Schichten in der Regel fünf bis sechs Tage im Voraus. In der Meldestelle hängen die Schichten aus. Vor jedem Dienstbeginn bin ich verpflichtet, diese Liste einzusehen, da dann immer noch Änderungen für die Folgeschicht möglich sind. Wenn ich heute um 22:50 zum Beispiel sehe: übermorgen 0:52 Schichtbeginn, dann hat der Arbeitgeber noch die Möglichkeit, mich 24 Stunden vorher über eine Änderung zu informieren – vor dem letztem Schichtbeginn bzw. zur Not noch per Handy, die Dienstnummer haben sie ja. Aber nach

* Lehrte (kurz vor Hannover) ist ein großes Drehkreuz der Nord-Süd und Ost-West Verbindungen. Die Haupstrecke Hamburger Hafen Richtung Brenner (München, Nürnberg bis nach Italien) und mehrere Strecken aus dem Osten kommen dort zusammen. Lehrte hat 800 Zugfahrten pro Tag. Bei Hannover gibt es eine extra Güter-Umgehungsstrecke. Die Strecke ist schon so überlastet, dass sie manchmal über Hameln umleiten müssen. Es gibt Überlegungen, die Strecke dreigleisig auszubauen, um ICE, Nah- und Güterverkehr zu trennen.

*** TF 1000**
Während des Streiks und gleichzeitig mit der Veröffentlichung der DIW Studie (»deutsche Lokführer verdienen 32000 Euro jährlich«) wurden öffentlichkeitswirksam 1000 neue Lokführer gesucht: »Sie haben noch keine Ausbildung zum Lokführer? In einem sechs bis neunmonatigen Qualifizierungsverfahren machen wir Sie fit für Ihren Einsatz im Personen- oder Güterverkehr«, lauteten die Anzeigen der Agentur für Arbeit. Das Programm läuft in Zusammenarbeit mit *Randstad*, die Einstellung erfolgt bei der DB Zeitarbeit-Tochter *DB-Service GmBH*. Das Gehalt beträgt 1740 Euro brutto, nach der Ausbildung muss man sich für zwei Jahre verpflichten. 740 »geeignete« Bewerber haben nach Bahn-Angaben die Schulung begonnen. Die Rekrutierung geht weiter, nach GDL-Angaben waren es Anfang August 2008 noch keine 400, die diese beendent haben und nun als Lokführer zur Verfügung stehen.

Dienstende kann ich das Handy ausstellen.

Die Wochenarbeitszeit beträgt 41 Stunden. Die generelle Abrechnung läuft aber über ein Jahreszeitkonto. Das ist sehr kompliziert. Die Norm beträgt 2087 Stunden, dann gibt's ne Überzeitschwelle von 2140 Stunden. Wenn du darüber bist, wird dir pro Überstunde eine Viertelstunde gut geschrieben. Ich habe noch mehr als 100 Überstunden aus dem letzten Jahr, insgesamt bin ich bei weit über 200. Derzeit habe ich keine Chance die abzufeiern, ich würde das nur auf andere Kollegen verlagern. Die Überstunden würden nur auf ein anderes Konto übertragen und ein frischeres Datum bekommen.

In der Woche dürfen nicht mehr als 55 Stunden gearbeitet werden, alles andere können sie sehr schön variieren. Du kannst rund um die Uhr anfangen, 0:52 Uhr Anfang oder 2:45 Uhr Ende, vollkommen egal. Am schlimmsten sind die Schichten, die nach Mitternacht anfangen. Da wird mitten in der Tiefschlafphase der Motor angeworfen. Die müssen nicht mal anstrengend sein.

Gerade, wenn du Familie hast, dann willste noch was zusammen erleben, um 20:00 Uhr Nachrichten sehen, und dann schaffste vielleicht noch drei bis vier Stunden Schlaf, bevor deine Schicht losgeht. Eine Forderung des FPTV war, dass die Lenkzeiten während der Hauptzeiten im Güterverkehr zwischen 23:00 und 4:00 Uhr gekürzt werden. Aber da hat sich nichts geändert.

Rolf: Wenn du um 3:00 oder 4:00 Uhr anfängst, kommt der tote Punkt so um 9:00 oder 10:00 Uhr, da würde ich keine S-Bahn fahren. Du fährst langsam auf den Zielpunkt zu, das Fahrgeräusch geht runter und du gehst so richtig schön mit … Dann schreckste wieder hoch.

Kai: Extrem ist gerade die monotone Arbeit, tausendmal langgefahren, du kennst jede Weiche und jeden Busch – das ist die schwerste Arbeit.

Rolf: Es gibt ja den Vorwurf: Was machste denn den ganzen Tag, ein paar Hebel drehen und Knöpfchen drücken, was ist denn daran anstrengend? Dann sage ich: Setz dich mal den ganzen Tag vor den Fernseher und guck dir immer den gleichen Film an. Aber achte darauf, dass einzelne Szenen sich ändern, und jede Veränderung musst du mitschneiden! Dann weißte, was daran so anstrengend ist. Die Knöppe sind pille-palle. Du kennst die Strecke ganz genau, aber musst trotzdem aufpassen, den Film angucken, denn es könnte sein, dass sich eine Szene geändert hat. Manchmal lenkt man sich ab, schwelgt in Gedanken und – buff! Plötzlich ist ein Signal rot, das die Runden davor nie rot war.

2:54 Uhr ist in der Meldestelle Schluss – wie kommst Du dann nach Hause?

Kai: Das ist dein Privatvergnügen. Meist mit dem PKW. Doch bei den Spritpreisen übernachten manche auch in der Meldestelle. Die fahren mit dem letzten Zug rein und haben sich ne Ecke zum Schlafen eingerichtet. Andere hatten nachts schon mehrfach Wildunfälle, da kam dann die Versicherung und hat gesagt: das zahlen wir nicht mehr.

Die Privatbahnen bauen übrigens wieder Meldestellen auf, die die Bahn geschlossen hat. Basel, Rhein-Main, auch bei der Havelbahn. Im Bahnerforum berichten die Leute, dass sie zwischen den Schichten zu Hause schlafen – traumhaft für uns DB-Bahner!

Hattet Ihr auch schon Arbeitswegeunfälle wegen Erschöpfung und Übermüdung?

Kai: Das ist schwer nachzuweisen, aber: Da sind viele Leute, die erstmal an den Rand fahren und ne halbe Stunde schlafen, da sie sonst im Graben gelandet wären, Sekundenschlaf... Nimm mal eine ausgereizte Schicht von elfeinhalb Stunden, reine Fahr- und Lenkzeit 7:55 Stunden, das ist hart an der gesetzlichen Grenze. Ein Kollege aus Pasewalk ist dann schon 200 km privat gefahren. Aber das sind ja zwei Fahrtenschreiber, das ist dem Arbeitgeber egal, der erwartet ne frische Arbeitskraft. Der Lychener Kollege ist für sechs bezahlte Stunden zwölf Stunden unterwegs.

Rolf: Ein Kollege ist nach seiner Zwölf-Stunden-Schicht auf der Autobahn schwer verunglückt. Er musste mit dem Rettungshubschrauber ins Krankenhaus geflogen werden, nachdem ihn die Feuerwehr aus seinem Auto freigeschnitten hatte. Es war zwar ein Wegeunfall, aber er war eingeschlafen und hätte wegen seiner Übermüdung nicht fahren dürfen. Den Zug hatte er nicht nehmen können, weil um diese Uhrzeit keiner fuhr. Weil zwischen zwei Schichten elf Stunden Freizeit liegen müssen, konnte er auch nicht auf den ersten Zug warten. Der Kollege hat es überlebt, wird aber nie wieder auf einem Zug sitzen können. Zudem muss er jetzt verbissen um seine Rechte kämpfen. Dabei hilft ihm das Unternehmen nicht die Bohne.

Kai: Auch bei Unfällen auf der Strecke musst du dich als Privatperson verantworten. Tiere auf der Strecke, eine Bahnüberfahrt, ein Zusammenstoß mit einem Auto, womöglich noch mit Verletzten, Schwerverletzten oder gar Toten. Da wird es dann richtig interessant, da werden Ruhe-, Pausen- und Lenkzeiten kontrolliert. Statistisch hat jeder Lokführer mindestens einmal in seiner Karriere

einen Unfall mit Personenschaden. Man darf echt nicht sagen: mich erwischt es nie! Wie du reagierst und es verarbeitest, kannst du vorher nicht sagen. Es gibt Leute, die haben es zweimal erlebt und überstanden und beim dritten Mal wirft es sie aus der Bahn. Da war irgend eine Kleinigkeit anders, und es zieht ihnen emotional die Schuhe aus.

Und das ist bisher ein individuelles Problem?

Kai: Es gibt den bahnärztlichen Notdienst, der ist auch echt gut, aber der wird halt erst danach aktiv. Schienengebundene Fahrzeugführer betrifft das besonders: Sie können nicht lenken, nicht ausweichen. Du siehst von weitem eine Gruppe Kinder über den Bahnübergang gehen und irgendwas in dir sagt: Da stimmt was nicht, da kommt noch was nach. Und siehe da, die kleine Schwester, die der große Bruder nicht dabei haben wollte, kommt noch nach... Du machst vorher ne Schnellbremsung, aus diesem unbestimmten Gefühl heraus, und wirst bestätigt. Es passiert zwar nichts, aber es arbeitet innerlich in dir: Was wäre gewesen, wenn du abgelenkt gewesen wärst, eine Störung am Fahrzeug? Das geistert dir dann im Kopf rum. Das war ein weiterer wichtiger Punkt im Streik.

Was war die Forderung?

Kai: Es sollte bei Untauglichkeit Vorsorge getroffen werden: Beschäftigungssicherung im Konzern, Verdienstausfallabsicherung, Einhalten der Lohngruppe. Jetzt können die dir zwei Ausweichjobs anbieten, in München oder Stuttgart. Wenn du ablehnst, können sie dir kündigen – das können sie steuern. Denen in Stuttgart kann man Jobs in Berlin anbieten usw. Das sollte ausgeschlossen werden. Aber auch da wurde in den Verhandlungen überhaupt nichts durchgesetzt.

Rolf, im Güterverkehr häufen sie Überstunden an, ihr bei der S-Bahn habt Minusstunden – wie kommt das?

Rolf: Formell entstehen die Minusstunden über die Dienstzuteilungen, aber das täuscht über die wirkliche Arbeitsverdichtung hinweg. Die Produktivität (Lenkzeit pro Arbeitsstunde) ist bei uns mit Abstand am höchsten: bei der S-Bahn knapp 70 Prozent, im Güterkehr 35 Prozent und im Fernverkehr 45 Prozent. Das relativiert das Verhältnis Überstunden dort und Minusstunden hier, die verdecken die tatsächliche Belastung. Wenn wir bei der S-Bahn diese Überstunden hätten wie bei *Railion*, bräuchten wir nach jeder Schicht erstmal ein Sauerstoffzelt.

Wie konnten sie denn die »Produktivität« bei der S-Bahn so dermaßen hochtreiben?

Rolf: Man hat Fahrzeuge eingespart, die Zugumläufe wurden ausgeweitet, die Wendezeiten gekürzt. Früher gab es nach jeder Strecke zehn Minuten bezahlte Kurzpause an den Endpunkten. Heute gehe ich vom Zug runter, werde abgelöst, die Bahn fährt weiter; eine Minute Ablösezeit, vielleicht noch ne Minute Übergang, danach koste ich den Arbeitgeber nichts mehr. Und das ganze S-Bahnnetz ist Anfangs- oder Endpunkt. Früher wurde die Anfahrt von deinem Betriebswerk-Punkt als Arbeitszeit gezählt, heute fange ich in Wannsee oder Schöneweide an, fahre in der Nachtschicht den Zug um kurz vor 2:00 Uhr bis Ahrensfelde, warte aufs Taxi und werde zum Ostkreuz gebracht. Früher hätte ich bis 4:00 Uhr gewartet und wäre mit der ersten Bahn wieder losgefahren. Stattdessen fängt jetzt ein Kollege um 3:00 Uhr am Ostkreuz an und wird mit dem Taxi nach Ahrensfelde gefahren.

Wann erfährst Du, wann Du welche Schicht hast?

Rolf: Das erfahre ich mit Erhalt des Schichtlageplans. Der hat eigentlich eine unbegrenzte Laufzeit, das heißt ich weiß jetzt schon, welche Schicht ich Weihnachten habe. Zum Juni 2007 haben sie einen neuen Schichtlageplan eingeführt, er war eine Kombination aus festen und Dispo-Schichten. Die Leute versuchten erst noch, sich zu arrangieren, aber es war einfach nicht zu schaffen. Natürlich hat man dann nicht mehr lange überlegt, ob man zum Arzt geht. Aber das »Berliner Modell« war weniger ein gemeinsamer Protest, sondern die Leute waren wirklich fertig, wirklich »krank« nach den ersten paar Tagen Schicht. Die sogenannte Produktivität war teilweise über 80 Prozent – alles mit Zustimmung des Betriebsrats.
Der Plan wurde zurückgenommen und der alte kam wieder. Dann wurde ein neuer konzipiert, der wurde noch mal modifiziert und läuft nun seit Anfang des Jahres. Das sieht erstmal schön aus auf dem Papier, planbar, aber du kannst dich doch nicht drauf verlassen. Außerdem haben sie die Schichtfenster geändert. Früher gab es drei verschiedene Frühschichten: eine fing um 3:00 Uhr an und ging bis 13:00 Uhr, die anderen fingen um 5:00 bzw. 6:00 Uhr an. Jetzt gibt es nur noch eine Frühschichtlage, da kann der Schichteinteiler eine Frühschicht zwischen 3:15 und 16:00 Uhr reinsetzen. Spät 10:00 bis 1:00 Uhr, Nacht kann um 17:00 Uhr beginnen und um 7:00 Uhr enden. In der Zeit kannste dir nichts vornehmen.

Und wann erfährst Du, wo genau innerhalb des Schichtfensters Du arbeitest?

Rolf: Laut Betriebsvereinbarung fünf Tage vorher. Wegen Streckensperrungen und ähnlichem kann es noch kurzfristige Änderungen geben. Aktuell ist aber das komplette System geändert worden und es herrscht (gewolltes) Chaos. Sie haben schon drei Wochen vorher angekündigt, dass sie die fünf Tage Vorankündigung nicht mehr werden einhalten können. Verstoß gegen die Betriebsvereinbarung mit Ansage! So, als ob ich ankündige, in drei Wochen krank zu werden. Der Arbeitgeber zahlt eine Art Strafe für wohltätige Zwecke, 1000 Euro oder so was für den Eisenbahnwaisenhort.

Nach massivem Stellenabbau wird nun wieder eingestellt. Was wisst Ihr über DB Time, DB Services usw.? Gibt es noch andere Einstellungen?

Kai: Es kommt nun vor, dass du eine Lok übernimmst, und es sitzt ein Kollege von der Railiontochter *MEG** drauf. Die werden generell schlechter, teilweise aber auch besser bezahlt. Bei der *MEG* sind sie bundesweit im Einsatz, und dafür gibt es Zuschläge. Von *DB Time* sind bei uns drei oder vier von 60 Leuten. Wie viele es insgesamt in Berlin sind, weiß ich nicht, aber es sollen nicht viele sein.*

* Die *Mitteldeutsche Eisenbahn GmbH* ist seit 1999 im öffentlichen Personen- und Güterverkehr tätig. Die *MEG* ist mehrheitlich ein Tochterunternehmen der *Railion Deutschland AG*. 20 Prozent der Anteile hält die *Hamburger Transpetrol GmbH*, an der wiederum die *VTG* zu 74,9 Prozent und die *Kühne & Nagel Beteiligungs AG* zu 25,1 Prozent beteiligt sind.

Wisst ihr, wie viele Leute über das Programm »1000 Lokführer« reingekommen sind?

Rolf: Ich habe von bundesweit 500 gehört.

Kai: Mittlerweile sollen es nur noch 200 sein. Während des Streiks gab es ja die DIW-Studie, »mit 32000 Euro Jahreseinkommen verdient ein Lokführer doch gar nicht so schlecht«, das hat natürlich gezogen. Wir merken davon relativ wenig, bei *Regio* wohl mehr. Dort haben sie auch extra Ausbildungslokführer rekrutiert, nur bezahlt wie ein normaler Lokführer. Die eigene Konkurrenz ausbilden. Der Bedarfsschwerpunkt liegt nicht im Osten, sondern z.B. in Mainz und Stuttgart. Bei dem Lohn ist es aber schwer, etwa in München Leute zu finden.

*Bei der *DB Zeitarbeit* liegt der Stundenlohn inklusive aller Zulagen bei 12,56 Euro, der reguläre Lokführertarifvertrag sieht 17,10 Euro vor.
Die Raillogistik im brandenburgischen Wittenberge, in den 90er Jahren von ehemaligen Lokführern der Deutschen Bahn gegründet, schaltet laut GDL inzwischen Anzeigen mit Angeboten über 40000 Euro Jahresgehalt.

Rolf: Tatsächlich verdienen die 1740 Euro brutto. Und müssen sich erstmal für zwei Jahre binden. Es gibt genug Arbeitslose, und mit dem entsprechenden Druck …

Kai: Aber du brauchst doch bestimmte Bedingungen, Qualifikationen, Tauglichkeiten – vielleicht werden sie die neunmonatige Ausbildung auf zwölf Monate verlängern, aber die Leute werden auch wieder aufhören unter diesen Scheißbedingungen.

Arbeitsverdichtung auf der einen Seite – Arbeitskräftemangel nach massivem Stellenabbau auf der anderen. Man könnte doch einfach sagen, die Bedingungen sind so schlecht, weil ihr zu wenige seid? Ihr könntet das doch umdrehen: »Sie brauchen uns händeringend, deshalb können wir für bessere Bedingungen kämpfen.« Aber es läuft genau anders, es wird zaghaft eingestellt, zu schlechteren Bedingungen, und Euch kann man damit noch erpressen.

Rolf: Das ist wie in der Industrie mit Leiharbeitern, sie wollen zeigen: du bist ersetzbar.

Das wollen sie zeigen. Aber seid Ihr ersetzbar oder ist das ein Bluff?

Kai: Die Umstrukturierung der *DB*, die Aufteilung hatte ja auch zum Ziel, die Arbeiten so zu kategorisieren, dass sie schneller erfasst und angelernt werden können. Es geht nicht mehr um die umfassende Ausbildung, sondern um viele kleine Qualifikationen.

Rolf: Uns haben sie letztes Jahr erzählt, wir hätten 160 Leute zuviel, und jetzt werden zwei Lehrgänge ausgebildet (mit zehn Freigesetzten aus Aufsicht und Werkstatt). Zusätzlich wollen sie noch *DB Time* einsetzen, wenn es Engpässe gibt. So versuchen sie, das »Berliner Modell« auszuhebeln.

Kai: Soweit ich weiß, sind die Kapazitäten von *DB Time* in Berlin erschöpft. Auf einer Versammlung 2005/06 erzählten sie uns, wir wären 70 zuviel. Kurz danach stellten sie fest, es fehlen 30 im Raum Berlin. Eine Personalschwankung von einem Drittel bei 300 Leuten. *Regio* hat bis vor kurzem von 70 Leuten zuviel gesprochen und nun aktuell festgestellt, dass sie fünf zu wenig haben. Die streckenkundigen, gut ausgebildeten Lokführer, die verschiedene Lokmodelle fahren können, sind natürlich flexibler einsetzbar und häufen somit Überstunden an. Dann bekommen die Disponenten von oben Druck: »Warum machen die Überstunden? Die sollten doch Minusstunden haben, sie machen ihre Arbeit nicht korrekt! Wenn sich das nicht ändert, gibt es eine Abmahnung!«

Insgesamt rollt tatsächlich ein großes Problem auf die *DB AG* zu. In den nächsten Jahren gehen extrem viele in Rente, und sie wissen noch nicht, wie sie das auffangen sollen. Danach kommen die Leute, die 55 bis 60 sind. Es gibt jetzt Schulungen für Sport, Ernährungsberatung, doch die Alterspyramide bricht bald weg. Im Westen ist das noch extremer, da haben sie die Leute aus dem Osten

geholt und kaum Neue ausgebildet. Die geburtenschwachen Jahrgänge kommen jetzt, und für die Ausbildung werden sie dann kaum Leute finden, nicht zu *den* Bedingungen. Seit es die *DB AG* gibt, erzählen sie uns: »wir müssen abbauen«. Aber wenn man dann hinguckt, machen alle Überstunden. Selbst jetzt, wo sie Leute holen, erzählt der Gruppenleiter schon wieder, wir seien zu viele, das ist ein ewiges Hin und Her. Doch das ist bewusst so gemacht, das hat System: Die Leute sollen sich nicht sicher fühlen, sie könnten sich ja wehren, sie könnten ja was riskieren.

Wie haben Eure Kollegen drauf reagiert, dass von den Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen praktisch nichts umgesetzt wurde?

Kai: Nach dem Streik wurde noch mal richtig angezogen. Insgesamt ist der Arbeitsdruck gestiegen. Sie drohen weiterhin mit Meldestellenschließungen und wollen längere Strecken durchfahren lassen. Natürlich fangen sie wieder im Osten an, dort ist die Angst noch am größten, doch nun ist auch Hamburg – Nürnberg im Gespräch. Die Strecke Hamburg – Dresden sollte im Januar/Februar 2008 Pilotprojekt werden. Dann wollte man ausprobieren, ob der Druck auch im Berliner Raum (Wustermark) die gewünschten Ergebnisse bringt. Die Streckendurchfahrt Rostock – Halle provozierte im Mai/Juni 2008 erhöhte »auswärtige Ruhezeiten« und Hotelübernachtungen. In Wustermark hatten manche sechs Tage gearbeitet, ihre Familie kaum gesehen und trotzdem Minusstunden. Die haben dann angefangen, die Zimmertemperatur im Hotel zu messen, 35 Grad, haben die Dispostelle informiert: »Entweder du gibst mir sofort einen Zug zurück, oder ich liege wach und kann für die nächste Schicht keine Verantwortung übernehmen«. Oder Lärmmessungen – Fenster auf, Straßenlärm: »Ich kann nicht schlafen, hol mir ein Taxi«. Der Disponent hat Fürsorgepflicht. Es gab vermehrt Krankschreibungen. Diese Schichten sind nun auf ein Minimum reduziert worden. Das ist natürlich ein Erfolg, früher hat man 50 Schläge die Woche bekommen, jetzt nur noch drei – aber der Druck ist immer noch hoch.

Rolf: Auch bei der S-Bahn haben sie nach dem Streik noch mal angezogen. Aber die Kollegen haben mittlerweile auch ihre Mittel. Die Zugabfertigung per Monitor durch die Lokführer ist gestoppt. Da wurde die Aufsichtsbehörde, das Eisenbahnbundesamt, von Kollegen spitz gemacht. Auch letzte Woche gab es Rückrufaktionen, die auf Infos von Kollegen basierten.

Gab es denn auf niedrigschwelliger Ebene Verbesserungen oder Versuche, Euch in die Planung einzubeziehen?

Kai: Der Vorteil an solchen Beteiligungen für den Arbeitgeber ist, dass er möglichst früh was mitkriegt: wird was überzogen, droht das »Berliner Modell«? Doch erstes Ziel ist, das Prinzip Wirtschaftlichkeit durchzusetzen.

Rolf: Die versuchen, auf die Bedürfnisse der Leute zu hören: Wo klemmt es denn, wo sind die kritischen Punkte. Diese Punkte versuchen sie abzumildern. Aber andererseits darf die Produktivität nicht angetastet werden. Das wird auch so verkauft: Wir können über alles reden, aber an der Produktivität ist nicht zu rütteln. Die Devise ist sparen, sparen, sparen.

Wie wird der Abschluss heute eingeschätzt?

Kai: Die Gruppenleiter sind die eigentlichen Gewinner. Vom Konzern wurden sie bewusst zur Führungsriege erklärt. Während des Streiks haben die das Hausrecht durchgesetzt und Streikbruch betrieben. Die Basis kämpft und wird mit Repressalien, Notdiensten und Lohnverlust durch Streikgeld belohnt, während die Streikbrecher Prämien für die Aufrechterhaltung des Bahnverkehrs bekommen und dann beim neuen Tarifvertrag mit Hilfe der GDL absahnen! Da kommt viel Frust her.

Viele aus dem Osten, die damals rübergingen, als die Großindustrie in der DDR zerlegt wurde und sich die Verkehrsströme veränderten, haben heute nen Hals. Die hatten hohe Zulagen (PZÜ)*, die nun verrechnet wurden,* so dass sie nach der Tariferhöhung 13 Euro mehr im Monat hatten. So was spricht sich natürlich rum. Die GDL feiert das als Erfolg. Die Kollegen hatten innerhalb der letzten zwölf Wochen *ein* komplettes Wochenende frei – schön tariflich abgesegnet. Unsere Forderung war: Ein freies Wochenende fängt Freitag um 22:00 Uhr an! Doch es ist bei der alten Regelung geblieben, Samstag 14:00 Uhr bis Montag früh um 6:00 Uhr. Da baut sich Frust auf. In Lehrte gab es direkt Krankenscheine, und es wurde eine *Taskforce* eingerichtet. Aus jedem Dienstplan wurden zwei Kollegen bestimmt, die bei der Ausarbeitung der Schichtpläne mitarbeiten sollten, um Abhilfe zu schaffen.

Rolf: Das Grundgehalt ist ja schon besser. Im Osten hat man vorher weniger verdient, das sind nun die Gewinner. Aber um wirklich auf dasselbe Niveau zu kommen, hätten wir drastisch mehr kriegen müssen, und dann wäre auch die Anrechnung

* »Persönliche Zulagen Überleitung« – Nach der Zusammenlegung von Bundes- und Reichsbahn zur DB AG wurde ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Die PZÜ sollte die Differenz zwischen dem früheren höheren Gehalt und dem neuen Tarif über Zulagen für Kinder usw. sichern. Die höchsten PZÜ gab es in den Großstädten im Westen.

*Das Grundgehalt ist nicht anders als im Westen. Aber da die Ossis niedrigere persönliche Zulagen hatten, spüren sie mehr von der prozentualen Steigerung.

* Bei jeder Lohnerhöhung wurde die PZÜ abgeschmolzen. Bis 4,5 Prozent werden 50 Prozent angerechnet und alles, was rüber ging, was jetzt der Fall war, wird zu 100 Prozent angerechnet (das trifft besonders die höheren Westgehälter).

der PZÜ o.k. Aber das hätten dann über 30 Prozent sein müssen.*

Seht Ihr eine Chance, dass die Diskussionen um die Arbeitsbedingungen in eine weitere Auseinandersetzung münden?

Kai: Wenn es bei der Personalsituation bleibt, ja. Insgesamt spüren die Kollegen, dass es sich noch weiter verschärfen wird. Wenn weitere Meldestellen geschlossen werden, verschiebt man die Menschen zur Arbeit, statt die Arbeit zum Menschen. Der Streik hat imponiert, sie waren erschrocken, was an Kampfwillen da war, und überrascht, welche Solidarität und Unterstützung wir erfahren haben. Doch der Druck ist fast schon wieder so hoch wie vor dem Streik.

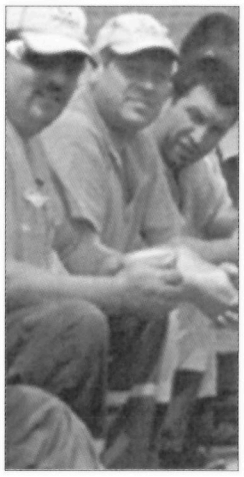
Rolf: Es gibt viele Diskussionen unter den Kollegen. Da sich an den Arbeitsbedingungen nichts, aber auch gar nichts geändert hat, stecken die Kollegen in derselben Situation wie vor dem Streik. Da die Lohnerhöhung noch nicht einmal den realen Lohnverlust der letzten Jahrzehnte ausgeglichen hat, und die Preissteigerung so dramatisch zunimmt, haben wir nicht viel gewonnen. Nur an Erfahrungen! Immer öfter müssen die Kollegen mit dem Auto zur Schicht fahren und können es sich bald nicht mehr leisten, allein für das verfahrene Benzin arbeiten zu gehen. ■

DP World – Europe's Eastern Gateway blockiert:

Streik im Hafen von Constanta

Die Autorin war vor Ort und hat mit den Streikenden gesprochen.

Die Streiks in Rumänien gehen weiter: Am 17. Juli traten 500 Hafenarbeiter im Containerhafen von Constanta am Schwarzen Meer in einen unbefristeten Streik. Ihre wichtigsten Forderungen: 700 RON sofortige Lohnerhöhung (knapp 200 Euro), eine Alterszulage, 100 Prozent Überstundenzuschläge, 75 Prozent des Arbeitslohns für Stunden, die bei schwacher Auftragslage ausfallen, sowie eine klare Regelung ihrer Arbeitszeiten.



Die ersten Eindrücke

Ein vom Wind zerrupftes Din-A4-Blatt am Haupttor zum Containerterminal Constanta Agigea Sud weist auf den Streik hin. Nichts bewegt sich mehr auf dem Gelände, die Kräne stehen still. Das Unternehmen hat die Streikenden umgehend ausgesperrt. Etwa 150 Streikposten stehen vor dem Tor und skandieren lauthals immer wieder: »Wir arbeiten, wir wollen auch bezahlt werden« oder »Wir sind keine Sklaven in unserem Land.«

Vor fünf Jahren wurde das Terminal mit dem Versprechen in Betrieb genommen, dass nach europäischem Standard gearbeitet wird und auch bald (west-)europäische Löhne gezahlt werden. Letzteres ist bis heute nicht passiert. Erhöht haben sich die Zahl der Container, die in einer Schicht verladen werden und die Überstunden.

Das Terminal wird von *DP World* (*Dubai Port World*) betrieben, einer der drei größten Hafen-gesellschaften mit 54 Standorten und 97000 Beschäftigten weltweit. Constanta ist der bedeutendste Hafen am Schwarzen Meer. Zwischen 2001 und 2007 hat sich das Containeraufkommen hier mehr als verzehnfacht, im Terminal von *DP World* werden 85 Prozent davon umgeschlagen oder gelöscht.

Die Stimmung unter den Streikposten ist heiter. In stündlichen Abständen stellen sie sich auf, rufen ihre Losungen und lärmen mit Trillerpfeifen und Tröten. »Der Streik kann nicht lange dauern, sie müssen unseren Forderungen nachgeben. Wir blockieren den Güterverkehr ins ganze Land und den Transit in anliegende Länder. Die großen Industriestandorte sind abhängig von uns!«, sagt ein älterer Hafenarbeiter. Streikbrecher würde das Unternehmen eh nicht finden, die qualifizierten Arbeiter seien doch alle im Ausland.

Der Streik ist gewerkschaftlich organisiert. Im Terminal sind zwei kleine Gewerkschaften vertreten, die zur *FNSP* gehören, dem nationalen Gewerkschaftsbund der Hafenarbeiter. Die Leute erzählen aber, dass nicht die Gewerkschaften zum Streik aufgerufen haben, sondern sie selber Druck auf diese ausgeübt hatten: »Letztes Jahr haben sie verhandelt und unterschrieben, ohne dass wir irgendwie gefragt wurden, und der Abschluss war Scheiße. Jetzt verhandeln sie schon seit fünf Monaten. Diesmal passen wir auf!«

Ein Streik gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeit

Die Forderung nach 700 RON mehr Lohn ist angesichts der steigenden Preise nicht hoch. Allein das Gas ist seit Anfang Juni 20 Prozent teurer geworden, die Lebensmittelpreise steigen. Viele Hafenarbeiter haben Kredite aufgenommen, um sich ein Auto oder eine Stadtwohnung zu kaufen.

Neben dem Lohn geht es um die ständige Verfügbarkeit für den Arbeitgeber. Das Schichtsystem sieht einen ständigen Wechsel von Tag- auf Nachtschichten vor, zwölf Stunden Arbeit, 24 Stunden Pause, 12 Stunden Arbeit, 48 Stunden Pause. Doch das Programm wird in der Regel nicht eingehalten. Die Arbeiter werden oft in ihrer freien Zeit per Handy zur Arbeit gerufen und sollen dann innerhalb einer Stunde am Arbeitsplatz sein. Reagieren sie nicht auf die Anrufe, gilt das als als unentschuldigtes Fehlen. Ist das dreimal passiert, wird man entlassen. Umgekehrt wird bei schwacher Auftragslage kurzfristig abgesagt und der Arbeitsausfall nicht entlohnt. Die Streikenden erzählen, dass sie keine Pläne für ihre freie Zeit und mit ihren Familien machen können. Die Arbeitsintensität ist von Jahr zu Jahr erhöht worden, viele sind ausgepowert. Während einer Zwölf-Stunden-Schicht haben sie nur 30 Minuten Pause, »an deren Ende noch der Chef kommt, dich am Kragen packt und wieder zur Arbeit jagt.«

Der Druck nimmt zu

Am fünften Streiktag liegen sechs Schiffe vor Anker und warten. Bis zum 24. Juli soll die Ladung von insgesamt achtzehn Containerschiffen umgeschlagen oder gelöscht werden. In der *Daewoo*-Werft in Mangalia, 40 Kilometer südlich von Constanta, soll ein neues Schiff vom Stapel laufen – es kann aber nicht fertiggestellt werden, da ein wichtiges Bauteil im bestreikten Terminal festliegt. *Coca Cola* wartet auf eine dringende Lieferung PVC-Granulat zur Herstellung von Plastikflaschen. Einem neuen Baumarkt und unzähligen kleinen Händlern in Constanta geht die Ware aus. Und das Stahlwerk in Galati ist auf per Schiff aus China importierte Materialien angewiesen.

Doch die Geschäftsführung scheint den Streik ignorieren zu wollen, und in den Medien wird kaum davon berichtet. Mit jedem Streiktag wächst die Unsicherheit, etwas mit der Arbeitsniederlegung zu erreichen. In Internet-Blogs werden die Hafenarbeiter wegen ihrer vergleichsweise hohen Löhne angegriffen. Zahlreiche LKW-Fahrer, die für Speditionen arbeiten, verlieren durch den Streik ihr Einkommen, weil ihre Fracht im Hafen blockiert ist. In den Familien der Streikenden gibt es Auseinandersetzungen wegen des Lohnausfalls.

Nach mehr als einer Woche Streik kommt es schließlich zu einer neuen, siebenstündigen Verhandlungsrunde. Dreimal erneuert die Geschäftsführung ihr Angebot. Dreimal lehnen die Arbeiter ab. Der Streik wird fortgesetzt. Die vor Ort Versammelten diskutieren die neuen Angebote, suchen eine gemeinsame Position und teilen sie dann über die Tarifkommission der Geschäftsführung mit. Viele Streikende fordern dieses Verfahren ein. Entscheidend ist aber auch, dass die Tarifkommission sich aus Arbeitern aus dem Terminal zusammensetzt, nur ein Vertreter ist freigestellter Gewerkschaftsfunktionär. Daher besteht kaum eine Distanz zwischen aktiven Streikenden und der Tarifkommission.

»Es wäre mehr drin gewesen«

Nach dreizehn Tagen Streik kommt es am 29. Juli zu einer Einigung zwischen Tarifkommission und Management: Lohnerhöhung in zwei Etappen um insgesamt 650 RON (180 Euro), ein Urlaubstag mehr, eine 30-prozentige Erhöhung des Oster- und Weihnachtsgeldes sowie die Zusicherung, dass die gesetzlich vorgegebenen Arbeits- und Ruhezeiten respektiert werden. Das Management ist aber nicht bereit, Zuschläge für Überstunden zu zahlen und ausgefallene Arbeitszeit zu vergüten. Es wurde lediglich festgehalten, dass das Schichtsystem 12/24 und 12/48 eingehalten und die Verweigerung von Überstunden nicht sanktioniert werden soll. Die im Arbeitsgesetz vorgeschriebene Alterszulage will das Management den Arbeitern nicht zugestehen.

Obwohl nicht alle Forderungen erfüllt sind, beschließt die Mehrheit, das Angebot anzunehmen und den Streik zu beenden. Einige Arbeiter sind unzufrieden. »Hätten wir noch ein, zwei Tage weitergestreikt, wären sie am Ende eingeknickt und hätten unsere Forderungen vollständig erfüllt. Aber was willst du machen, es waren nur noch um die fünfzig von uns, die durchhalten wollten. Die anderen haben Schiss bekommen oder einfach nicht mehr daran geglaubt, dass wir uns durchsetzen können« sagt ein LKW-Fahrer.

Die Zugeständnisse beziehen sich vor allem auf Lohnerhöhungen, die Zusagen zur Arbeitszeit bleiben vage. An der Arbeitsintensität und damit den gesteigerten Unfallrisiken durch Erschöpfung ändert sich nichts. Oder wie ein Hafenarbeiter treffend sagte: »Was habe ich von einem höheren Lohn, wenn ich dafür das Pensum von zwei Leuten abarbeite und am Ende noch bei einem Unfall draufgehe?« ■

Entwicklung der Löhne

Der neue Tarifvertrag sieht eine Lohnerhöhung in zwei Etappen vor: ab 1. Juli 475 RON (132 Euro) und ab 1. Januar 2009 weitere 175 RON (48 Euro) – insgesamt 650 RON (180 Euro). Verglichen mit den Löhnen vor dem Streik bedeutet das eine Lohnsteigerung von 30 bis 45 Prozent, je nach Qualifizierung.

Die Löhne im *DP World* Container-Terminal lagen bisher bei 350 Euro für Facharbeiter wie Schlosser, Dreher oder Elektriker, 400 bis 500 Euro für LKW-Fahrer und 600 bis 650 Euro für Kranfahrer. Die AutomobilarbeiterInnen im Werk von *Dacia-Renault* hatten im Frühjahr mit ihrem Streik eine Lohnsteigerung von 30 bis 50 Prozent durchsetzen können und verdienen seitdem 300 bis 400 Euro monatlich. Textilarbeiterinnen und Verkäuferinnen haben je nach Region einen monatlichen Verdienst von 150 bis 200 Euro.

Der in Rumänien gesetzlich festgelegte Mindestlohn wurde im Juli von 139 Euro auf 150 Euro angehoben.

Alle Lohnangaben beziehen sich auf Bruttolöhne

l'assalto al cielo

l'assalto al cielo
per una storia dell'operaismo

Nachwort zur italienischen Ausgabe von Steve Wrights »Storming Heaven«, eine Theoriegeschichte des Operaismus

Der Text wurde zusammen mit den Autoren gekürzt und überarbeitet.
Die vollständige Übersetzung findet Ihr hier: www.wildcat-www.de/aktuell/a061_steve_wright.html

Steve Wright:
Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus
ISBN 3-935936-24-9
280 Seiten, 18 Euro
erschienen im Mai 2005
bei Assoziation A

Es gibt heute ein wachsendes Interesse am Operaismus, zu dem auch der internationale Erfolg von *Empire* beigetragen hat. Dieses Buch von Michael Hardt und Toni Negri erschien im Jahr 2000: unmittelbar nach den Protesten im November 1999 gegen die WTO-Tagung in Seattle und somit in der Zeit der Gipfelproteste 2000 in Melbourne, dann in Prag, und schließlich 2001 in Genua. Eine neue Generation musste sich mit den Dynamiken der kapitalistischen Globalisierung auseinandersetzen, der Prekarisierung der Arbeit, den Verwandlungen von *old* und *new economy*. Aus dieser Notwendigkeit heraus haben einige junge Aktivisten den Operaismus wiederentdeckt. Das Buch von Steve Wright über die Geschichte des italienischen Operaismus muss *auch* aus dieser Perspektive gelesen werden: Es wurde geschrieben von einem, der von der anderen Seite der Welt auf das provinzielle Europa schaut, und vielleicht ist es deshalb das beste zum Thema.

Am meisten fasziniert am Operaismus wahrscheinlich seine Anmaßung, den Geruch der Niederlage abzuschütteln, und in der Lage zu sein, die gesellschaftlichen Dynamiken vom Standpunkt der politischen Subjektivität und dem Auftreten der Klasse her zu verstehen. Eine regelrechte »Geste«, die, heute wie damals, viele Betrachtungsweisen umdrehen möchte, und damit neue Möglichkeiten von Analyse und politischer Aktion aufmachen kann. Als Mario Tronti in *Lenin in England* die Passivität der Arbeiter, ihre Nichtbeteiligung an den Gewerkschaften, ihr Abwarten und ihre Verweigerung als »organisierte Passivität«, »programmatische Nichtbeteiligung«, »polemisches Abwarten« und »politische Verweigerung« deutete, schuf er einerseits neue Interpretationsweisen eines neuen Arbeiterverhaltens, andererseits suchte er nach einer neuen Verknüpfung zwischen Analyse und Praxis. Tronti suchte keine neue objektive Deutung der Wirklichkeit, sondern wollte auf diese Wirklichkeit einwirken... Geschichtsschreibung aus Arbeitersicht, nicht um die Wirklichkeit abzubilden, sondern um neue Wirklichkeit herzustellen.

In den 60er Jahren begründete Tronti das, was – in seiner Größe aber auch in seinen Grenzen – die operaistische »Geste« des Umdrehens werden sollte: die Notwendigkeit einer parteiischen Interpretation, die auch eine parteiische Intervention in die ablaufenden Prozesse und die gegebene Situation ist. In denselben Jahren perfektionierte Romano Alquati die Methodik der »conricerca« [*wörtl.: Mit-Untersuchung*] und baute die Thematik der »Klassenzusammensetzung« auf, den Zusammenhang zwischen Verhaltensweisen einer bestimmten Arbeitskraft und bestimmten Produktionsprozessen. Dieser Gesichtspunkt ist besonders wichtig, und obwohl die Operaisten ihn nicht immer an die erste Stelle setzten, macht Steve Wright daraus den *roten Faden* seiner Geschichte des Operaismus. Die Analyse der Klassenzusammensetzung und die *conricerca* waren die grundlegenden Bestandteile der operaistischen »Untersuchungs«arbeit, die eine Zusammenarbeit zwischen Intellektuellen und Arbeitern herstellen sollte; und die zuweilen in der Lage war, diese Versprechen einzulösen, wie die Erfahrung der *Arbeiterkomitees* in Porto Marghera zeigt.

Zurecht fokussiert Steve Wright sein Buch auf die 60er und 70er Jahre, denn jener Operaismus war ein unvermeidlicher Bezugspunkt für eine ganze Generation, und die Abweichungen, die in den letzten 30 Jahren zu verschiedenen »post-operaistischen« Strömungen geführt haben, wurzeln in den Widersprüchen des ursprünglichen Operaismus.

An den »klassischen« Figuren des operaistischen Pantheons – Mario Tronti und Toni Negri, aber zumindest teilweise auch Raniero Panzieri, den Wright in seinem Buch sehr sorgfältig darstellt (wobei er allerdings die Geschichte der *Quaderni Rossi* nach der Abspaltung von *Classe Operaia* auslässt) – lassen sich die starken Punkte des Operaismus ausmachen. An erster Stelle der Bruch mit der fixen Idee der traditionellen italienischen Linken und insbesondere der KPI, Italien sei ein »stagnierendes« Land, was es ihr unmöglich machte, den Boom und das italienische »Wirtschaftswunder« zu verstehen. Zweitens eine fruchtbare theoretische Innovation: Trontis Theoretisierung der Dualität Arbeitskraft/Arbeiterklasse, die man bei Marx entdecken, mit der man aber vor allem Marx *neu lesen* kann. Dank dieser Erneuerung brach der Operaismus mit einem Gutteil der von der Zweiten und Dritten Internationale überkommenen Tradition, mit deren ökonomistischen Vorstellungen, in denen die Arbeiter als passiv gesehen wurden. Und ob er sich dessen bewusst war oder nicht, Tronti öffnete auch den Weg für eine neue Krisentheorie (in vieler Hinsicht, wenn man so will, eine Zusammenbruchstheorie): eine »gesellschaftliche« Krise, die unmittelbar aus dem Verhältnis Kapital/Arbeit herrührt, Lichtjahre entfernt von den mechanistischen Streitereien über Ungleichgewicht, Unterkonsumtion, oder tendenziellen Fall der Profitrate.

Tronti steht in einem Verhältnis von Kontinuität und Bruch zwischen Panzieri und Negri, was Steve Wright auch darstellt. Bei Panzieri wollen wir uns hier auf drei Aspekte beschränken. Zuallererst seine starke Betonung der Nicht-Neutralität der Produktivkräfte und der Maschinen: eine nicht nur originelle, sonderen geradezu befreiende Eingebung. Zweitens die Erfindung der Kategorie »Plan des Kapitals«, also der Idee, dass das »Gesamtkapital« in der Lage sei, sowohl die Wirtschaft wie die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu planen. Mit dieser allerdings problematischen Kategorie versetzte Panzieri zurecht den Vorstellungen der traditionellen Linken einen weiteren Todesstoß, die den Sozialismus auf die Gleichung *Verstaatlichung der Produktionsmittel plus Planung* reduziert hatten. Drittens die Methode der »Untersuchung«: Um die Realität der Arbeiter kennenzulernen, braucht man eine Erkenntnismethode, die gleichzeitig politische Intervention und Kampf ist, unabhängig von der Analyse des Kapitals.

Es gibt für Panzieri keine »objektive« Grenze des Kapitals, sie liegt allenfalls in der Arbeit, insofern diese in der Lage ist, in ihren Kämpfen politische Inhalte hervorzubringen. Hier setzt Tronti ein und bricht, ausgehend von Panzieri, mit Panzieri. Er behauptet, dass es zwei Marxismen gibt: den Marxismus als Wissenschaft des Kapitals und den Marxismus als Revolution. Der Marxismus als Wissenschaft betrachtet die Arbeiter als »Arbeitskraft«. Er ist eine Theorie der ökonomischen Entwicklung, in der die Arbeit vom Standpunkt des Kapitals gesehen und als vollkommen in seinem Inneren integriert verstanden wird. Im Gegensatz dazu betrachtet der Marxismus als Revolution die Arbeiter als »Arbeiterklasse«, als aktive und folglich politische Weigerung, Teil des Kapitals zu sein.

Indem Tronti die Marx'sche Werttheorie politisch las, wollte er die Arbeitskraft vor das Kapital stellen. Daraus folgte nicht nur, dass die Arbeitskraft Bedingung des Kapitals ist, sondern auch, dass sie schon vor der Produktion selbst das Maß des Werts darstellt. Schon im Lohnverhältnis. Der spätere Operaismus sollte dann so weit gehen, den Wert ganz aufzulösen und zu behaupten, dass jede menschliche Aktivität (oder Nicht-Aktivität) Wert produziere und die Macht des Kapitals reines »Kommando« ohne jede gegenständliche Dimension sei. Tronti selbst kehrte schon bald in die Reihen der KPI zurück und behauptete nun, dass sich die Arbeiterkämpfe nicht automatisch in kapitalistische Entwicklung übersetzen. Diese folge nicht freiwillig auf die Arbeiterkämpfe, sondern erfordere das Eingreifen von oben, müsse dem Kapital von der »Arbeiter«-Partei aufgezwungen werden. Es ist die Zeit der Taktik und der Partei. Der Verteilungskonflikt wird zum Instrument der staatlichen und politischen Sphäre. Diese Sphäre ist parasitär in Bezug auf die Kämpfe und muss sich unvermeidlich von ihnen trennen, indem sie deren Subalternität behauptet.

Negri baute stattdessen mit absoluter Folgerichtigkeit auf dem von Tronti ursprünglich gelegten Fundament auf und half – mit zweifellos visionärer Kraft – einem Operaismus mit stark irrationalen Zügen ins Leben, wie Steve Wright mehrfach betont. Dieser Operaismus entwickelt sich selbstreferenziell, fast ohne Bezug zur sozialen Realität, die er doch angeblich zum Ausgangspunkt nimmt und ausdrückt. Entwicklung, Krise und Revolution werden so zu ein und derselben Sache. Es ist vergeblich, in einem Ansatz, der gleichzeitig idealistisch und umstürzlerisch ist und sich aus sich selbst heraus reproduziert, nach einer Vermittlung mit der Wirklichkeit zu suchen oder eine Überprüfung an derselben zu verlangen: der Bezug auf das Konkrete hat hier nur die Funktion, eine Geschichtsphilosophie vom Reißbrett zu belegen. Deshalb war man auch in den 70er Jahren nicht in der Lage, den zersetzenden Angriff auf die Arbeit zu erkennen, den die Antwort des Kapitals auf den Klassenkampf in der Produktion mit sich brachte.

Stattdessen verknöcherte die Art, wie man die kapitalistischen und antagonistischen Dynamiken

interpretierte, immer stärker und verlegte sich auf Projektionen in die Zukunft. Der »Massenarbeiter« wurde ersetzt durch den »gesellschaftlichen Arbeiter«, den »Cyborg«, das sogenannte »Kognitariat« oder, eine Kategorie ohne jede Bedeutung, sogar durch den »immateriellen Arbeiter«. Die Methode war und ist dieselbe: Mache immer und überhaupt irgendeine »Tendenz« aus. Schneide an ihrem fortgeschrittensten Punkt einen Sektor heraus, dem du strategische Bedeutung zuschreibst. Schließe darüber eine neue politische »Wette« ab. Der gesamte theoretische Aufbau wird politisch auf neue Figuren hingebogen, die jedesmal wieder zu hegemonialen erklärt werden, die angeblich neue Formen von Konfliktualität ausdrücken können.

Der Operaismus war in vielerlei Hinsicht ein Marxismus der *Grundrisse*. Aber er las sie *gegen* die verdinglichte Kruste der Kategorien im *Kapital*. Für viele Epigonen, wie die Dichter der kognitiven Arbeit, gab es nur die *Grundrisse*. Und vielleicht sogar nur ein paar Seiten daraus, das *Fragment über die Maschinen*. Indem er die *Grundrisse* zum Buch der »Tendenz« macht, kann Negri behaupten, dass all das, was die fordistische Lohngesellschaft zerstört hat – neue produktive Subjektivierungsprozesse, die Globalisierung der Märkte, die weltweite Integration des Finanzsystems und sein Unabhängigwerden, die angebliche Wissensökonomie – eine neue soziale Figur ins Zentrum eines Universums rücke, in dem der Zusammenhang zwischen Lohn und Produktivität nicht mehr auszumachen ist, denn alle Formen der Arbeit seien gesellschaftlich produktiv. Trotzdem gebe es noch immer eine hegemoniale Arbeiterfigur, die »immaterielle Arbeit«.

Der *General Intellect* werde in der kapitalistischen Produktion hegemonial; die immaterielle, kognitive Arbeit *unmittelbar* produktiv.

Solche Positionen nähren die Indifferenz gegenüber der Arbeiterarbeit und verwandeln den Hass auf die Arbeit in Gleichgültigkeit, wenn nicht sogar in Abneigung gegen eine Arbeiterklasse, die als reaktionär und rückständig gesehen wird, weil sie an den Arbeitsplatz gebunden ist. Gleichzeitig verhindern sie, dass die neuen Formen der wertproduzierenden Arbeit wahrgenommen werden, weil sie die konkrete Wirklichkeit der durchaus materiellen Formen der vom Kapital abhängigen fragmentierten Arbeit auslöschen und durch ein Stereotyp ersetzen, das alles in eine verschwommene und unbestimmte Kategorie auflöst. Die unmittelbare Wertproduktion als Ort des Konflikts und des Antagonismus oder auch der Kooperation und der kapitalistischen Hegemonie, der kapitalistische Arbeitsprozess als »umkämpftes« Terrain, wird niemals wirklich zum Thema gemacht. Folglich fehlen auch die ArbeiterInnen, wenn sie arbeiten: Wenn sie sich nicht aufsässig verhalten, sind sie Arbeitskraft; wenn sie Arbeiterklasse sind, sind sie gegen die Arbeit. Der »ideologische« Operaismus sieht sie nur, wenn sie Lohn fordern oder wenn sie die Arbeitsleistung verweigern: ansonsten sind sie dasselbe wie Maschinen. Weil er die Arbeit als solche nicht wahrnimmt, müssen ihm auch die realen Formen der kapitalistischen Restrukturierung und der wirkungsvollen politischen Angriffe auf die Klasse der ArbeiterInnen entgehen. Das geht bis zur völligen Blindheit gegenüber den wirklich neuen Merkmalen des gegenwärtigen Kapitalismus.

In seinem Buch wirft Steve Wright einerseits Licht auf die irrationalen Abwege eines Teils des Operaismus und zeigt andererseits die Fruchtbarkeit der Erfahrungen, die in der postoperaistischen Literatur zu oft in den Hintergrund gedrängt, wenn nicht schlicht und einfach vergessen werden. Im Kapitel »Tronti in Deutschland« geht es um die wichtigen Arbeiten von Sergio Bologna über die deutsche Rätebewegung, um die geschichtliche Rekonstruktion der Arbeiterkämpfe in Großbritannien von Ferruccio Gambino, um Karl-Heinz-Roths »andere Arbeiterbewegung«, um Gisela Bocks Arbeit über die Wobblies. Das Buch von Steve Wright ist eins der wenigen, das die Bedeutung dieser Erneuerung von Geschichtsschreibung erfasst. Besonders schätzen wir seine Fähigkeit, den Operaismus der Frauen und Männer aufzuspüren, die die Kämpfe tatsächlich geführt haben – innerhalb der Arbeit, so wie sie ist, und gegen die Initiative des niemals vergeistigten Kapitals. Zum Beispiel zeigen die Abschnitte über die Kämpfe gegen die Gesundheitsschädlichkeit der Arbeit oder die Kämpfe bei Fiat, dass der Operaismus der Arbeiterinnen und Arbeiter den Überlegungen der Theoretiker dieser Strömung weit voraus war. Wenn man, so wie die Gruppe *Potere Operaio* in Marghera vor 40 Jahren, die Gesundheitsschädlichkeit der Arbeit thematisiert, stellt man die todbringende Natur der kapitalistischen Produktionsweise *innerhalb und außerhalb der Fabriken* zur Diskussion. Dann setzt man sich nicht nur mit der giftigen Chemieindustrie auseinander,

sondern auch mit den neuen Formen der Gesundheitsschädlichkeit, der sozialen Isolation, dem beschissenen Fraß, den nikotinarmen Zigaretten, den psychischen Störungen und den Hämorrhoiden der hochmodernen Wissensarbeiter.

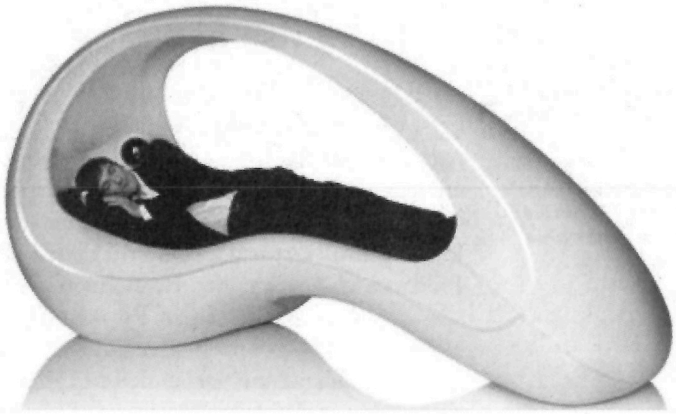
Einige Postoperaisten behaupten, nach der formellen und der reellen Subsumtion seien wir heute in der Phase der »totalen« Subsumtion. Dieses entwicklungsideologische [*sviluppismo*] Raster setzt voraus, dass es keinen Wert mehr gibt, und dehnt den Begriff ›produktive Arbeit‹ auf das gesamte menschliche Handeln (und Nicht-Handeln) aus. Eine an den Haaren herbeigezogene Theorie, aus der bisher keine Analyse entstanden ist, eine Geschichtsphilosophie »vom Reißbrett«. Und trotz der dröhnenden antagonistischen Rhetorik ist es letztendlich sozialliberaler Reformismus, der »Flexibilität« der Arbeit gegen ein allgemeines und bedingungsloses Grundeinkommen eintauschen will. In der Praxis übersetzt dieser Postoperaismus den »Existenzlohn« in eine Sozialhilfe für Prekäre. So pflastert er den Weg zum gegenseitigen Niederkonkurrieren der Lebensbedingungen und begünstigt die permanente kapitalistische Restrukturierung.

Anstatt den hegemonialen Subjekten einer vermeintlichen Tendenz nachzujagen, ist es heute hilfreicher, von den Körpern und Köpfen auszugehen, die im monströsen und todbringenden Mechanismus einer Selbstverwertung gefangen sind, in der die Ausbeutungsformen simultan werden. Ein Prozess, der – anders als es die Historisierung in unterschiedliche Phasen behauptet – relativen und absoluten Mehrwert verschränkt und zunehmend in derselben Produktionskette verschiedene Formen von Arbeit und Mehrwert kombiniert, Formen von *High tech* und von neuer Sklaverei, die heute in der kapitalistisch globalisierten Welt ständig zunimmt. Die Sprünge in der Produktivität der Arbeit sind untrennbar verbunden mit ihrer zwangsweise erhöhten Intensität und dem Drang nach einer Verlängerung des gesellschaftlichen Arbeitstages. Das Paradigma der Phasen verstellt die Sicht darauf, und es verortet das Zentrum der theoretischen und praktischen Kritik am Kapitalismus illusorischerweise außerhalb der Arbeit.

Wenn man sich Geschichte vorstellt als angetrieben von einem immer klar auszumachenden hegemonialen Subjekt, kann man einerseits – wie Tronti es seit einigen Jahren tut – einen dekadent-spenglerschen* Blick auf sie entwickeln, wo die Arbeiterklasse als paulinischer Katechon* die zerstörerischen, nivellierenden und entpolitisierenden Aspekte der Moderne im Zaum hält. Nachdem der Klassenkampf nicht mehr starker Motor der Geschichte ist, der das Kapital zu ständigen Gegenangriffen zwang und die Entwicklung in ihre Form gegossen hat, bleibt nur noch die Geschichte mit negativem Vorzeichen. Das ist im Grunde der folgerichtige Weg derjenigen, die sich im Bewusstsein der Niederlage verschanzt haben. Oder man nimmt andererseits wie Negri, der auf dem Terrain der Tendenz bleiben will, jeweils die Perspektive der hegemonialen Figur der Arbeit ein, verbannt die anderen auf nachrangige Positionen, und hat dann eine triumphalistische Vorstellung, die sich von Sieg zu Sieg bewegt. Daraus ergibt sich eine Frage. Haben die Positionen von Tronti und Negri vielleicht dieselbe Geschichtsphilosophie, nur mit unterschiedlichen Vorzeichen – die eine verliert mit dem Untergang des Arbeiters den Motor der Geschichte, die andere sucht beständig nach neuen hegemonialen Figuren, die in der Lage sind, die Tendenz zu bestimmen? Genau dieses Paradigma wäre zu hinterfragen!

Wir aber müssen von vorne anfangen und die Bedingungen der Möglichkeit des Antagonismus im und gegen das Kapital rekonstruieren, in einer Welt, die nicht die Überwindung der gegenwärtigen Ordnung der Dinge ist, sondern die einer gigantischen planetarischen Neuformierung der »Arbeiterklasse«. ■

Riccardo Bellofiore, Massimiliano Tomba
Januar 2008



Powernapping für den modernen Wissensarbeiter

* Oswald Arnold Gottfried Spengler (1880-1936), deutscher Geschichtsphilosoph, Kulturhistoriker und politischer Schriftsteller. Gilt als »Meisterdenker der Konservativen Revolution« und geistiger Wegbereiter des Nationalsozialismus. Sein Hauptwerk *Der Untergang des Abendlandes* (1918/1922) kennzeichnet die Weltgeschichte als immer wiederkehrenden Aufstieg und Niedergang von Kulturen und Zivilisationen.

* Aufhalter des Antichrist aus dem 2. Brief Paulus.

Krise in Stufen

Alle Euch unbekannten Begriffe findet Ihr auf Wikipedia.

Alle Vergleiche bei Prozentzahlen beziehen sich auf das Vorjahr – wenn nicht anders angegeben

Nach einem Jahr »Finanzkrise« sind wir beim Übergang von der ersten zur zweiten Phase. Ihren Höhepunkt wird die Krise erst 2009 oder sogar 2010 erreichen. Die Entwicklung hat ihren Ursprung darin, wie die Krise Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre »gelöst« wurde. Die Unternehmer flohen vor Profitratenfall, steigenden Reallöhnen und widerspenstigen ArbeiterInnen in Finanzanlagen. Von 1969 bis 1971 verdoppelten sich die an den weltweiten Finanzmärkten gehandelten Dollarströme, sie nahmen in drei Jahren soviel zu wie in den vorhergehenden Jahrhunderten (allerdings geht es hierbei um Summen, die uns heute lächerlich vorkommen). In Reaktion darauf löste der damalige US-Präsident Nixon am 15.8.1971 den Dollar von seiner Goldparität, wertete ihn gegen den Yen und die DM ab, erhob Sonderzölle auf Importe in die USA und verhängte einen »Lohn- und Preisstopp« (fünf Prozent). Das war das Ende von *Bretton Woods*, des nach dem Zweiten Weltkrieg ausgehandelten Währungssystems. Durch die freigehandelten Währungen mussten sich international tätige Unternehmen gegen Währungsschwankungen absichern; daraus entstand der Derivatehandel (wodurch die Finanzströme um so stärker anwuchsen). Und viele Unternehmer erkannten, dass sich mit Währungsspekulation leichter Geld verdienen ließ als mit produktiven Investitionen (wodurch die Finanzströmen noch viel stärker anwuchsen).

Spekulation in Rohstoffen
Ein paar Zahlen, um einen Eindruck von der Heftigkeit solcher Kapitalbewegungen zu kriegen: Die kalifornische Pensionskasse *Calpers* hat gut eine Milliarde von ihrem Gesamtvermögen von knapp 250 Milliarden Dollar in Rohstoffe investiert und zwar in sogenannte *passive Investments*; das Volumen dieser, eigentlich nicht spekulativen, Papiere ist von fünf Milliarden Dollar im Jahr 2001 auf über 250 Milliarden Dollar angewachsen. Spekulative Anlagen in Rohstoffe an den weltweiten Börsen sind von 15 Milliarden Dollar Anfang 2004 auf rund 300 Milliarden Mitte 2008 gewachsen. Noch viel mehr läuft außerhalb der Börse: der Nominalwert der außerbörslichen Rohstoff-Derivate, sogenannte *Open Interests*, wurde Ende 2007 auf 9000 Milliarden Dollar geschätzt.

Der sogenannte »Neoliberalismus« mit der »Deregulierung der Finanzmärkte« hat sich von Ausweg zu Ausweg aus Krisenkonstellationen entwickelt. Es waren *Reaktionen* und keine »unabhängigen politischen Entscheidungen«, der Mechanismus war strukturell immer derselbe: Kapital sucht nach gewinnbringenden Anlagemöglichkeiten, die Gewinnchancen am Kapitalmarkt scheinen Unternehmern sicherer als die Investition in die eigene Firma. Im letzten Zyklus waren es u.a. die Rentenfonds. Sie verwalten riesige Summen und sind gesetzlich verpflichtet, nur in »AAA« *geratete* Papiere zu investieren, so viele gibt es aber gar nicht! Die »Lösung« bestand in der oben beschriebenen »Innovation«: Banken schnürten »reguläre« Papiere mit weniger regulären und mit völlig faulen zum neuen »Anlageprodukt« CDO. Verkauft wurden diese über eigens gegründete *Conduits* (engl.: *Structured Investment Vehicle*), um die Eigenkapitalvorschriften der Bankenaufsicht zu umgehen.

Loren Goldner in
- *Wildcat* 77: *Dollar-zentrierte Weltakkumulation – Kontinuitäten und Brüche,*
- *Wildcat*-Sonderheft Krieg: *Historische Parallelen? Deutschlands Drängen zum Krieg in den 30er Jahren und der gegenwärtige Krieg der Cheney-Bush-Regierung*

Das Ausweichen in die Finanzsphäre ist eine normale Verlaufsform kapitalistischer Krisen, Marx hat das anhand der ersten Weltwirtschaftskrise 1857 bereits analysiert und dafür den Begriff »fiktives Kapital« geprägt (siehe die Artikel von Loren Goldner). Und ebenfalls schon sehr früh wurden im Kapitalismus »*hedging*«-Instrumente zum Spekulieren benutzt (schon im 17. Jahrhundert sicherten sich Bauern mit *futures* gegen den Preisverfall ihrer Ernten ab; und seit 1848 wird an der Warenterminbörse in Chicago mit der »verbrieften« Form solcher *futures* gehandelt, also spekuliert). Aber im Unterschied zu früheren Verlaufsformen kam es in den Krisen seit 1973 nicht zu einer massenhaften Entwertung der angehäuften Spekulations- und Kreditmassen (»Deflation«); deshalb steht das Verhältnis zwischen Finanzkapital und in Sachwerten angelegtem Kapital heute in einem Verhältnis, das es noch nie gab. Und deshalb scheint in jedem konjunkturellen Abschwung die »Systemkrise« auf.

Das Ende von Bretton Woods II

Nach dem Ende von *Bretton Woods* existierten seine Institutionen (IWF und Weltbank) fort, und die G7 wurde als neue Institution gegründet, um die Folgen der einseitigen Aufkündigung des alten Vertragswerks durch Nixon einigermaßen abzufangen. Es kam zu keinem neuen Vertrag, stattdessen bildete sich »vertragslos« etwas heraus, das seit einigen Jahren als *Bretton Woods II* bezeichnet wird. Es basiert darauf, dass die USA in riesigem Umfang Industrieprodukte aus Asien importieren. Da weder China noch Japan viel in den USA kaufen, kommt es zu einem hohen und ständig steigenden US-Außenhandelsdefizit. Im Gegenzug kaufen Japan und vor allem China US-Anleihen und Dollars, die sie als Währungsreserven halten. Die USA mussten also lediglich Dollar drucken, um das System in Gang zu halten. Entgegen der landläufigen Meinung ist nicht das hohe Außenhandelsdefizit der USA das Problem (es wird aufgewogen durch die zurückfließenden Profite der US-Multis; z.B. hat *Wal-Mart* mehr als 700 Fabriken in China), sondern die hohe Verschuldung. Von 1987 bis Ende 2007 stieg die Gesamtverschuldung der USA (Haushaltsdefizit, Schulden der Bundesstaaten, Schulden der Unternehmen) von 11 auf 48 Billionen Dollar (zum Vergleich: das Weltsozialprodukt beträgt ca. 61 Billionen Dollar), und sie wächst weiter: Allein der Regierungshaushalt 2009 sieht 482 Mrd. Dollar neue Schulden vor. Um diese Kredite bedienen zu können, brauchen die USA jährlich Kapitalzuflüsse von 400-500 Milliarden Dollar. Mit den massiven Zinssenkungen der Fed 2007 und der starken Abwertung des Dollars 2008 ist *Bretton Woods II* zusammengebrochen. Die neoliberale Wirtschaftspolitik des Herabdrückens der Reallöhne und der gleichzeitigen Aufrechterhaltung der Binnennachfrage durch Ausweitung des Kredits ist erschöpft. Es ist unklar, wie ein neues, temporär »stabiles« System aussehen könnte.

Das aus der Immobilienblase abfließende Kapital auf der Suche nach sicheren Anlagen hat

Rohstoffe (Kupfer, Gold, Erdöl, auch Wasser!) und Nahrungsmittel entdeckt. Dieses »Überangebot an Geld« löste eine weltweite Inflation aus, vor allem Nahrungsmittel und Energie aller Art verteuerten sich im Frühjahr 2008 dramatisch und weltweit. Die Preise für Erdöl stiegen stark an, obwohl die Nachfrage nur noch langsam wuchs und etwa seit Mitte 2008 stagniert (Zeichen der schrumpfenden Weltwirtschaft; in den letzten Wochen ist der Preis für Erdöl deshalb wieder stark gefallen). Aber zurück zu unserer Frage: Zerstören diese Finanz-Tsunamis nur die Lebensbedingungen vieler Millionen Menschen und haben womöglich gar keinen Einfluss aufs »Kapital«? Wo bleibt der *Crash*?

Bankenkrise

Die größte Krise in der Geschichte der Banken ist noch keineswegs vorbei. Da unklar ist, wo überall faule Kredite stecken, leihen sich die Banken untereinander kein Geld mehr. Es gibt eine »Vertrauenskrise«. Und Vertrauen in den geregelten Gang der Geschäfte ist eine *materielle* Voraussetzung des Kapitalismus. Bisher haben die Banken weltweit 450 Milliarden Dollar abgeschrieben, weniger als die Hälfte an ›faulen Krediten‹. Ende Juli verkaufte *Merrill Lynch* vergiftete Papiere mit einem Abschlag von 78 Prozent. Die Preise auf dem US-Häusermarkt fallen weiter. Die Zahl der Kreditausfälle nimmt zu, im Juli um 55 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Am Ende der Krise könnte die Hälfte des gesamten haftenden Eigenkapitals der größten Bankkonzerne in den USA, Europa und Japan pulverisiert sein. Mehr als 100 kleinere US-Banken könnten bankrott gehen.

Größere Banken (wie die *Sachsen LB*, *Northern Rock* in GB, in den USA *Bear Stearns* im März und *IndyMac* im Juli 2008) waren zahlungsunfähig. Beim Bankrott von *Bear Stearns* wäre um ein Haar das internationale Finanzsystem kollabiert. Deshalb wurden all diese Banken gerettet, entweder indem der Staat oder die Zentralbank für ihre faulen Kredite garantierte und sie zu einem Spottpreis an eine andere Bank verkauft wurden, oder sie wurden, so wie *IndyMac*, die zweitgrößte *gecrashte* Bank in der US-Geschichte, im August vom staatlichen Einlagensicherungsfonds der US-Banken übernommen. Falls nicht doch noch das ganze internationale Finanzsystem *crasht*, wird der Bankensektor massiv konzentriert. (Dies gilt übrigens für die gesamte Ökonomie; siehe Autoindustrie!)

Im Sommer 2008 kommt die Krise bei den Versicherungen an (*AIG*, *Münchener Rück*, *Hannover Rück*, *Allianz*, *Swiss Re* usw.). Das war logisch und zu erwarten. Sie springt aber sofort auf die »konsumnahen Branchen« Einzelhandel und Autoindustrie über, die schon länger kriseln.

Die Autoindustrie in der Krise

Als erste Industriebranche wurde die Autoindustrie von der Krise erfasst. *Daimler*, *BMW*, *Fiat*, *Toyota* kommen unter Druck; *General Motors*, *Ford* und *Chrysler*, die bereits vorher wackelten, sind nun sogar von der Pleite bedroht.

Der Autoverkauf bricht ein, weil das Benzin teurer wird *und* weil die Konsumenten in der Krise ärmer werden. Zudem wurden die Rohstoffe und somit die Autos selber teurer, was die Absatzprobleme verschärft. Die Automultis kommen außerdem in die Bredouille, weil ihre Aktienkurse eingebrochen sind und sie von Ratingagenturen runtergestuft wurden (die Aktienkurse der erwähnten Automultis fielen im ersten Halbjahr zwischen 20 und 40 Prozent; die Ratingagenturen stuften *GM* und *Chrysler* auf B- runter, das ist fast *junkbond*-Niveau!). Konzerne, die niedrig *geratet* sind, müssen hohe Zinsen zahlen, um sich Geld am Kapitalmarkt zu beschaffen. Sie brauchen aber viel Geld, um durch technologische Innovationen aus der »Erdölfalle« rauszukommen. Als wäre das alles nicht genug, ist auch noch das Geschäftsmodell »Autobanken« zusammgebrochen. In den USA werden 80 Prozent der Autos auf Pump gekauft, die Finanzierung dieser Verträge war bisher so lukrativ, dass die Autobanken als »Geldmaschinen« galten. Seit November 2007 kamen sie aber durch hohe Kreditausfälle in Schieflage, Leasing lohnt sich für die Firmen bei einbrechenden Gebrauchtwagenpreisen gar nicht mehr.

Seit Jahren bauen die Autokonzerne riesige Überkapazitäten auf. 2008 brechen die Absätze in der »Triade« (USA, Westeuropa, Japan) ein. Hier wurden 2008 bisher acht Prozent weniger Autos verkauft, in den USA sogar 18 Prozent; *General Motors* hat bereits vier Autofabriken geschlossen. Gleichzeitig geht der Aufbau neuer Fabriken in den BRIC-Ländern weiter. Dass die Krise dort erst mit Zeitverschiebung ankommt, führt zu irrwitzigen »Trendrechnungen der Experten«, ein weiter steigender Absatz in Brasilien, Russland, Indien und China könne den Kriseneinbruch verhindern. Was allerdings sicher ist: die Automultis, die die Krise überleben, werden danach eine völlig andere Standortverteilung haben; tendenziell werden in der BRD z.B. keine Kleinwagen mehr hergestellt.

Die Autoindustrie, Schlüsselbranche und Namensgeber des *Fordismus*, und das Auto, Schlüsselprodukt der modernen Industriegesellschaft überhaupt, stehen beide vor radikalen Veränderungen.

Nach der Autoindustrie sind Maschinenbau und Technologie, Stahl und Chemie gefährdet. Sie alle sind »Spätzykliker«, d.h. die Krise trifft sie später. Auto, Chemie, Stahl, Maschinenbau... – die strategischen Branchen der BRD-Ökonomie.

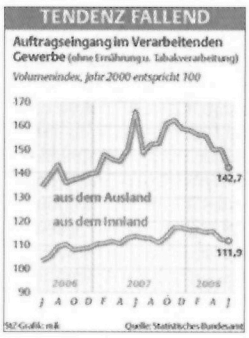
Der Konkurs einer der »großen Drei« hätte finanztechnisch ähnlich massive Auswirkungen wie ein Bankencrash: Allein *Ford* steht mit 63 Milliarden Dollar in der Kreide. Hinzu kommen Milliardenbeträge an Kreditderivaten, die an die Autobonds gekoppelt sind. Ein Zusammenbruch würde Finanzfirmen, Banken und Versicherungen – und letztlich den US-Dollar runterreißen.

Die Unternehmen beschaffen sich Geld u.a., indem sie Anleihen verkaufen. Die Zinsen, die sie dafür bezahlen müssen, hängen davon ab, wie die Ratingagenturen das Unternehmen bewerten.

Wenn solche Agenturen sagen, *General Motors*, *Ford* und *Chrysler* seien von der Pleite bedroht, dann »errechnen« sie das aus den Preisen, die gezahlt werden müssen, um sich mit Derivaten gegen den Ausfall dieser Anleihen abzusichern. Daraus errechnet sich eine Wahrscheinlichkeit von über 70 Prozent für einen Zusammenbruch von *Ford*, und als noch wahrscheinlicher, dass *Chrysler* zahlungsunfähig wird.

Die Aktie von *GM* rutschte im Juli zum ersten Mal unter die Marke von zehn Dollar (9,98 Dollar). Das war so niedrig wie nie seit dem 13. September 1954. Seit dem Antritt von *GM*-Chef Rick Wagoner vor acht Jahren ist der Kurs damit um 86 Prozent geschrumpft.

Die Aktienkurse der Automultis sind inzwischen so niedrig, dass allenthalten mit dem Einstieg eines »Finanzinvestors« gerechnet wird. Dass aber der Verkauf von *Chrysler* an eben einen Finanzinvestor mehrfach scheiterte und am Ende auch nur halb gelang, zeigt, wie tief die Finanzkrise geht.



Ende Juli 2008: Alarm in der Autobranche

24.7.2008: **Daimler schockiert mit Gewinnwarnung** – Die Aktie fällt prozentual zweistellig.
25.7.2008: *Mercedes-Benz* – Im Juni brach der Absatz in Spanien, Italien und Großbritannien mit zweistelligen Raten ein. Auch Südafrika und Japan gehören zu den schwachen Märkten. Produktion soll im zweiten Halbjahr gekürzt werden.
– *Chrysler* streicht bis Ende September 1000 Stellen in der Verwaltung.

25.7.2008: **Ford-Verlust** 8,7 Mrd. Dollar.
In zwei Jahren summierten sich die Verluste auf mehr als 15 Mrd. Dollar. Der angeschlagene Konzern erklärte, er verfüge noch über genug Geld, um die Krise zu überleben.
Spekulationen über eine drohende Insolvenz bei *GM*, das seine Existenz mit drastischen Sparmaßnahmen und Entlassungen sichern will.

25.7.2008: **Renault streicht 5000 Stellen.**
Gewinn und Umsatz steigen, aber die Aussichten sind düster. Gespräche mit Gewerkschaften über Einsparungen haben begonnen. Bis 2010 sollen 5000 Stellen in Europa abgebaut werden. Sollte der europäische Markt anstelle der erwarteten vier Prozent um zehn Prozent zurückgehen, werde das Unternehmen seine Ziele noch weiter senken müssen.

Der Exportweltmeister geht krachen

Anfang 2008 feierte die Bundesregierung die fünfte Exportweltmeisterschaft in Folge: »Deutsche Unternehmen haben sich hervorragend auf die Erfordernisse der Globalisierung eingestellt«, klopfte man sich auf die Schulter. Die BRD exportierte 2007 Waren im Wert von 969,1 Milliarden Euro, bei einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2423 Milliarden. Chemie- und Autoindustrie setzen sogar weit mehr als die Hälfte ihrer Produktion im Ausland ab. Der Außenhandelsüberschuss stieg von einem Minus von 17 Milliarden Euro in der Krise im Jahr 2000 auf 198 Milliarden 2007. Diese aggressive Außenhandelsstruktur ist Ergebnis einer gezielten Wirtschaftspolitik, die für umfangreiche Steuersenkungen für Unternehmer und massive Verbilligung der Ware Arbeitskraft sorgte.

Seit der Steuerreform des Schröder-Regimes ist die BRD ein Steuerparadies für Kapitalisten. Schon 2005 machten die Unternehmenssteuern nur noch 0,6 Prozent des BIP aus, während es im EU-Durchschnitt 2,4 Prozent sind (sogar im neoliberalen Musterland Slowakei mit dem einheitlichen Steuersatz *Flat-Tax* sind es 2,7 Prozent).

Hartz IV drückte die Löhne auf breiter Front. Die bewusst kalkulierte Verelendung der ALG-II-Bezieher soll alle abschrecken, die sich Lohnkürzungen oder unerträglichen Arbeitszeitverlängerungen widersetzen wollen. Damit wurde ein Niedriglohnsektor aufgebaut, in dem fast ein Viertel aller Beschäftigten in der BRD schuftet. (Vom Regime als »Zunahme der Erwerbstätigkeit« bejubelt.)

Die Netto-Lohnquote, der Anteil der Löhne an den verfügbaren Einkünften aller privaten Haushalte, ist von 48,1 Prozent im Jahr 1991 auf 41,2 Prozent 2005 gesunken – 1960 hatte sie noch bei 55,8 Prozent gelegen! Der durchschnittliche Stundenlohn stagniert seit 1991, inflationsbereinigt lag er 1991 bei 11,17 pro Stunde, 2006 bei 11,68. Die BRD ist – neben den USA – eins der wenigen Industrieländer, in denen die Reallöhne in den vergangenen Jahrzehnten nicht gestiegen sind. Deutsche Waren sind auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig, weil sie unter hoher Produktivität von – im Verhältnis zu anderen, ähnlich produktiven Industriestaaten – gering bezahlten Arbeitskräften produziert werden: Die Lohnstückkosten waren in der BRD 2005 niedriger als 1995, während sie im übrigen Europa teilweise erheblich stiegen.

Der letzte Aufschwung basierte fast ausschließlich auf einem gewaltigen Schub der Auslandsnachfrage.

Seit dem Frühjahr findet mit enormem Tempo ein Wechsel von Wachstum auf Rückgang statt, besonders drastisch im Exportgeschäft. Denn die vier wichtigsten europäischen Abnehmerländer deutscher Exporte kriseln: Frankreich, Großbritannien, Spanien und Italien (die USA liegen in etwa mit GB gleichauf). Die extreme Ausrichtung der deutschen Ökonomie auf den Export wird in der globalen Krise zur Achillesferse (siehe Autoindustrie). Diese Krise wird die BRD besonders hart treffen, und sie wird in eine Bevölkerung einschlagen, in der breite Teile in den letzten Jahren einem Pauperisierungsprozess unterworfen wurden (es gibt heute eine Million sozialversicherungspflichtig Beschäftigte weniger als im Jahr 2000). Viele Firmen haben in den letzten Wochen Massenentlassungen angekündigt: *BMW, Infineon, Telekom, WestLB* usw. Die Arbeitslosenzahlen werden ansteigen, die Auseinandersetzungen schärfer werden.

Globale Krise...

Die aktuelle Krise ist so weltweit wie noch nie eine Krise war. »*Subprime*« war nur der Auslöser, Inflation nur der (vorübergehende) Ausdruck. Der Mechanismus »Herabdrücken der Löhne« und schuldenfinanzierter Konsum von Rohstoffen und Industrieprodukten »aus der Peripherie« ist zerbrochen. Dahinter wird mit aller Macht der Kern der Krise sichtbar: Überakkumulation. Das Kapital ist in mehr als drei Jahrzehnten einmal um die Erde geflüchtet auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten. *Nun ist der Kreis rund.* Aus der aktuellen Krise gibt es nicht mehr den Ausweg, den es Mitte der 70er einschlug: Verlagerung, »Industrialisierung der Peripherie«. Die Peripherie *ist* heute industrialisiert.

Mit zurückgehender Nachfrage in den USA und den anderen G7-Staaten werden die »neu industrialisierten Länder« stark getroffen. Die BRIC-Staaten werden – mit Zeitverschiebung – tief in die Krise rutschen. Seit Oktober 2007 sind die Aktien in *China* um mehr als 60 Prozent abgestürzt. Im Juli 2008 war die Produktion erstmals seit 2005 rückläufig. *Russland* hatte bereits 2007 eine offizielle Inflationsrate von fast 12 Prozent, der Lebensstandard der Leute sinkt; die Lohnerhöhungen liegen unter der Inflationsrate, Nahrungsmittel haben sich um bis zu 50 Prozent verteuert. Die Investitionen gingen im ersten Quartal um 42,8 Prozent zurück. Die russische Ökonomie ist besonders verwundbar, weil sie völlig vom Export von Erdöl und Erdgas, sowie in geringem Maß von Erdöl-Raffinaten abhängt. *Indien* sieht schlechten Zeiten entgegen, die Inflation ist auf Rekordhöhen, das Bruttosozialprodukt wächst schwächer, 15 Prozent aller Ausfuhren gehen in die USA. Anders sieht es zur Zeit noch in *Brasilien* aus, das nach wie vor boomt.

Seit Mitte der 70er Jahre hat die Proletarisierung der Weltbevölkerung wie noch nie in der Geschichte zugenommen. In der Krise bildet sich nun ein weltweiter Arbeitsmarkt heraus, den wir uns

aber nicht als etwas homogenes vorstellen dürfen, im Gegenteil wird die internationale Arbeitsteilung noch schärfer aufgespalten werden, womöglich wird sich die bereits zu beobachtende Re-Industrialisierung einiger Metropolen (»Rückverlagerung«) verstärken. Krisenbedingt werden sich die Migrationsströme weltweit noch einmal massiv verschieben – z.B. werden innerhalb von Europa Millionen OsteuropäerInnen aus den Krisengebieten (Irland, England, Spanien) wieder abwandern.

In diesen Prozessen wird eine weltweite Arbeiterklasse sichtbar.

... in Zeitlupe

Im Juli stieg die Inflation in den USA auf 5,6 Prozent – den höchsten Wert seit Dezember 1990. Besonders zu Buche schlugen gestiegene Preise für Bekleidung (die Importe aus China werden teurer). Die Arbeitslosigkeit ist den siebten Monat in Folge gestiegen und liegt nun offiziell bei 5,7 Prozent, Viele Großunternehmen entlassen: *General Motors* 5000 Leute, *United Airlines* 7000, *American Airlines* 6840 usw. usw. Aufgrund einer Etatkrise verkündete Gouverneur Schwarzenegger Ende Juli den Abbau von 22000 Stellen im Öffentlichen Dienst Kaliforniens.

Die Verschuldung in den USA wächst weiter. Jeder Steuerbürger bekam einen Scheck von der Regierung, im Juli summierten sich diese auf 30 Mrd. Dollar. Zusätzlich verschuldeten sich die Privathaushalte um weitere 14,3 Mrd. Dollar. Trotzdem setzte der Einzelhandel lediglich 0,1 Prozent mehr um. Den Anstieg des BIP um 1,8 Prozent im zweiten Quartal 2008 nahmen viele Experten – mal wieder! – als Ende der Krise in den USA.

Der Euro(raum)

Die EZB erhöhte Anfang Juli den Leitzins auf 4,25 Prozent und hielt an dieser Entscheidung auch auf ihrer Sitzung Anfang August fest. Die Kommentatoren rätseln, viele kritisieren, manche fragen: wissen die was, was wir nicht wissen? Keynesianer spielen sich mal wieder als die »besseren Nationalökonomen« auf, denn volkswirtschaftlich gesehen ist es natürlich irrsinnig, die Zinsen in einer Rezession zu erhöhen. Hatte die EZB was verpennt?

Dabei liegt die Antwort auf der Hand: Die EZB kämpft auf der einen Seite gegen die Klasse auf der anderen Seite gegen den Dollar. Der Euro war mit dem Ziel etabliert worden, die Vormachtstellung des Dollar aufzubrechen, und er hat wichtige Schritte in dieser Richtung gemacht. Zwar werden die meisten Rohstoffe nach wie vor in Dollar gehandelt und der Großteil der weltweiten Währungsreserven in Dollar gehalten, aber in vielen Ländern rund um die Eurozone ist der Euro informelle Zweitwährung, im illegalen Waffen- und Drogenhandel hat er angeblich den Dollar weitgehend verdrängt (das bedeutet hohe zinslose Kredite!), und vor allem werden inzwischen mehr internationale Anleihen in Euro begeben als in Dollar, der Euro knabbert somit an dem Privileg der USA, sich im Ausland in der eigenen Landeswährung verschulden zu können. Um in dieser Richtung weiterzukommen, muss er sich als starke Währung präsentieren. Das ist die eine Erklärung für den geldpolitischen Kurs der EZB: Angriff auf den Dollar. Die Zinserhöhung der EZB nahm der Fed die Möglichkeit, die Zinsen in den USA weiter zu senken (zuvor hatte diese siebenmal in Folge den Leitzins auf zuletzt zwei Prozent gesenkt). Die Fed steckt in einem Zwiespalt zwischen drohender Rezession und zu hoher Inflation und kann das nicht mehr durch Dollar Drucken ausgleichen.

Für uns wichtiger ist das – erklärte – Ziel der EZB, es nicht zu einer Preis-Lohn-Spirale kommen zu lassen (die Lohnforderungen werden höher, um die Inflation auszugleichen), was sie frecherweise »Lohn-Preis-Spirale« nennen: »In einem solchen Kontext ist es nach wie vor von entscheidender Bedeutung, breit angelegte Zweitrundeneffekte bei der Lohn- und Preissetzung zu vermeiden.« Der EZB-Rat beobachte deswegen die Tarifverhandlungen im Euro-Raum »mit besonderer Aufmerksamkeit«. (*EZB-Monatsbericht,* August 2008)

Eine knallharte Kampfansage, während sich die Krise entfaltet.

Inflation

ProletarierInnen haben nur Geld, kein anderes Vermögen, deshalb verlieren sie in einer Inflation mehr als andere; die prozentual viel stärker gestiegenen Preise für Grundnahrungsmittel und Energie treffen sie doppelt, weil diese Kosten einen viel größeren Anteil ihrer Ausgaben ausmachen. Noch viel mehr schlägt die Teuerung in Ländern wie Indien durch, wo Leute die unterhalb der Armutsschwelle leben, durchschnittlich mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben. Strukturell ähnliche Entwicklungen gibt es aber in den Metropolen: Zum Beispiel gab Anfang der 90er Jahre ein durchschnittlicher Haushalt in den USA 25 Prozent seines Einkommens für Wohnen aus, heute 50 bis 60 Prozent! Denn im letzten Aufschwung sind die Löhne nicht gestiegen: 2006 hatte das mittlere Realeinkommen US-amerikanischer Familien noch nicht wieder das Niveau des Jahres 2000 erreicht, somit geht die Durchschnittsfamilie mit einem Einkommen in diese Rezession, das unter dem liegt, was sie vor der vorigen Rezession hatte. Das gab es bislang erst einmal, nämlich 1981 in einer Rezession mit doppeltem Tiefpunkt. Die

28.7.2008: **Akute Krise der US-Autobranche:** *Chrysler* tut sich schwer, bei verschiedenen Banken die Erneuerung einer 30 Milliarden Dollar schweren Kreditlinie zu erreichen. Rabattschlacht beginnt: *Chrysler* will 72-monatige zinsfreie Kredite anbieten. *GM* wird den Verkauf von Autos zum Mitarbeiterpreis ausbauen.

29.7.2008: **Schlimmster Abschwung seit 15 Jahren** Die Automärkte in der Triade dürften in den nächsten Monaten nur eine Richtung kennen: abwärts. In den kommenden eineinhalb Jahren werde der Automarkt auf das niedrigste Niveau seit 1993 fallen. Werksschließungen könnten auch in Westeuropa ein Thema werden. Mindestens bis 2010 bleibe die Lage schwierig. Bis 2013 dürften die neuen Werke in Russland fertig sein.

1.8.2008: **Von der Finanz- zur Autokrise – BMW bricht der Gewinn weg.** Der Umsatz ging im zweiten Quartal um 0,9 Prozent auf 14,5 Mrd. Euro zurück. Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern brach um 58,3 Prozent ein, der Überschuss um 32,7 Prozent. Die Aktie sinkt um elf Prozent auf den tiefsten Stand seit 2003. *BMW* musste die Risikovorsorge für Leasing-Rückläufer in den USA erhöhen und 107 Mio. Euro für den geplanten Stellenabbau zurückstellen.

1.8.2008: **GM erleidet zweistelligen Milliardenverlust.** Der angeschlagene US-Autohersteller hat den drittschlimmsten Verlust seiner Geschichte eingefahren. Für das zweite Quartal gab *GM* einen Nettoverlust von 15,5 Mrd. Dollar und einen Absatzeinbruch in Nordamerika um ein Fünftel bekannt. *GM* baut wie *Ford* und *Chrysler* massiv Stellen ab.

2.8.2008: **Hiobsbotschaften von BMW und GM.** Der Umbau der Modellpalette kostet viel Zeit und Geld. Auch für die Werksschließungen und den massiven Personalabbau muss *GM* tief in die Kasse greifen. Finanzexperten schließen selbst eine Pleite nicht mehr ganz aus.

2.8.2008: **Düstere Perspektiven auf dem amerikanischen Automarkt.** *GM* hat 27 Prozent, *Ford* 15 Prozent, *Chrysler* 29 Prozent weniger als im Vorjahr verkauft. Die Ratingagentur *Standard &Poor's* rechnet auch 2009 mit einem miserablen Jahr.

3.8.2008: **Schwacher US-Automarkt**. In den USA wurden im Juli so wenig Autos verkauft, wie seit 16 Jahren nicht mehr. Es ist der neunte Monat in Folge mit rückläufigen Verkäufen. Wegen fallender Gebrauchtwagenpreise drohen hohe Verluste im Leasinggeschäft. In den USA kommen 2008 insgesamt 2,2 Millionen Leasing-Fahrzeuge wegen auslaufender Verträge zurück.

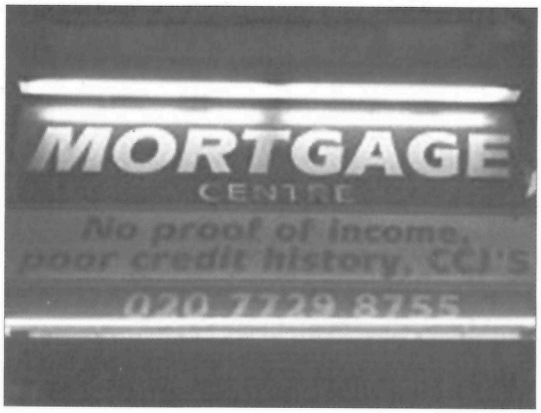
4.8.2008: **Die Exporte der deutschen Autoindustrie gingen im Juli um sechs Prozent zurück**, die Zahl der Neuzulassungen im Inland legte um etwa zwei Prozent zu (allerdings war der Automarkt im Vorjahr wegen der Mehrwertsteuererhöhung auf das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung gesunken).

5.8.2008: ***Toyota*** muss Absatzziele senken. Steigende Benzinpreise, verändertes Kundenverhalten, falsche Modelle, schwerfälliges Management und nicht zuletzt teure Qualitätsprobleme... Bereits 2007 waren die Zulassungszahlen in Japan auf ein 27-Jahres-Tief gesunken.

Im Juni fuhren amerikanische Autofahrer mehr als neun Milliarden Meilen weniger, seit Anfang des Jahres fast 30 Milliarden.

7.8.2008: **Gewinneinbruch um 28 Prozent bei *Toyota*.**

Krise trifft also auf bereits »geschwächte Verbraucher«, die sehr stark verschuldet sind. In den früheren Krisenangriffen konnte die US-amerikanische Arbeiterklasse bei sinkenden Reallöhnen ihren Lebensstandard nur durch Zweit- und Drittjobs halten – im letzten Angriff nur durch Schulden. Diese wurden bei irrwitzig steigenden Immobilienpreisen oft in Form von Hypotheken, evtl. *subprime*, aufgenommen.



Berichte

Da die Krise in der BRD immer mit etwas Verspätung, dafür dann umso heftiger ankommt, sollten wir uns vorbereiten! Wir haben deshalb im Juni FreundInnen auf der ganzen Welt angeschrieben und um Antworten auf zwei Fragen gebeten: Wie wirkt sich bei Euch die Krise sozial aus (Job weg, Wohnung weg, Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln und Energie...)? Welche Kämpfe gibt es an dieser Front? Als wir beim letzten Irakkrieg eine ähnliche Aktion starteten, bekamen wir in kurzer Zeit sehr viele Zuschriften, diesmal viel weniger. Auf Nachfragen stellte sich raus, dass schon die Beantwortung der ersten Frage schwer fällt (was ist Krisengeschrei, was sind reale Entwicklungen, was ist Gesundbeterei und was ist Panikmache?). Das Folgende ist – zusammen mit den Artikeln zu Ägypten und zu Rumänien – nur ein Anfang.

Vieles deutet daraufhin, dass die Krise in Europa vor allem in den neuen Beitrittsländern zuschlagen wird, die noch nicht den Euro eingeführt haben. Die baltischen Staaten, Rumänien, Bulgarien... die bisherigen Boomregionen befinden sich in einem starken Abschwung bei hoher Inflation (um die 20 Prozent). Die Nahrungsmittelpreise sind in der EU um 7,1 Prozent gestiegen, in Bulgarien und den Baltischen Staaten fast um 30 Prozent. Im Abschwung wird überall deutlich, dass der Aufschwung kreditfinanziert war, und dass v.a. der Konsum der Arbeiterklasse auf Pump beruhte.

Rumänien

Die Gas- und Energiekosten (Heizung, Kochen, Warmwasser) sind bisher um 10-20 Prozent gestiegen, Preise für Grundnahrungsmittel stärker: Getreide 25 Prozent, Öl 100 Prozent, Milchprodukte, Gemüse und Obst 30 Prozent (immer im Vergleich zum Vorjahr). Immer mehr Leute haben ein Auto, entsprechend schlägt hier die Verteuerung von Kraftstoff ein. Aber die Preise für öffentliche Verkehrsmittel sind noch relativ erschwinglich, und die Preise für Teilnahme am kulturellen Leben, für Freizeitgestaltung und für Klamotten sind gleichgeblieben. Ein Grund, warum die Gesamt-Inflationsrate wesentlich niedriger ist. Die Bewegung von der Stadt zurück aufs Land hält an. Viele haben noch ein Stück Land und können den Preissteigerungen etwas ausweichen.

Generell haben die Leute kaum Erspartes. Viele, ob ArbeiterInnen oder besserverdienende Mittelschicht (ein Programmierer mit frischem Abschluss verdient 1000 Euro), haben Privatkredite aufgenommen und leben auch sonst auf Pump (ganz oft ein Argument, warum einige einen längeren Streik mit entsprechendem Lohnausfall nicht durchhalten). Privatkredite waren sehr einfach zu kriegen, aber inzwischen sind die Zinsen angehoben und die Kalkulationen der Leute hauen nicht mehr hin.

Konflikte? Alle Streiks, von denen ich mitbekommen habe, waren von den hohen Preissteigerungen motiviert. In wichtigen Bereichen (Dacia, Hafen, Stahlwerk) gab es jährlich Lohnerhöhungen über 10 Prozent, ohne dass gestreikt wurde. Zu den Streiks kam es, weil diese Lohnerhöhungen nicht mehr ausreichten. Auf den Wirtschaftsseiten der Zeitungen und in den Fernsehnachrichten werden die hohen Lohnsteigerungen (im Durchschnitt 25 Prozent) für die krasse Preisexplosion verantwortlich gemacht.

»Spaniens Wirtschaft fällt am tiefsten«

titelte die *Financial Times Deutschland* am 11. August. »Spaniens Wirtschaft legt derzeit eine Vollbremsung hin, die an Tempo und Heftigkeit alle anderen großen Ökonomien in Europa in den Schatten stellt.« Die Industrieproduktion brach im Juni um neun Prozent ein. Spanische Unternehmen haben durchschnittlich sehr wenig Eigenkapital und werden von steigenden Kreditkosten und geringerer Kreditvergabe der Banken viel härter als Firmen in anderen Ländern getroffen. Die Arbeitslosenrate stieg schon im Juni auf 10,4 Prozent, die offizielle Inflation auf 5,3 Prozent. Der Absatz v.a. von dauerhaften Konsumgütern bricht ein (im Juni minus 20 Prozent), im Juli (in Spanien traditionell einer der verkaufstärksten Monate) ging der Autoabsatz sogar um 27,5 Prozent zurück.

In den letzten zehn Jahren wurde in Spanien (45 Mio. Einwohner) mehr gebaut als in der BRD, Frankreich und Italien zusammen. Der Bauboom beruhte auf steigender Nachfrage nach Wohnraum durch Millionen neue Immigranten, durch junge Leute, die aus dem Elternhaus auszogen, und durch Touristen, die sich ihren Traum von einer Ferienwohnung am Mittelmeer erfüllten. Der lange spanische Boom beruhte fast ausschließlich auf den Branchen Tourismus und Bau, beide trugen jeweils fast ein Fünftel zum Bruttosozialprodukt bei, die Industrie nur 13,4 Prozent. Spanien hat ein gewaltiges Handelsbilanzdefizit – und kann, anders als während der letzten Krise Anfang der 1990er Jahre, seine Währung nicht mehr abwerten, um die Exporte anzukurbeln. Deshalb wackelt das ganze Land, bisher scheint lediglich die Tourismusbranche nicht

unter der Krise zu leiden (sie hängt aber stark am Ölpreis und an der Konsumlaune in anderen Ländern).

Etwa seit Beginn diesen Jahres bestimmt die »Krise« das bisweilen hysterische Mediengeplärr und die Gespräche des täglichen Lebens. Seit dem größten Bankrott in der Geschichte des Landes, der Pleite der Immobiliengesellschaft *Martinsa*, setzt sich die Einsicht durch, dass die Krise gerade erst begonnen hat. Für viele geht es ans Eingemachte, andere haben ziemlichen Reibach gemacht mit dem Monopoly der letzten Jahre. In der Krise der Bauindustrie werden zuerst die MigrantInnen entlassen (in Spanien leben offiziell um die vier Millionen AusländerInnen legal; nichts hat die spanische Gesellschaft derart verändert, wie die Immigration der letzten Jahre), auch von ihnen haben viele Kredite für ein Auto oder eine Wohnung aufgenommen.

Jahrelang wurden halb »illegale« Kredite für den Wohnungkauf vergeben (fast ohne Eigenkapital und auf der Grundlage von Gutachten, die den Wert der Wohnungen viel höher als den Kaufpreis setzten; solange die Preise stark stiegen – von 1997 bis 2006 um elf Prozent jährlich! –, war das Risiko gering). Inzwischen gibt es viel mehr Wohnungen als zahlungskräftige Nachfrage (es soll um die 1,5 Mio. unverkaufte Häuser auf dem Markt geben) und die Preise für Wohnungen und Büros fallen in den Keller. Aber die Zinsen auf die Schulden und die Hypotheken steigen, sie haben in Spanien variable Zinsen, und der Zinssatz ist in den letzten 18 Monaten extrem gestiegen. Der Wohnimmobilienmarkt ist in den letzten Monaten um ein Drittel eingebrochen, die Vergabe von Hypotheken ist um 40 Prozent zurückgegangen. Der Anteil an ›faulen‹ Krediten hat sich im Jahr 2007 mehr als verdoppelt, Tendenz steigend.

Trotzdem haben die Leute in meinem Bekannten- und Freundeskreis bis heute nicht aufgehört, schuldenfinanzierte Unterkünfte zu erwerben, und ich kann mir nur schwer vorstellen, dass die alle irgendwann an die Luft gesetzt werden. Vielleicht erleben wir bald statt eines Mietstreiks einen Zinsstreik. Die Banken in den USA und auch in Spanien unternehmen längst alles erdenkliche, was bereits einem weichen Zinsstreik entspricht: Kredite werden verlängert, umgeschichtet und verringert, bloß um nicht die offene Anerkennung der Nichteinforderbarkeit an die große Glocke zu hängen.

Konflikte gab es bisher eher wenige. Im Mai und Juni gab es noch wichtige Streiks und Protestaktionen von den Lastwagenfahrern, Fischern und Bauern, mit heftiger Repression. Aber seitdem scheint es ruhig zu sein. es gibt eine große Unzufriedenheit und alle erwarten von der Regierung, dass sie was macht. Ich kann mir aber vorstellen, dass der Herbst heiß wird.

Großbritannien

Die Inflation in Großbritannien ist mit 5 Prozent höher als in der Euro-Zone, der Wirtschaftsrückgang stärker, im zweiten Quartal 2008 haben z.B. 15 Prozent mehr Unternehmen Insolvenz angemeldet. Die Leute spüren die steigenden Preise sehr stark, aber »Experten« und Regierung sprachen die ganze Zeit lediglich von einer »wirtschaftlichen Abkühlung«. Real sind Lebensmittel im Juli etwa elf Prozent, Grundnahrungsmittel (Fleisch, Brot, Cerealien, Öl und Fett) sogar ein Drittel teurer als vor einem Jahr. Die Kosten für Benzin, Elektrizität und Gas dürften mehr als 60 Prozent gestiegen sein (gerade wird bekannt, dass British Gas den Gaspreis nochmal um 35 Prozent erhöhen will). Die niedrigsten Einkommen sind am stärksten von der Inflation betroffen; und die Bezüge von Arbeitslosen, Rentnern und z.B. von alleinstehenden Müttern auf benefit werden nur einmal im Jahr an die (künstlich runtergerechnete) Inflation angepasst. Aber auch Beamte in den unteren Lohngruppen leiden unter der Regierungsvorgabe, die Gehälter im Öffentlichen Dienst nicht mehr als 2,5 Prozent zu erhöhen. Zwei Studien zufolge haben etwa 30 Prozent der Bevölkerung so wenig Ersparnisse, dass sie davon keine zwei Wochen leben können.

Ende Juli setzt Krisenhysterie ein. Die *Sun*, Großbritanniens wichtigstes Revolverblatt, nennt die Folgen des Kriseneinbruchs einen »Horrorfilm«. Und als die *Bank of England* Mitte August in einem Bericht zum ersten Mal öffentlich erklärt, dass das Wirtschaftswachstum »stagniert«, stürzt das britische Pfund ab.

Die Pfändung von Häusern und Wohnungen nimmt stark zu: Im ersten Halbjahr 2008 gab es 48 Prozent mehr Häuserpfändungen, im gesamten Jahr sollen es 45 000 werden (bei insgesamt 11,74 Millionen Hypothekenbesitzern in GB). Zum Vergleich: In den USA war bereits Anfang 2008 jeder zehnte Hypothekenkredit notleidend; es gab mehr als eine Million Zwangsversteigerungen und 3,9 Millionen unverkaufte Einfamilienhäuser, die Hauspreise fielen im Mai 2008 stärker als in der Weltwirtschaftskrise 1929, nämlich um 15,8 Prozent. In GB sind sie bisher »nur« um 8,8 Prozent gefallen, aber bei weiter fallenden Preisen werden viele Haus»besitzer« in die Situation kommen, für ihre Hypothek mehr bezahlen zu müssen, als das Haus wert ist – in den USA droht das 25 Millionen Hausbesitzern! – und sie werden weniger Schulden auf ihre ›Hypothek‹ machen können (auch die britische Arbeiterklasse hat ihren Lebensstandard zum großen Teil über steigende Verschuldung gehalten; der gesamte ›private‹ Schuldenberg beträgt angeblich eine Billion Pfund).

Die Bewilligung von neuen Hypothekendarlehen ist noch stärker gefallen als in Spanien: um 69 Prozent. Dadurch steigen die sowieso schon exorbitanten Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt weiter an und die Baubranche bricht noch stärker ein (der industrielle Output ist seit Jahren im Minus). Die Regierung hat größere Projekte eingefroren und verstärkt somit den Trend. Entlassene Bauarbeiter finden keine neuen Jobs; der *Guardian* schätzt, dass die Arbeitslosenrate von 5,4 Prozent im Moment auf mehr als 7 Prozent steigen wird. Die Entlassungswelle greift zunehmend auf Dienstleistungen und Finanzbranche über: bis Ende 2009 sollen in der *City* 350 000 Leute entlassen werden (v.a. bei *Goldman Sachs*, *Citigroup* und *Lehman Brothers*). Auch im Einzelhandel wird es viele Entlassungen geben, kleinere Läden gehen bereits bankrott.

Konflikte: Im Juni haben Shell-Tankwagenfahrer vier Tage lang gestreikt. Die Treibstoffversorgung der Tankstellen war lahmgelegt; andere Fahrer zeigten sich solidarisch. Kurz vor der zweiten angekündigten Streikaktion bekamen sie 14 Prozent Lohnerhöhung über zwei Jahre (9 Prozent im ersten Jahr). Weitere Streiks aufgrund der hohen Inflation: Kommunale Beschäftigte streikten im Frühjahr einen Tag lang landesweit, ebenso Lehrkräfte, die in der Weiterbildung arbeiten. Im Juli die Angestellten im Öffentlichen Dienst in ganz GB – etwa 300000 bis 500000 – zwei Tage lang, Pass-Beamte sogar drei Tage. Seit März hat mehrfach die Küstenwache gestreikt, sie fordern nicht nur Inflationsausgleich sondern auch Angleichung ihrer Löhne an die in den anderen Notdiensten (sie verdienen etwa 30 Prozent weniger als Polizei, Feuerwehr usw.). Trotzdem sind die Löhne im Durchschnitt nur um 3,4 Prozent gestiegen, also unterhalb der Inflationsrate.

8.8.2008: USA: ***Chrysler* zieht die Notbremse im Leasinggeschäft.** Autofirmen haben mit günstigen Leasingverträgen gegen die Absatzflaute gekämpft. Mit fallenden Gebrauchtwagenpreisen wird das zu einem Fass ohne Boden. Das Schlimmste steht erst bevor: Weil die Leasingverträge über 36 Monate laufen, werden in diesem Jahr bei den Banken erst die Verluste der Fahrzeuge realisiert, die im Jahr 2005 verkauft wurden. Ein Verlustberg türmt sich bei den Autobanken bis zum Jahr 2011 auf.

8.8.2008: **BMW – Aktie auf Rekordtief**: unter 27 Euro. *BMW*-Chef Norbert Reithofer will erst für 2010 Besserung versprechen. *BMW* sei mitten drin im Abbau von mehr als 8000 Stellen und stehe von den deutschen Autokonzernen am schlechtesten da, stellt *Nord LB*-Analyst Frank Schwope klar. Mit zu günstig kalkulierten Leasingverträgen habe man in den USA Fahrzeuge in den Markt gedrückt.

Mitte Juli meldete *Spiegel online*, dass in der BRD fast jedes dritte als neu zugelassen gemeldete Auto in Wirklichkeit von einem Autohändler zugelassen wurde, um es dann mit Rabatten in den Markt drücken zu können. »Besonders hervor tun sich dabei *Opel* mit zirka 40 Prozent sowie *VW* und *Seat*.«

Die Möglichkeit eines besseren Gesellschaftssystems?

»In der Krise des entwickelten Kapitalismus schimmert auch immer die Möglichkeit eines besseren Gesellschaftssystems auf: denn Krisen sind nicht mehr wie in den Jahrhunderten zuvor Ausdruck des Mangels, sondern des Überflusses: es gibt zuviel Waren, zuviel Arbeitskräfte, zuviel akkumuliertes Kapital: Überproduktion, Arbeitslosigkeit, Konkurse ... D.h. in der Krise wird handgreiflich klar, was »das Kapital« eigentlich ist: die Entfremdung der produktiven Möglichkeiten (!) der vergesellschafteten Menschen zu einer ihnen feindlichen, destruktiven und sie beherrschenden Macht...« (*Wildcat-Zirkular* 56, Mai 2000)

Wo finden wir diese Möglichkeiten aktuell?

Es ist gar nicht die Frage, *ob* Unternehmer und Staat die Krise wieder als Gelegenheit ergreifen, unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen mit weiteren »Dammbrüchen« zu verwüsten – das tun sie bereits, wie in allen bisherigen Kriseneinbrüchen! Und es ist nicht die Frage, *ob* es Widerstand dagegen geben wird – der hat bereits angefangen (siehe die *food riots* weltweit, siehe die Artikel zu Ägypten und Rumänien...). Die Frage ist, ob sich aus dem Widerstand Perspektiven entwickeln, in denen »die Möglichkeit eines besseren Gesellschaftssystems« deutlich wird. Ob aus Widerstand Angriff wird. Das lässt sich aus den drei Berichten nicht erkennen – dazu ist es auch noch etwas zu früh!

In der letzten großen Wirtschaftskrise kam es im Gefolge einer starken Rezession 1998/99 und einem Kollaps des Finanzsystems zu Aufständen und breiten Massenbewegungen in Argentinien. Aber letztlich waren die Herrschenden schneller als die Aufständischen. Die Folgen der Krise wurden auf die Proleten abgewälzt, und »die Wirtschaft« ist seit 2003 wieder auf Wachstumskurs.

Was ist zu tun, wenn es zu ähnlichen Entwicklungen kommt?

Seit dem Manifestwerden der Krise klammert sich die Linke beinahe instinktiv an die Verteidigung des Status quo und des Sozialstaats, somit mal wieder an den eigenen Nationalstaat. Eine Variante davon ist, dass sich einige als die besseren Volkswirtschaftler empfehlen und »Keynesianismus« als Lösung vorschlagen. Wenn das Leute tun, die an die Regierung wollen – *PDS*, Lafontaine –, brauchen wir das nicht weiter kommentieren, wenn es aber im *ak* propagiert wird, zeigt das, dass die radikale Linke mit der Entwicklung nicht mehr mitkommt. Noch vor zehn Jahren gingen diese Leute von drei Annahmen aus: Der Prozess der Globalisierung sei weitgehend abgeschlossen; wir haben es mit dem »Ende der Arbeit(erklasse)« zu tun; und wir müssen gegen den Neoliberalismus kämpfen. **Der »Neoliberalismus« ist am Ende, die Arbeiterklasse keineswegs – sich jetzt auch noch damit auseinandersetzen, dass »Globalisierung« Ausdruck einer krisenhaften Entwicklung war, die nun an ihr Ende gekommen ist?! Das ist offensichtlich zuviel!**

Immer nur Alternativen zum Regierungsprogramm zu formulieren, macht den Quark nicht fett: Schröder koppelt den Sozialstaat vom Lohn ab und führt mit ALG II ein miserables Grundeinkommen ein – die Linke fordert ein höheres Mindesteinkommen. Merkel faselt vom Klimagipfel – die Linke macht Klimacamps... Die Gewerkschaften wollen ihre Krise durch *organizing* überwinden – die Linken machen mit...

Solche sozialliberalen Positionen haben keine Antwort auf die neuen krisenhaften Entwicklungen des Kapitalismus. Der Finanz-Keynesianismus der letzten Jahre, der aus dem Crash des IT-Booms entstand und eine Immobilien- und Konsumentenkreditblase aufpumpte, ist geplatzt. Die Rückkehr zu einem »richtigen« Keynesianismus ist nicht machbar – selbst von den Kommandobrücken aus, auf die linke Denker sich so gerne stellen. Im nationalen Rahmen funktioniert das heute nicht mehr. Auf europäischer Ebene wurden die bisherigen Divergenzen durch die Erweiterung der EU so sehr verstärkt, dass ein europaweiter Keynesianismus gar keine Grundlage hätte. Übrigens konnte der historische Keynesianismus die Wirtschaftskrise erst im Zweiten Weltkrieg lösen.

Solche Programme müssten Forderungen in den Kämpfen zum Antrieb für die kapitalistische Entwicklung umbiegen. So was könnte in China passen, wo das Streikrecht konstitutionell verankert werden soll und Gewerkschaften entstehen – aber in Europa? Aber selbst wenn die Linken bereit wären, als Grenzträger der Macht alle Oppositionsbewegungen an den Staat zu binden und neue Instrumente zur Befriedung von Arbeiterkämpfen bereit zu stellen – wozu *Die Linke* natürlich konstitutiv da ist! – bräuchte es einen neuen säkularen Aufschwung, um den Kapitalismus zu stabilisieren. Ist das realistisch? Wird es nochmal zu einem »goldenen kapitalistischen Zeitalter« kommen?

Lieber die Kommandobrücken verlassen und »von unten« gucken, wie sich die Widersprüche zwischen den Bedürfnissen der Menschen gegen die krisenhafte Entwicklung des Kapitals in politische Kämpfe übersetzen! Kämpfe, die in sich die Potenzen haben, die ganze Scheiße zu überwinden. Die Macht liegt im Maschinenraum!

■

Wildcat

Back Issues.

Wildcat 81 (Mai 2008)

Streiks: Eisenbahner in Deutschland, Dacia-Renault in Rumänien, öffentlicher Dienst in Polen

Arbeiterkämpfe in Ägypten

Arbeiterklasse in Südkorea

Arbeit braucht Familie – Familie macht Arbeit

Kein Mensch ist legal

Béla Bartók – eine Lektion in Demokratie

Beilage: Der Mai/Juni 1968 in Frankreich

Wildcat 80 (Winter 2007/2008)

Endlich volkswirtschaftlicher Schaden!
zum Bahnstreik

Erfahrungen aus der Produktion des Strike-Bike

Mobilisierung bei Auto5000 in Wolfsburg

»Ich habe auf euch gewartet...«
Nachverhandlungen bei BSH

»New Labour« – »New Gewerkschaft«
Kritik am Organizing

Am Lagerfeuer in Reddelich
Thesen, Interviews, Fragen zu Heiligendamm

80seitige Beilage: Unruhen in China

Wildcat 79 (Herbst 2007)

Zehn Monate später: nach dem **Bosch-Siemens-Streik**

Abfindung: Kohle nehmen und gehen?

Bike Systems Nordhausen: Eindrücke aus einer besetzten Fabrikhalle

Interviews zu Leiharbeit

VW Wolfsburg: Gespräch über Auto 5000

Streik bei VW Forest/Belgien

Den Druck weitergeben: Arbeiten fürs Job-Center

Sechs Monate Streik bei **Gate Gourmet** (Buchbesprechung)

Besetzte Betriebe in Argentinien

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag, V.i.S.d.P.: P. Müller

Abo: 6 Ausgaben (incl. Versand)
Deutschland und Österreich € 18,– / sonstiges Ausland € 30,– / Förderabo € 30,–

Einzelheft: Deutschland und Österreich € 4,– / sonstiges Ausland € 5,– (zzgl. Versand)

Für WeiterverkäuferInnen: 8 Exemplare des aktuellen Heftes (incl. Versand)
Deutschland und Österreich € 16,– / sonstiges Ausland € 20,–

Bestellung per

Brief: Wildcat
Postfach 80 10 43
1510 Köln

eMail: versand@wildcat-www.de

oder per Aboformular auf unserer Webseite.

Kontakt: redaktion@wildcat-www.de

Archiv und Aktuelles
www.wildcat-www.de

Probeheft gratis! da-abo@fau.org

Die ganze Lage
schwarz auf rot

DA DIREKTE AKTION

[Zeitung gegen üble Verhältnisse]

www.direkteaktion.org

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

In der aktuellen Ausgabe (6-7/08) u.a.:

- Tom Adler: »Big Brother in Stuttgart«, über »De-Organizing«-Strategien bei Daimler – nicht nur in den USA
- »Übers Wetter reden, aber anders«, Widerstand auf dem Lande: Konferenz zu Kapitalismuskritik und Klimawandel
- »Der Tsunami kommt bei blauem Himmel«, Umbrüche der Zeitungsproduktion – das Beispiel Frankfurter Rundschau
- »Innerste Sicherheit«, was Lidl kann, darf Daimler erst recht?
- Nadja Rakowitz: »Verpasste Chance«, eine Veranstaltung zum Prager Frühling
- Slave Cubela: »Irrlichter der Großstadt«, »Planet of Slums«, zu den sozialen Folgen des Urbanisierungsprozesses
- Sal Godo: »Grenzerfahrungen«, Sicko – angesehen und diskutiert

○ Ich möchte ein kostenl. Probeexemplar

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.labournet.de/express

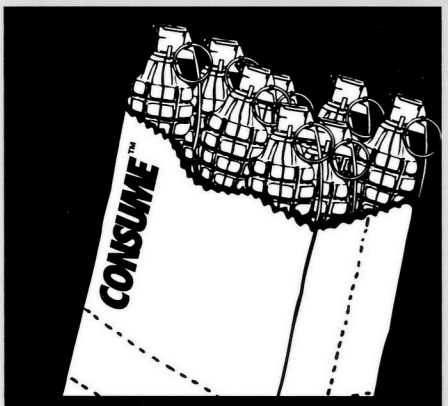
graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

„...die Graswurzelrevolution ist ... höchst lebendig - sowohl auf Papier gedruckt als auch im Internet präsent" (taz, 17.03.07)

Jahresabo: 30 Euro (10 Ausg.)
Schnupperabo*: 5 Euro (3 Ausg.)
*verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo
Kündigung jederzeit möglich

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
Tel.: 02440 959250 abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net



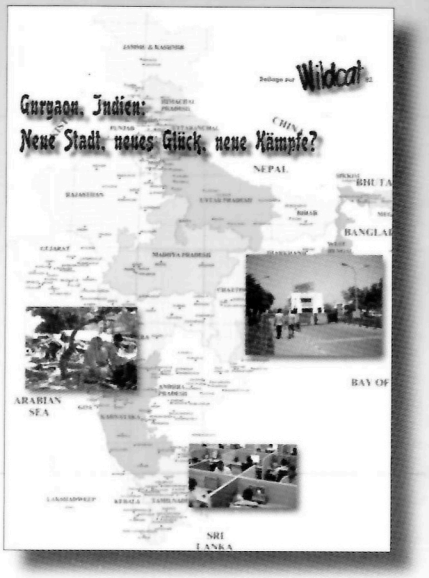
TRUST

WWW.TRUST-ZINE.DE

We like to meet people / bands/art/sport/etc. that do what they do out of passion in the first place. People who believe in a underground culture and are aware that most of the stuff that is sold nowadays under that flag is total crap only made to make money. And, if you feel you can write and relate, get in touch. To put it with Fugazi's words:

"NEVER MIND WHAT THEY'RE SELLING - IT'S WHAT YOU ARE BUYING"

Wildcat



Im Heft liegt ein Special über die aktuellen Entwicklungen in der indischen Boomregion Gurgaon.

Aus dem Inhalt des Heftes:

Was nach der Bauern-Internationale kommt
Ägypten – Land im Aufruhr
Berliner Modell für alle? – Interview mit Bahner-Aktivisten
Hafenarbeiter: Die Streiks in Rumänien gehen weiter
Operaismus: »um neue Wirklichkeit herzustellen«
Kapitalistische Krise: Keynesianismus ist keine Lösung!

Auszug aus dem Inhalt der Beilage:

Die Bedeutung Indiens im globalen Kapitalismus
Vom ›sozialistischen Ausnahmezustand‹ zum neoliberalen Krisenangriff 1991
Gurgaon: Auto, Textil, Call Center

Die Stadt

- Etappen der Urbanisierung
- Die Landnahme
- Die Sonderentwicklungszone und der Widerstand der bäuerlichen Bevölkerung
- Die Umwandlung von Bauerndörfern in Auffangbecken für die neue Arbeitskraft
- Die Angst der oberen Mittelschichten vor dem Dienstleistungsproletariat
- Der Bauboom und die nachhinkende urbane Infrastruktur
- Straßenblockaden und Tumulte gegen die Mängel des Stadtlebens

Die ArbeiterInnen

- Migration, Dorf, Qualifikation, Konsumniveau
- Die Arbeit der Frauen
- Die allgemeinen Arbeitsbedingungen

Die Industrie

- Die Call-Center-Industrie
- Die Textilindustrie
- Die Autoindustrie

Kämpfe in den Fabriken

Neuzusammensetzung?